4,00 €
September

9|19

Ethnologische Museen in Europa und Afrika

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Cornelia Füllkrug-Weitzel
Jörg Häntzschel
Elisabeth Motschmann
Fidon Mwombeki
Wolfgang Reinhard
und viele andere

Große Koalition
Halbzeitbilanz: Was hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode bereits in der Kulturpolitik umgesetzt?
Seite 3

Ethnologische Museen
Überkommene Vorstellungen überdenken: Wie geht es weiter mit den ethnologischen Museen in Europa und Afrika?
Seite 4 bis 7

Frauen im Widerstand
Vergessene Heldinnen der deutschen Geschichte: Erinnerung an die Widerstandskämpferinnen gegen den Nationalsozialismus
Seite 11

Lokale Medienvielfalt
Illusion oder Wirklichkeit: Lokale Medien brauchen Unterstützung bei der digitalen Transformation
Seite 30

Quijote

Sie halten gerade die 106. Ausgabe von Politik & Kultur in der Hand. Eigentlich wollten wir die 100. Ausgabe feiern, aber das haben wir schlicht vergessen.

Seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten erscheint unsere kulturpolitische Zeitung nun, zuerst nur viermal im Jahr, dann viele Jahre alle zwei Monate und seit Anfang dieses Jahres sogar zehnmal im Jahr. Gegründet wurde die Zeitung aus einem Akt der Notwehr, weil die klassischen Medien dem Thema Kulturpolitik immer weniger Platz einräumten. Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren sogar noch verschärft.

Die Kulturseiten in den Zeitungen sind noch dünner geworden, die Übernahme von Agenturmeldungen hat noch einmal zugenommen und das bei einer Abnahme der Anzahl der zuliefernden Agenturen. Das Fernsehen hat sich fast gänzlich aus der ernsthaften kulturpolitischen Berichterstattung verabschiedet und selbst ein Nischenprogramm wie Kulturzeit auf 3sat hat sich dem feuilletonistischen Mainstream ergeben. Letztlich sind es nur noch die Kulturwellen im Hörfunk und einige wenige der großen Tageszeitungen, die die kulturpolitische Fahne manchmal hochhalten.

Die kulturpolitische Abstinenz der Medien hat tiefe Spuren in der Politik besonders des Bundes hinterlassen. Wenn Politiker sehen, dass ihre Themen medial keine Verbreitung erfahren, suchen sie neue Themen, die pressegefälliger sind. Jeder rote Teppich ist eine Meldung wert. Und selbst die kleinste Auszeichnung einer Buchhandlung, eines Theaters, eines Verlages bringt mehr Presseresonanz als kulturpolitische Debatten im Deutschen Bundestag. Das zeigt Wirkung!

Die Medien gestalten Kulturpolitik mit, nicht weil sie die Politik kontrollieren und kritisieren, sondern weil sie nur einen kleinen Teil der Kulturpolitik protegieren.

Kulturpolitische Themen in den großen Nachrichtensendungen von ARD und ZDF sind die absolute Ausnahme, zumal gerade hier die Berichterstattung über eine Ausstellung oder eine neue Inszenierung fälschlicherweise mit einer Berichterstattung über Kulturpolitik verwechselt wird. Vollkommen kulturpolitikfrei sind die meinungsbildenden Talkshows im öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

Was war in diesem Jahr bei den Bayreuther Festspielen die wichtigste Frage in den Medien: Wo blieb Angela Merkels Mann?

Ja, ich weiß, gegen den Trend der medialen Verdummung anzukämpfen, ist wie gegen Windmühlen zu kämpfen. Und trotzdem, wie Don Quijote, werden wir auch in der Zukunft gegen die kulturpolitische Abstinenz fast aller Medien anrennen. Danke für Ihre Unterstützung, liebe Leserinnen und Leser.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

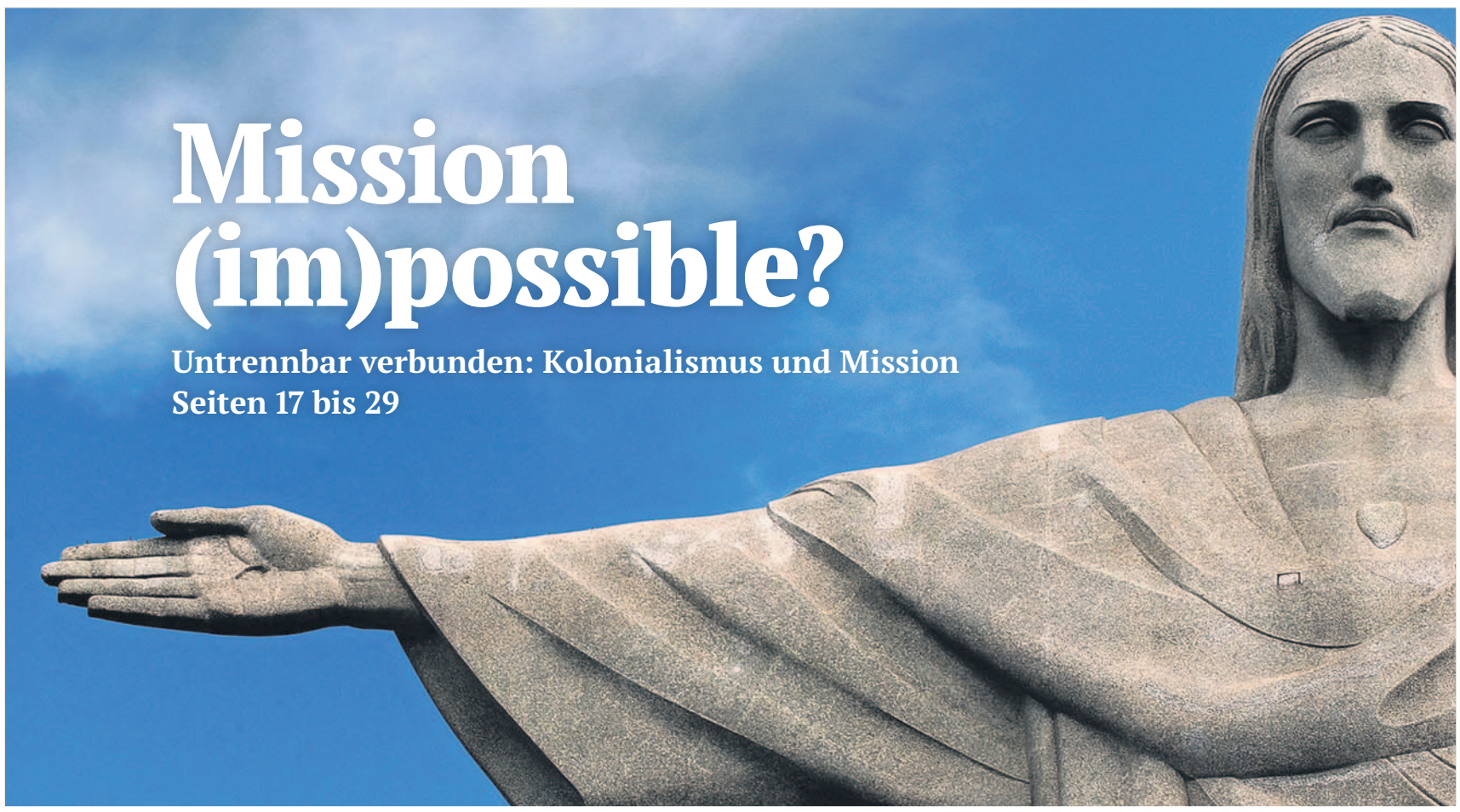


FOTO: CHRISTOPHE SCHMID / ADOBE STOCK PHOTO

Wie sieht die Kulturnation des 21. Jahrhunderts aus?

Kulturpolitik in Zeiten der digitalen Globalisierung

RALPH BRINKHAUS

Kulturpolitik ist Spiegel der jeweiligen Zeit und des jeweiligen Landes. Sie kann im besten Fall bestimmte kulturelle und gesellschaftliche Entwicklungen befördern und zur Geltung bringen. Im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung hat sich der eigene Kulturraum nicht verschoben, aber die Kultur – also das, was die Menschen gestaltend hervorbringen – überwindet durch die Digitalisierung geographische Räume in Echtzeit und ist zugleich neuen Einflüssen ausgesetzt. Das Internet dient dabei als Verteilplattform in Echtzeit – Musik und Filme sind überall und gleichzeitig verfügbar. Die Digitalisierung bietet Kulturschaffenden damit enorme Chancen. Zugleich erleben wir, dass bestimmte Kulturbereiche heute auf ein globales Millionenpublikum abzielen. Prägungen europäischer oder deutscher Kultur und Geschichte spielen dort eine untergeordnete Rolle. Nicht selten dienen europäische Schauplätze oder Landschaften nur noch als schöne Kulisse. Wenn diese Produkte aber genau das sind, was auch hierzulande einem Millionenpublikum über Streamingdienste angeboten wird, dann zeichnet sich ab, welche Aufgabe Kulturpolitik im Zeitalter der Digitalisierung hat: deutsche und europäische Kultur so zu fördern, dass sie im Zeitalter der digital geprägten Kultur sichtbar bleibt.

Veränderung und Chancen durch Digitalisierung

Kultur ist stark von den zeitgenössischen Techniken und Technologien abhängig und von ihnen beeinflusst. So wie die Erfindung von Tonträgern, Schallplatten und vor allem des Films neue Kulturbereiche entstehen ließ, so stehen wir an der Schwelle zu einer neuen Ära von Kulturpolitik, die von der Digitalisierung geprägt ist.

Die Digitalisierung verändert Herstellung, aber auch Rezeption der Kultur durch die Bürger. Sie schafft neue Möglichkeiten, wie Kunst und Kultur entstehen. »Zeichentrickfilme« werden heute völlig anders hergestellt als in den 1960er und 1970er Jahren. Die neue Art elektronische Musik herzustellen, war Grundvoraussetzung dafür, dass Techno in den 1990er Jahren eine neue Jugendkultur werden konnte. Das Internet und seine Plattformen haben in den letzten Jahren viel mehr Kunst- und Kulturschaffenden die Möglichkeit gegeben, ihre Werke einem breiteren Publikum bekannt zu machen. Film- und Streamingdienste verändern Zugangsformen zu Serien und Filmen. Im Netz haben Plattformen die Produktions- und Verbreitungsarten stark beeinflusst.

Wie stark die Digitalisierung Eingang in die Kultur gefunden hat, zeigt sich am Beispiel des Streaming-Anbieters Netflix. Im Jahr 2014 investierte er 2,4 Milliarden Dollar in die Produktion von Inhalten, insbesondere Serien. Im Jahr 2019 werden hierfür Prognosen zufolge bereits 15 Milliarden Dollar eingesetzt. Ähnlich sehen die Steigerungsraten bei Amazon Prime aus – weitere Anbieter drängen auf den boomenden Markt.

Weltweit nutzen inzwischen mehr als eine Milliarde Menschen digitale Fernsehangebote. Schon heute erklären auch viele Menschen in Deutschland, dass das Streaming, also die Nutzung von zeitungebundenen Video-Angeboten, das lineare, live ablaufende Fernsehen dauerhaft ersetzen wird.

Eine ähnliche, wenn auch nicht so drastische Entwicklung spielt sich im Musikgeschäft ab. Das Volumen des digitalen Musikmarktes steigt weiter stark, die digitale Sparte macht mehr als die Hälfte des Umsatzes aus. Auch das Leseverhalten ändert sich, weltweit nutzen bereits rund 950 Millionen Leser E-Books – wir Deutsche favorisieren allerdings weiterhin ganz eindeutig das gedruckte Buch. Diese Trends beschreiben, wie deutlich die digitale Transformation das Leben der Menschen verändert. Filme schaut man, wenn es gerade passt und nicht mehr nach dem Zeitplan von Sendern. Aber, was bekommen die Menschen hier zu sehen und zu hören? Was wird ihnen zum Streaming oder auf dem E-Reader angeboten?

Bedeutung der Digitalisierung für das europäische Kulturgut

Die Dynamik der digitalen Veränderungen und die starke Stellung amerikanischer und asiatischer Plattformen führen dazu, dass es europäisches Kulturgut im digitalen Zeitalter auf den ersten Blick schwer hat. Algorithmen und Verstärkungsprozesse liegen nicht in europäischen, sondern in anderen Händen. Welche Leseempfehlung etwa Amazon ausspricht, wird durch Algorithmen eines ausländischen Unternehmens gesteuert und liegt nicht in der Hand eines Buchhändlers um die Ecke.

Wir erleben, dass die Produzenten unserer Tage ihre Stoffe und Szenarien mit Blick auf die größten Märkte auswählen. Blockbuster, aufwändige Serien, auch Musik und nicht zuletzt Videospiele werden meistens für ein US-amerikanisches oder asiatisches Publikum entwickelt. Es gibt wenige Erzählungen oder Themen aus unserem Kulturkreis, die »groß rauskommen«. Ein europäisches oder gar deutsches Publikum wird selten mitgedacht. Deutsche, europäische Perspektiven bleiben Ausnahmen.

Ist die Digitalisierung also mehr Risiko als Chance für unsere Kulturgüter? Die Antwort ist ein eindeutiges »Nein«. Die Chancen überwiegen, wenn wir sie klug nutzen.

Das liegt zum einen an den Inhalten: Der Inhalt einer Beethoven-Symphonie bleibt stets derselbe, egal ob sie in der Berliner Philharmonie, einer »Digi-

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 9/2019
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Quijote
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Wie sieht die Kulturnation des 21. Jahrhunderts aus?
Ralph Brinkhaus 01

Kulturmensch Sabine Verheyen 02

AKTUELLES

Bundesregierung: Streber und keiner merkt es
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

INLAND

Deutscher Museumsbund: Im Dialog mit Herkunftsgesellschaften
Theresa Brüheim im Gespräch mit Wiebke Ahrndt 04

Ethnologische Museen: Totales Chaos
Jörg Häntzschel 05

Deutsche Ethnologie: Befreit die Sammlungen
Johann Michael Möller 06

Museen in Südafrika: Laboratorium der sozialen Transformation
Ciraj Rassool 07

Samsami fragt: Eine Vergangenheit, die nach wie vor da ist
Behrang Samsami im Gespräch mit Vitjitua Ndjiharine 08

Joseph Wulf Mediothek im Haus der Wannsee-Konferenz: Information und Aufklärung
Monika Sommerer 09

Grevens Einwurf: Wenn fünf eine Reise tun
Ludwig Greven 09

Pro Quote Film: Eine Grundbedingung der Demokratie
Cornelie Kunkat im Gespräch mit Tatjana Turanskyj 10

Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus: Vergessene Heldinnen der deutschen Geschichte
Elisabeth Motschmann 11

Geschlechtergerechte Sprache: Ein Ausdruck gesellschaftlichen Wandels
Gabriele Diewald 11

EUROPA

Plovdiv – Europäische Kulturhauptstadt 2019: Große Pläne
Kristina Jacobsen 12

Goethes Welt: Von Kiew hinaus ins ganze Land
Theresa Brüheim im Gespräch mit Beate Köhler 13

INTERNATIONALES

Chinas politische Förderung in Afrika: Einflussnahme
Jules Maaten 14

Kultur in Krisenzeiten: Positiver Frieden
Andreas Görgen 14

KULTURELLES LEBEN

Porträt Tim Florian Horn: Nicht nur Pferde, sondern Sterne stehlen
Ursula Gaisa 15

Keuchels Kontexte: Wortduelle
Susanne Keuchel 15

Personen & Rezensionen 16

KOLONIALISMUS UND MISSION

Kolonialismus und Mission: Den Blick weiten
Olaf Zimmermann 17

Zur Geschichte: Eine machtgesättigte Symbiose
Wolfgang Reinhard 18

Überblick Schwerpunkt 18

Evangelische Mission: Die ersten »Nichtregierungsorganisationen«
Johann Hinrich Claussen 19

Missionsgesellschaften: Die Ausbreitung des Christentums
Andreas Feldtkeller 20

Evangelisches Missionswerk: Mission – gestern, heute und morgen
Theresa Brüheim im Gespräch mit Michael Biehl 21

Theologie der Befreiung – Befreiung der Theologie
Bruno Kern 22

Europäische Expansion: Eine symbiotische Beziehung
Jürgen Zimmerer 22

Tansania: »Das Afrika, das wir wollen«
Fidon Mwombeki 23

Tansania: Die Stimmen der Steine
Carsten Bolz 23

Museum »Haus Völker und Kulturen«: Unvergessliche Zeugnisse besonderer Kulturen
Jerzy Skrabania 24

Franckesche Stiftungen: Das Ziegenbalghaus
Thomas Müller-Bahlke 25

Berliner Missionswerk: Zwischen Gründungstradition und Selbstkritik
Theresa Brüheim im Gespräch mit Christof Theilemann 26

Brot für die Welt: Jeder Einzelne zählt
Cornelia Füllkrug-Weitzel 27

Misereor: Im Mittelpunkt steht der Mensch
Markus Büker 27

Forschung: Christliche Mission immer neu denken
Klaus Vellguth 28

Karl Gützlaff: Der erste protestantische Missionar in Korea
Hyun Ki Oh 28

Christian Jensen Kolleg: Raus aus der eigenen Filterblase
Theresa Brüheim im Gespräch mit Nora Steen 29

Claussens Kulturkanzel: Der Einmann-Missionar
Johann Hinrich Claussen 29

MEDIEN

Lokale Medienvielfalt – eine Illusion?
Helmut Hartung 30

Internet: Kein »Wilder Westen«
Ann Cathrin Riedel 31

Recherche: ARD-Faktenfinder
Juliane Leopold und Patrick Gensing 31

Kurz-Schluss/P&K-Trump Fakes
Theo Geißler 32

DER AUSBLICK 10|19

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Oktober 2019.
Im Fokus steht das Thema »Kultur- & Kreativwirtschaft in Afrika«.

Fortsetzung von Seite 1

tal Concert Hall« oder auf YouTube zu hören ist. Der Inhalt eines guten Buches ist der gleiche – gleich, ob es als Hardcover oder als E-Book gelesen wird. Und ob eine Melodie Millionen begeistert oder nicht, liegt nicht an der Produktionsart oder den Vertriebskanälen, sondern immer noch zum großen Teil an der Originalität und Eingängigkeit der Musik. Das ist die Chance für die Kulturschaffenden in Europa und die sollten wir nutzen. Zum anderen sind wir immer noch Teil eines christlich-abendländisch geprägten Kulturkreises, der Amerika und Europa umfasst. Das sollten wir über manche tagespolitische Frage hinaus nicht vergessen. Dieser gemeinsame Kulturkreis hat in den vergangenen Jahrhunderten einen so bedeutenden kulturellen Reichtum hervorgebracht und verfügt über so viele gute Künstler und begabte Kulturschaffende, dass ich optimistisch bin, dass er auch im digitalen Zeitalter eine starke Rolle weltweit spielen wird. Ich bin der festen Überzeugung: Der Inhalt macht den Unterschied und da müssen sich Europa und auch Deutschland nicht verstecken.

Wir brauchen europäische Geschichten, wir brauchen deutsche Erzählungen und Stoffe. An der eigenen Erzählung lassen sich Identitäten abgleichen,

Kulturpolitik muss helfen, die Ankerpunkte von Kultur in der Fläche, gerade im ländlichen Raum, zu halten

diskutieren und vereinbaren. Gerade im Zeitalter der Globalisierung, in dem Bindungen an Stabilität verlieren, nimmt die Bedeutung der Kulturpolitik zu, denn dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit, Selbstvergewisserung und Besinnung auf die eigenen geistigen und

FOTO: TOBIAS KOCH

Ralph Brinkhaus

kulturellen Wurzeln kann nur aus der eigenen Kultur begegnet werden. Ich sehe z. B. Chancen gerade in einem intensiveren Austausch zwischen Kulturschaffenden in Deutschland mit Mittel- und Osteuropa. Ein solcher Austausch kann Gemeinsamkeiten begründen und verschüttete Wurzeln aus der Geschichte gedeihen lassen.

Aufgabe der Kulturpolitik

Wenn wir in Deutschland unterstreichen, wie sehr kulturelle Vielfalt unser Leben bereichert, müssen wir der zunehmenden Marktmacht insbesondere US-amerikanischer Produktionen mit einer aktiven, fördernden Kulturpolitik begegnen. Angesichts der Umstände der traditionell differenzierten europäischen Medienproduktion haben wir hier einen eindeutigen Auftrag, zum Erhalt einer deutschen und europäischen Stimme im Chor der »contents« beizutragen.

Die letzten knapp 15 Jahre sind ein selbstbewusster Beleg für genau diesen Anspruch. Die Entwicklung und Ausgestaltung etwa der Filmförderung in Deutschland ist Ausdruck des Wunsches, eine Grundlage für die Entwicklung deutscher und europäischer Erzählungen zu bieten. Für sich selbst sprechen die großartigen Erfolge, die der neue deutsche Film in Deutschland, aber auch über unsere Grenzen hinaus erringen konnte.

Hinterlegt ist die fördernde Kulturpolitik des Bundes mit mittlerweile gut 1,9 Milliarden Euro, die der Haushalt 2019 der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien umfasst.

Wir sind überzeugt, dass sich Kulturpolitik nicht in der Förderung von Opernhäusern, Orchestern oder Theatern erschöpfen darf. Sie muss helfen, die Ankerpunkte von Kultur in der Fläche, gerade im ländlichen Raum, zu halten. Vielfach setzen wir hier an, etwa in den Programmen zur Unterstützung kleinerer Kinos bei der Modernisierung oder in der Einführung eines Preises für vorbildliche Buchhandlungen. Es ist eine behutsame Ergänzung der Kräfte des Marktes. Buchhandlungen und Kinos sind wichtige Orte, an denen Kultur erfahrbar und greifbar wird. Sie sind mehr als reine Verkaufsstellen, sie halten die Kultur in der Fläche. Angesichts der starken und zunehmenden Konkurrenz, die diesen Orten der Kultur über eine zentrale Vermarktung von Büchern und Filmen in der neuen, netzgestützten Wirtschaft erwachsen ist, haben wir uns dazu entschieden, Impulse für das Überleben dieser Orte zu setzen.

Direkte Erlebbarkeit der Kultur

Kultur muss einen Bezug haben zum Leben vor Ort. Mit unserer fördernden Kulturpolitik tragen wir genau dazu bei – für eine Relevanz, einen Platz und einen Ort der Kultur in Deutschland. Diese Politik verhilft den vielen guten Ansätzen zur Vergewisserung und Verortung deutscher und europäischer Kultur zu der Grundlage, von der aus sie von selbst wirkt. Sie ist daher eine notwendige Ergänzung des Marktes in Zeiten der digitalen Globalisierung.

Kultur ist immer direkt erlebbar. Aufgabe der Kulturförderung ist es, dass dieses »face-to-face«-Erlebnis erhalten bleibt. Durch den Einsatz digitaler Techniken haben wir heute die Möglichkeit, dieses Erlebnis noch zu verstärken, etwa durch den Einsatz von Computern und moderner Medien in Museen. So werden bestehende Kultureinrichtungen auch für die junge Generation attraktiver. Diese Chancen müssen wir nutzen.

Ungeachtet des großen Einflusses der Digitalisierung bleibt die Kultur in Konzertsälen, auf Festivals und in Ausstellungen weiterhin analog erlebbar und dieses Erleben hat einen besonderen Wert, wenn fast alle Lebensbereiche zunehmend digitalisiert sind. Gerade auch den Wert des gemeinsamen Erlebens von Kultur vor Ort muss die Kulturpolitik im Blick halten. Ich bin zuversichtlich, dass unserer Kulturnation dies auch im 21. Jahrhundert gelingen wird.

Ralph Brinkhaus, MdB ist Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Kulturmensch Sabine Verheyen

»In meinen Augen sind Kultur und Bildung von großer Bedeutung für die europäische Integration, denn sie sind die europäische Seele«, betonte Sabine Verheyen, nachdem sie zur Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT) im Europäischen Parlament gewählt wurde. Die Europaabgeordnete der CDU war in der letzten Legislaturperiode bereits Sprecherin der EVP-Fraktion in diesem Ausschuss. Ihre Wahl fand in der konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung am 10. Juli statt. Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg im neuen Amt, Sabine Verheyen! Verheyen studierte Architektur an der FH Aachen und ist seit 1990 Mitglied in der CDU. Von 1994 bis 2009 war die gebürtige Aachenerin Mitglied im Rat der Stadt Aachen und von 1999 bis 2009 Bürgermeisterin der Stadt. Seit 2009 ist Verheyen Mitglied des Europäischen Parlaments und löst nun Petra Kammerevert (SPD) an der Spitze des Ausschusses für Kultur und Bildung ab. Der CULT-Ausschuss ist der maßgebliche Ausschuss im Europäischen Parlament für Fragen der europäischen Kulturförderung, der Entwicklung der audiovisuellen Medien und anderes mehr. In der neuen Wahlperiode soll ein besonderer Akzent darauf gelegt werden, dass junge Menschen Europa entdecken und erfahren. Letzteres unter anderem mit »DiscoverEU«, dem kostenlosen Interrail-Ticket für 18-Jährige.

FOTO: FKPH

Bundesregierung: Streber und keiner merkt es

Mut auch Unbequemes anzugehen fehlt in der Koalition

OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

CDU, CSU und SPD haben in ihrem am 12. März 2018 unterzeichneten Koalitionsvertrag vereinbart: »Zur Mitte der Legislaturperiode wird eine Bestandsaufnahme des Koalitionsvertrages erfolgen, inwieweit die Bestimmungen umgesetzt wurden oder aufgrund aktueller Entwicklungen neue Vorhaben vereinbart werden müssen«. Mit dieser Vereinbarung haben sich die Parteien und die Bundesregierung selbst enge Fesseln angelegt. In diesem Monat, September 2019, ist die Halbzeit der Legislaturperiode erreicht, doch die Bundesregierung regiert erst 15 Monate und nicht etwa 20 oder mehr Monate. Die lange Regierungsbildung nach der Wahl im September 2017, erst die Anläufe zu Jamaika, dann kurz vor Torschluss der Ausstieg der FDP und schließlich das mühselige Ringen um eine Große Koalition, liegen wie ein Fluch auf dieser Regierung. Die SPD, die sich in die Pflicht nehmen ließ und gleichwohl im Koalitionsvertrag viele ihrer Anliegen durchsetzen konnte, hadert nach wie vor mit dem Gang in eine erneute »große« Koalition. Zwei Parteivorsitzende hat diese Koalition letztlich verschlungen: Martin Schulz und Andrea Nahles. Der Wahlkampf um das neue »Dream Team« für den SPD-Vorsitz wird die Debatte um die Fortsetzung der Großen Koalition sicherlich weiter anheizen. Zumal einige der Kandidaten mit dem erklärten Ziel einer Beendigung dieses Regierungsbündnisses antreten. Und auch in den Medien gibt es, kaum war die Tinte unter dem Koalitionsvertrag trocken, selten eine Woche, in der nicht über das nahende Ende der Koalition spekuliert oder diskutiert wird. Die SPD wird auf ihrem Parteitag im Oktober nicht nur über das neue Vorsitzenden-Pärchen, nach dem Votum der Mitglieder, sondern auch über das Verbleiben oder den Austritt aus der Regierung entscheiden.

Das sind denkbar schwierige äußere Rahmenbedingungen, die sich auch in mangelnder Zustimmung am Regierungshandeln widerspiegeln. Umso erstaunlicher sind die Ergebnisse einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin unter dem Titel »Besser als ihr Ruf«. Die Autoren, Robert Vehrkamp und Theres Matthieß, untersuchten, welche konkreten Maßnahmen und Ziele aus dem Koalitionsvertrag die Regierung in den letzten 15 Monaten bereits umgesetzt hat. Sie hatten 296 konkrete Koalitionsversprechen in der Koalitionsvereinbarung identifiziert. Von diesen 296 Versprechen sind nach 15 Monaten bereits 60 Prozent angepackt worden. Die Autoren bezeichnen dies als eine »rekordverdächtige Halbzeitbilanz«. Schon die letzte Regierungskoalition (CDU, CSU und SPD) zeichnete sich dadurch aus, dass der größte Teil der Koalitionsversprechen eingelöst wurde. Diese Regierung übertrifft die letzte noch darin, dass so schnell so viel umgesetzt oder auf den Weg gebracht wurde. Das ist sowohl im internationalen als auch im deutschen Maßstab bemerkenswert.

Man kann die Regierung also mit Fug und Recht als Streber bezeichnen. Das Bittere ist allerdings, dass es kaum jemand merkt. Im Rahmen der genannten Untersuchung wurde auch eine repräsentative Bevölkerungsumfrage durchgeführt. Diese förderte zutage, dass die Bevölkerung diese Umsetzung nicht merkt oder falsch einschätzt. Nur jeder zehnte Befragte schätzte die Umsetzung des Koalitionsvertrages richtig ein. Daran ändern auch die werbemäßigen Namen einiger Gesetze wie »Gute-KiTa-Gesetz« oder »Starke-Familien-Gesetz« wenig. Es gelingt der Regierungskoalition offenbar nicht, das, was sie macht, erfolgreich zu kommunizieren.

Wir haben in der Ausgabe 3/2018 von Politik & Kultur unter der Überschrift »Gutes Ergebnis für die Kultur« eine Einschätzung des Koalitionsvertrages vorgenommen und kamen zu dem Schluss, dass er für den Kulturbereich viel Positives enthält. Einiges davon wurde bereits umgesetzt, anderes ist in den Beratungen.

Umgesetzt wurde beispielsweise die Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für E-Books. Das war ein dickes Brett, das auf EU-Ebene mehrere Jahre hinweg angebohrt wurde. Nachdem auf europäischer Ebene der Weg frei gemacht wurde, ist bereits in dem im Kabinett verabschiedeten Jahressteuergesetz die Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für E-Books vorgesehen. Umgesetzt wurde bereits die Anschlussregelung beim Arbeitslosengeld I für kurz befristete Beschäftigte. Auch wenn nach wie vor weiterer Verbesserungsbedarf besteht, wurde ein Schritt in die richtige Richtung gemacht. Hinsichtlich der Einführung der Grundrente besteht zwischen den Koalitionären Einigkeit, dass, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Grundrente für jene Menschen, die lange gearbeitet, aber wenig verdient haben, eingeführt werden soll. Streitig ist, ob, wie im Koalitionsvertrag vereinbart und von der CDU eingefordert, eine Bedürftigkeitsprüfung erfolgen soll oder wie vom SPD-geführten Arbeitsministerium geplant, keine Bedürftigkeitsprüfung eingeführt wird. Bis zum Ende dieses Jahres soll eine Lösung gefunden werden. Der Deutsche Kulturrat hat hierzu klar Stellung bezogen und die Einführung einer Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung gefordert. An Vorschlägen zur Einbeziehung von Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung arbeitet das Bundesarbeitsministerium, der Deutsche Kulturrat wird sich hierzu positionieren. Einen Zick-Zack-Kurs fuhr die Bundesregierung in Sachen EU-Urheberrechtsrichtlinie. Die seinerzeit verantwortliche Bundesjustizministerin Katarina Barley hatte keine klare Linie. Am 15. April 2019 wurde die Richtlinie vom Europäischen Parlament verabschiedet, nachdem zuvor bereits der Rat zugestimmt hatte. Das Bundesjustizministerium hat noch in der Sommerpause das Konsultationsverfahren zur Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht eingeleitet. Der Deutsche Kulturrat wird sich hierzu positionieren und Umsetzungsvorschläge machen. Dabei wird auch das Thema Verlegerbeteiligung in Verwertungsgesellschaften eine Rolle spielen. Hier hatte der Deutsche Kulturrat in Stellungnahmen stets auf eine rasche Umsetzung gedrängt und auch im Koalitionsvertrag wird die schnelle Einführung nach europarechtlicher Klärung in Aussicht gestellt. Im Kulturkapitel des Koalitionsvertrages wird betont, dass Kunst und Kultur frei und »Grundlage unserer offenen, demokratischen Gesellschaft« sind. Kulturstaatsministerin Monika Grütters wird nicht müde, hieran immer wieder zu erinnern und die Bedeutung der Kunstfreiheit deutlich zu betonen. Ebenso macht sie sich für mehr Geschlechtergerechtigkeit im Kultur- und Medienbereich stark. Bei Leitungspositionen, die sie zu besetzen hat, ist deutlich zu erkennen, dass mehr Geschlechtergerechtigkeit für sie nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, sondern vielmehr umgesetzt wird. Das von der Kulturstaatsministerin unterstützte Mentoring-Programm des Deutschen Kulturrates für Karrierefrauen aus Kultur und Medien will ebenfalls einen Beitrag für mehr Frauen in Führungspositionen leisten. Wie es um die wirtschaftliche und soziale Lage von Künstlerinnen und Künstlern bestellt ist, wird in einem vom Deutschen Kulturrat zu erstellenden Bericht nachgegangen. Die Förderung der kulturellen Bildung wurde in den ersten Monaten nach Abschluss des Koalitionsvertrages von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien neu arrondiert. Eingeführt wurde unter anderem das Förderprogramm »Jugend erinnert«, mit dem Gedenkstätten für ihre Vermittlungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen gefördert werden. Dem Thema Aufarbeitung des Kolonialismus wird größere Aufmerksamkeit geschenkt und Fördermittel zur Provenienzforschung bereitgestellt. Das Bundeswirtschaftsministerium hat eine Förderrichtlinie zur Förderung nicht-technischer Innovationen auf den Weg gebracht, die sich besonders an die Kultur- und Kreativwirtschaft richtet. Das Bundesverkehrsministerium verfügt in diesem Jahr über 50 Millionen Euro zusätzlich, um deutsche Entwickler von Games zu fördern und so den Anschluss an den internationalen Entwicklermarkt zu suchen. Bei der Umsetzung dieser Förderung hapert es allerdings noch erheblich.

Auch wenn hier nur einige wenige Schlaglichter aufgeführt wurden, ist nicht von der Hand zu weisen, dass auch im Kulturbereich von der Bundesregierung bereits einiges auf den Weg gebracht wurde und anderes in der Mache ist.

Erforderlich wären mitreißende Ideen zum Mitmachen, Mitstreiten und Mitgestalten unserer Demokratie

Doch stellt sich für uns die grundlegende Frage, wie sinnvoll ein solcher Soll-Ist-Vergleich überhaupt ist. Misst sich der Erfolg einer Bundesregierung daran, ob nachzählbar Zusagen aus dem Koalitionsvertrag verwirklicht wurden, damit nachher Fleißkärtchen verteilt werden können oder muss es nicht vielmehr darum gehen, zu beurteilen, ob von einer Regierung die grundlegenden politischen Themen erkannt und bearbeitet werden und bestenfalls auf aktuelle Fragen reagiert wird? Ist diese Evaluation von Koalitionsversprechen nicht auch ein Teil der Misere der aktuellen politischen Debatten? Besteht nicht ein Problem der Politik derzeit darin, dass kleinlich nachgehalten wird, was wann jemand gesagt hat und ob diese Aussage nun eingehalten oder gar davon abgewichen wird? Und gehört hierzu nicht auch, dass in Umfragen »wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, dann …« ständig der Wasserstand gemessen wird, ganz unabhängig davon, ob nicht viel langfristigere Perspektiven in den Blick genommen werden müssen? Und brauchen manche Maßnahmen nicht einfach mehr Zeit, bis dass sie ihre Wirkung zeigen?

Der anstehende Herbst wird spannend. Die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen werden als Menetekel für CDU und SPD gesehen. Es steht zu befürchten, dass jedes einzelne Wahlergebnisse als Begründung für das Ende oder das Fortbestehen der Koalition, je nach Position des Betrachters, wird herhalten müssen. Fleißkärtchen für die Bundesregierung hin oder her.

Erforderlich wäre aber eigentlich etwas anderes, nämlich mitreißende Ideen zur Mitmachen, Mitstreiten und Mitgestalten unserer Demokratie. Die Fähigkeit, Kompromisse zu machen und sie als erforderlichen Ausgleich in der Demokratie offensiv zu vertreten. Der Mut auch Unbequemes anzugehen und ein längerer Atem um Widerstände auszuhalten. Vielleicht braucht es auch in der Politik weniger Streber und mehr Querköpfe.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

FOKUS

FOTO: LINDEN-MUSEUM STUTTGART/HARALD VÖLKL

Dialogbereit: Das Linden-Museum Stuttgart gab die Familienbibel und die Peitsche von Hendrik Witbooi zurück

Im Dialog mit Herkunftsgesellschaften

Der Deutsche Museumsbund veröffentlicht zweite Fassung des Leitfadens zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten

2018 hat der Deutsche Museumsbund erstmalig einen Leitfaden zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten herausgegeben. Nun ist im Juli 2019 die zweite aktualisierte Fassung erschienen. Wiebke Ahrndt leitet die Arbeitsgruppe »Kolonialismus« beim Deutschen Museumsbund und verantwortet die mehrstufige Erstellung des Leitfadens. Theresa Brüheim spricht mit ihr über die Neuerungen im Leitfaden.

Theresa Brüheim: Welche Änderungen wurden in der zweiten Fassung berücksichtigt?
Wiebke Ahrndt: Infolge der ersten Fassung des Leitfadens zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten haben wir einige Rezensionen erhalten. Außerdem haben Mitglieder der Expertenrunde Artikel im Leitfaden ergänzt. Insbesondere aber haben wir mit zwölf Expertinnen und Experten aus insgesamt elf Herkunftsgesellschaften im Herbst 2018 den Leitfaden sehr intensiv diskutiert. Auf Grundlage dieser Gespräche haben wir einige Präzisierungen vorgenommen, Dinge deutlicher herausgestellt und das Rückgabekapitel bearbeitet. In der zweiten Fassung formuliert der Deutsche Museumsbund nun ganz klar seine Haltung zum Thema Rückgabe und fordert Transparenz und Kooperation mit den Herkunftsgesellschaften. Mit dieser Forderung richtet sich der Leitfaden auch an die Träger der Museen, denn die Umsetzung bedarf einer hinreichenden und dauerhaft gesicherten Finanzierung.

Es klingt bereits an: Die (Weiter-)Entwicklung des Leitfadens war von Beginn an in einem mehrstufigen Verfahren geplant. Warum haben Sie sich dafür entschieden?
Im ersten Schritt war es uns wichtig, eine Meinung und Haltung seitens der deutschen Museen zu formulieren. Wir sind das vollumfänglich angegangen und wollten die gesamte deutsche Museumslandschaft in den Blick nehmen. In dieser Heterogenität war es wichtig, zunächst zu einer Meinung, zu einer Haltung zu gelangen, auf deren Grundlage wir sprechfähig waren. Das war Schritt eins.
Schritt zwei war damit klar: Dabei kann es nicht bleiben. Wenn man einen Leitfaden entwickelt, der sich mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten beschäftigt, muss man mit Herkunftsgesellschaften in den Dialog treten und diesen Leitfaden auf der Grundlage dieser Gespräche weiterentwickeln. Gleichzeitig war die Öffentlichkeit bereits aufgefordert, sich mit Rückmeldungen in die Diskussion einzuschalten. Die umfassende öffentliche Diskussion und Rezension folgt aber erst jetzt nach dem Erscheinen der zweiten Fassung. Damit war klar, es wird auch eine dritte Fassung geben, die auf Grundlage der Rezensionen verfasst wird. Es wird auch eine Online-Begleitpublikation mit Praxisbeispielen und Richtlinien aus anderen Ländern geben. Da gibt es Erfahrungswerte z. B. in Neuseeland, von denen wir profitieren können. Wir haben auch die Möglichkeit, Empfehlungen zum Umgang mit menschlichen Überresten, die 2013 veröffentlicht wurden, in diesem Rahmen zu aktualisieren und gemeinsam mit der dritten Fassung dieses Leitfadens zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten Ende 2020 zu veröffentlichen. Damit ist der mehrstufige Prozess erst mal abgeschlossen.

Die zweite Fassung legt unter anderem einen Schwerpunkt auf die stärkere Sensibilisierung für nichteuropäische Perspektiven. Was bedeutet das genau?
Das war ein starkes Anliegen der Diskutanten in unserem Workshop. Sie rieten, noch mal stärker den Blickwinkel zu wechseln und sich in die Perspektive der Menschen aus den Herkunftsgesellschaften zu versetzen. Daraus sind mehrere Kapitel entstanden. Z. B. äußert sich Rosita Worl aus Alaska in einem Kapitel zur allgemeinen und religiösen Bedeutung von Objekten in ihrer Kultur, um stärker dafür zu sensibilisieren, sich jenseits der Frage, wie Objekte in die Sammlung gelangt sind, auch damit zu beschäftigen, welche Bedeutung ein solches Objekt heute hat und damals hatte. Ein anderes viel diskutiertes Thema war die Dekolonisierung des Sammlungs- und Ausstellungsmanagements, das aktuell noch sehr stark von europäischen Denkweisen geprägt ist. Vorschläge waren: zum einen stärker auf Dialog und Zusammenarbeit zu setzen, weil sich daraus andere Blickwinkel ergeben; zum anderen Herkunftsgesellschaften direkt in den Ausstellungen zu Wort kommen zu lassen bzw. sie als Kuratoren zu gewinnen. Dazu gibt es einen Beitrag im Leitfaden, der von vier Autorinnen aus Samoa, Tasmanien, Namibia und Neuseeland verfasst wurde. Sie raten, die Sammlungsbestände zu digitalisieren, um auch online miteinander ins Gespräch zu kommen, und ggf. die Depots umzusortieren, um dort Räume zu schaffen, in denen Mitglieder von Herkunftsgesellschaften z. B. Zeremonien abhalten können. Das sind primäre Forderungen in der zweiten Fassung des Leitfadens, die stärker für nichteuropäische Perspektiven sensibilisieren wollen. Essenziell hierfür sind Dialog auf Augenhöhe, nachhaltige Kooperationen sowie Transparenz.

Wurde dabei versucht, möglichst viele Herkunftsgesellschaften abzudecken? Oder wurden geografische Schwerpunkte gesetzt?
Bei den Expertinnen und Experten haben wir natürlich gewisse Schwerpunkte gesetzt. Wir wollten Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen ehemaligen deutschen Kolonien dabeihaben. Das heißt, es waren Kolleginnen und Kollegen aus Namibia, Tansania und Samoa vor Ort. Außerdem wollten wir Experten aus Ländern gewinnen, die aufgrund ihrer eigenen Kolonialgeschichte in bestimmten Diskussionen weiter sind als wir, z. B. weil dort große indigene Bevölkerungsteile leben. Das sind beispielsweise die USA, vertreten durch eine Expertin aus Alaska, aber auch Australien und Neuseeland. Die haben einfach die Diskussionen schon vor uns geführt. Wir wollten aber auch Archäologen mit an Bord haben. Außerdem hat sich ein Vertreter vom Königshof von Benin in Nigeria und ein Experte aus der ostasiatischen Kunstgeschichte angeschlossen. Insgesamt waren es zwölf Expertinnen und Experten – eine Gruppe groß genug, um verschiedenste Weltteile abzudecken, und klein genug, um miteinander diskutieren zu können. Aber die ganze Welt abzubilden war tatsächlich nicht möglich. Deshalb noch mal der Aufruf, sich an der öffentlichen Rezension zu beteiligen, um so noch mehr Mehrstimmigkeit zu erreichen.

Welche Wege gehen die Kollegen und Experten beim Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in ihren Heimatländern? Wie groß sind die internationalen Überschneidungen?
Insbesondere bei den europäischen ethnologischen Museen gibt es eine sehr intensive Diskussion. Seit Kurzem gibt es auch ein Papier der niederländischen ethnologischen Museen zur Frage der Rückgabe. Das ist nicht identisch mit dem Rückgabekapitel unseres Leitfadens, aber geht in eine ähnliche Richtung. In den anderen Ländern wird es zwar überall intensiv diskutiert, aber es gibt keinen Leitfaden vergleichbarer Art in Europa.

Eine Besonderheit des Leitfadens ist die praktische Hilfestellung für die Zusammenarbeit mit Herkunftsgesellschaften. Sie waren Teil der ersten Fassung und wurden in der zweiten Fassung konkretisiert. Können Sie Beispiele nennen?
Die Praxistipps orientierten sich an den Säulen der Museen: Sammeln, Bewahren, Forschen, Vermitteln – ergänzt um ein Kapitel zur Rückgabe. Entlang dieser Aufgaben der Museen thematisieren wir, ob man heute noch Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten sammeln kann. Wenn ja, nach welchen Kriterien? Was ist zu bedenken, nicht nur bei der Konservierung, sondern auch bei Digitalisierung und Online-Stellung? Gerade bei sensiblem Sammlungsgut muss man sehr genau gucken, ob man Bilder ins Internet stellen darf. Gleiches gilt auch für Forschungsfragen in kooperativen Forschungsprojekten: Wie müssen diese aussehen? Wie muss ethnologische Provenienzforschung aussehen? Was ist bei naturwissenschaftlichen Sammlungen zu berücksichtigen? Beim Ausstellen ist zu beachten, mit welcher Perspektive auf die Sammlungen geblickt wird. Wir geben Hilfestellungen, aber sagen auch ganz klar: Jedes Haus muss für sich Wege finden, wie es die koloniale Vergangenheit der Sammlung thematisiert. Dabei ist es auch wichtig, dass die Objekte nicht eindimensional zu betrachten sind. Sie sind nicht allein Zeitzeugen der kolonialen Vergangenheit, sondern mehr. Und dieses Mehr muss seinen Raum in der Vermittlungsarbeit finden. Für all das ist jedoch eine entsprechende personelle Ausstattung nötig.

Außerdem haben Sie das Rückgabekapitel umformuliert.
Basierend auf dem Workshop haben wir es um einen Bereich erweitert. Wenn das Museum zu der Erkenntnis gelangt, dass etwas rechtlich und/oder ethisch in nicht vertretbarer Weise in die Sammlung gelangt ist, dann darf sich der Rückgabe nicht widersetzt werden. Dann muss sie stattfinden, wenn das von der Herkunftsgesellschaft gewünscht ist. Darüber hinaus gibt es Objekte, die von derart großer Bedeutung in der Herkunftsgesellschaft sind, dass sich Möglichkeiten finden lassen sollten, eine Rückgabe zu realisieren, unabhängig davon, wie ein Objekt in der Vergangenheit in die Sammlung gelangt ist. Wir haben nochmals verstärkt, was wir im ersten Leitfaden geschrieben haben: Seid offen in den Diskussionen mit den Herkunftsgesellschaften, denn selbst wenn eine Rückgabe aufgrund der Provenienz angezeigt sein mag, ist es nicht automatisch der einzige Weg, der sich eröffnet. Denn es gibt oft andere Wünsche und für die sollten wir ein offenes Ohr haben.

Vielen Dank.

Wiebke Ahrndt ist Direktorin des Übersee-Museums Bremen und Leiterin der Arbeitsgruppe »Kolonialismus« beim Deutschen Museumsbund. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

INFO

In der Ausgabe 1-2/19 von Politik & Kultur schrieb Wiebke Ahrndt unter dem Titel »Nichteuropäische Perspektiven fördern« einen Artikel zur ersten Fassung des Leitfadens zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten. Lesen Sie diesen hier: bit.ly/2LmwkgC

FOKUS

Totales Chaos

Die Situation der ethnologischen Museen in Deutschland

JÖRG HÄNTZSCHEL

Seit vor zwei Jahren die Debatte um den Umgang mit Raubkunst aus den ehemaligen Kolonien, besonders aus Afrika, begann, hört man ein Argument gegen Restitutionen immer wieder: Die Objekte seien in deutschen Museen am besten aufgehoben, da die Herkunftsländer nicht in der Lage seien, sie sachgemäß zu bewahren.

Blickt man aber hinter die Kulissen der deutschen ethnologischen Museen, dem Stuttgarter Linden-Museum, dem Hamburger Museum am Rothenbaum oder dem Museum Fünf Kontinente in München, dann erweist sich deren Vorbildlichkeit als Illusion: Über Jahrzehnte ausgehungert durch die Politik, schlecht besucht und nach innen gewandt, haben sich in den Museen gewaltige Defizite angehäuft.

Am eklatantesten sind sie am Ethnologischen Museum in Berlin. Bei starkem Regen sammelt sich dort im Erdgeschoss das Wasser. Es drückt von unten in das baufällige Gebäude und dringt durch die Ritzen der Fassade. Eine »Teilsanierung« ist geplant, auch der Vorschlag, den Komplex zum »Forschungscampus« umzubauen steht im Raum, doch ob der realisiert wird, ist offen. Bis dahin werden die knapp 500.000 Objekte des Museums weiter unter diesen Bedingungen gelagert.

Doch das ist nicht das einzige Problem. Ein anderes sind die Insekten, die an den großteils aus Leder, Fell, Federn oder Holz gefertigten Objekten enorme Schäden anrichten. Die rund 10.000 Stücke, die in den nächsten Monaten ins Humboldt Forum umziehen, werden zuvor mit Stickstoff »entwest«. Doch alle anderen bleiben weiterhin kaum geschützt vor dem Insektenfraß. Andreas Schlothauer, der Herausgeber der Ethnologie-Zeitschrift Kunst & Kontext, wies schon 2015 in einem offenen Brief darauf hin, dass »die Zustände in den Depots die Objekte beschädigen«. Auch der Museumsforscher Dirk Heisig beklagt den allmählichen Verfall der Objekte durch überfüllte Lager und unzureichende Konservierung. Er spricht von »passivem Entsammeln«.

Nachdem der Autor im Juli in der Süddeutschen Zeitung auf die Zustände hingewiesen hatte, äußerte sich nun Lars-Christian Koch, der Direktor des Berliner Museums. Ein »erheblicher Investitionsstau« sei »unbestreitbar«, schrieb er. Teile der Gebäude seien in »keinem guten Zustand«.

Die baulichen und konservatorischen Defizite machen indes nur einen Teil der Probleme in den ethnologischen Museen aus. Der andere betrifft die Verwaltung der Sammlungen. Fragt man die Museumsleute nach der Zahl ihrer Objekte, erhält man gewundene Antworten. In Stuttgart etwa soll es laut Inventar 290.000 geben. In Wahrheit, so schätzt das Museum, seien es nur 160.000. In Hamburg liegt der »Sollbestand« bei 265.000 Objekten, doch die Direktorin Barbara Plankensteiner vermutet, es seien nur noch 200.000. In München schätzt man den Bestand auf 160.000 Objekte. Eine Inventur, in den 1960er Jahren abgebrochen, hat man 2015 wieder aufgenommen. Das Ende ist nicht abzusehen. Der Hauptgrund für diese enormen Diskrepanzen sind die Verluste im Krieg. Doch obwohl der bereits 75 Jahre zurückliegt, haben viele Museen nicht die Zeit gefunden, die Inventare zu aktualisieren.

Doch es gibt auch den umgekehrten Fall: Werke, oft Schenkungen, die auch nach Jahrzehnten noch nicht in den Bestand aufgenommen wurden, wie ein großer Teil der 135.000 Fotos im Münchner Museum. Eine bekannte Kuratorin, die an Häusern im In- und Ausland gearbeitet hat, erklärt: »In deutschen Völkerkundemuseen herrscht totales Chaos. Ich bin sicher, mindestens 15 Prozent der Objekte sind nicht inventarisiert.«

Und dann gibt es die Stücke, die zwar im Inventar geführt sind, aber ihre Nummer verloren haben, oft ein kleines Schildchen, das ihnen angeklebt oder angehängt wurde. Objekt und Nummer wieder zuzuordnen, ist oft fast unmöglich. Allein in der Südseeabteilung in Stuttgart gibt es 500 solcher verwaisten Objekte. In der Mesoamerika-Abteilung in Berlin schätzt man ihre Zahl auf 1.000 von 50.000.

Am erstaunlichsten sind in diesem Zusammenhang wohl die 118 Kisten mit rund 2.000 Objekten, die im Berliner Depot gestapelt sind. Im Krieg waren 55.000 Objekte aus dem Berliner Völkerkundemuseum ausgelagert und dann von der Roten Armee mitgenommen worden. Erst 1992 kamen sie zurück. Die Kisten enthalten den Rest dieses Konvoluts. Niemand weiß, was sich in ihnen befindet.

Und schließlich gibt es Objekte, die man irgendwann von ihrem in den Inventaren notierten Platz an einen anderen geräumt hat, und die nun nicht mehr auffindbar sind. In Hamburg mit seinen vier Magazinen liegen Tausende solcher »nicht verstandorteter« Objekte.

Doch selbst, wenn die Objekte inventarisiert sind, sind sie in Gefahr – durch das, was die Berliner Ethnologin Sharon Macdonald das »Vergessen durch Lagern« nennt. Bei Sammlungen mit Hunderttausenden von Objekten verschwinde alles, was nicht ständig präsent gehalten werde, unweigerlich aus dem Bewusstsein der Kuratoren. Sie spricht auch von der »Amnesie des Depots«.

Diese Dynamik wird in vielen Museen durch veraltete Inventare verstärkt. Wurden die alten Karteikarten in digitale Datenbanken übertragen, dann oft, ohne sie zu aktualisieren und an heutige Standards anzupassen. Außer dem Jahr, einer groben Ortsangabe und einer knappen Beschreibung des Gegenstands gibt es oft keine Informationen. Was außerdem vielfach fehlt, sind Fotos. Für die Afrika-Datenbank des Linden-Museums etwa wurde bisher fast nichts fotografiert, von den Südsee-Objekten höchstens zehn Prozent. Ohne Abbildungen sind die Datenbanken nahezu wertlos.

Alle ethnologischen Museen versprechen jetzt, ihre Inventare online zu stellen. In der Tat würde das Forschern in den Herkunftsgesellschaften endlich erlauben, nach dem Besitz ihrer Vorfahren zu suchen; es würde auch die Provenienzforschung erheblich erleichtern. Doch dafür müssten die Datensätze erst vollständig überarbeitet werden, so Lars-Christian Koch, dessen Haus immerhin einen kleinen Teil der Sammlung online zeigt. Man muss Begriffe wie »Neger« oder »Südwestafrika« korrigieren, muss Fotos identifizieren, die Gewaltszenen zeigen, und Objekte, die nach dem Verständnis der Herkunftsgesellschaften nicht alle sehen dürfen.

Obwohl es oft um Zehntausende Objekte geht, glaubt man in den deutschen Museen, die Kuratoren könnten diese Arbeit nebenbei erledigen. Wie illusorisch das ist, zeigt der Vergleich mit dem 1992 eröffneten Pariser Musée du quai Branly. Dort arbeiteten 70 Wissenschaftler sechs Jahre lang daran, alle 320.000 Objekte online zu stellen. Nur dank dieser Vorarbeit konnten Bénédicte Savoy und Felwine Sarr in ihrem Bericht für Präsident Emmanuel Macron detaillierte Empfehlungen für den Umgang mit einzelnen Objekten aus ehemaligen französischen Kolonien aussprechen.

Die Restitutionsdebatte setzt die Museen unter Druck, doch sie beschert ihnen auch eine Aufmerksamkeit, die sie jahrzehntelang entbehrten. Sogar im Koalitionsvertrag werden sie erwähnt: »Die Aufarbeitung der Provenienzen von Kulturgut aus kolonialem Erbe in Museen und Sammlungen wollen wir fördern.« Dennoch nützen sie dies kaum, um jetzt die notwendige finanzielle und personelle Unterstützung einzufordern. In der kürzlich veröffentlichten »Heidelberger Stellungnahme« zum Umgang mit dem Erbe des Kolonialismus versprechen die Direktoren der ethnologischen Museen »ein größtmögliches Maß an Transparenz«, ohne zuzugeben, dass ihnen oft selbst der Überblick über ihre Bestände fehlt. Sie werben für »kooperative Provenienzforschung als Standard«, ohne einzugestehen, dass Mittel fehlen und Vorarbeiten nicht gemacht sind. Nur hinter vorgehaltener Hand geben sie die Missstände zu und benennen die Gründe: mangelndes Personal, fehlendes Geld, kein Interesse bei den Trägern. Was zähle, seien immer nur Ausstellungen.

Man glaubt in den deutschen Museen, die Kuratoren könnten die Aufarbeitung des kolonialen Erbes nebenbei erledigen

Eckart Köhne, der Präsident des Deutschen Museumsbunds, ist einer der wenigen, der die Probleme öffentlich benennt. Im »Leitfaden zum Umgang mit Objekten aus kolonialen Kontexten« fordert er, »die finanzielle und personelle Ausstattung der Museen« müsse »dauerhaft und merklich verbessert werden«.

Was er nicht anspricht, ist aber die Wagenburgmentalität in vielen Häusern, die allen Bekenntnissen zu »Transparenz« Hohn spricht. Besuche im Magazin erfordern langwierige Verhandlungen, wenn sie überhaupt möglich sind. Fotografieren ist verboten. Obwohl gesetzlich dazu verpflichtet, weigert sich das Museum Fünf Kontinente seinen Archivbestand an das Bayerische Staatsarchiv abzugeben. Auch das Berliner Ethnologische Museum behält entgegen der Vorschriften alle Archivalien im Haus.

Diese Unaufrichtigkeit, diese Neigung zu bloßer Symbolik ist in der gesamten Restitutionsdebatte zu beobachten. Statt Provenienzforschung wie bei NS-Raubkunst wäre die Aktualisierung und Zugänglichmachung der Inventare viel dringlicher. Statt die historische Aufarbeitung des Kolonialismus abgetrennt von der Frage nach der Herkunft der Objekte und möglicher Restitutionen zu behandeln, sollte man die beiden Komplexe als einen verstehen. Und so löblich Kooperationen mit Museen aus afrikanischen Ländern sind, so wenig ändern diese an der »Angst vor Kontrollverlust«, die die schon erwähnte Kuratorin den deutschen Häusern attestiert. Die Restitutionsdebatte sollte Anlass sein, auch über Selbstverständnis und Praxis der ethnologischen Museen zu diskutieren. In deren Zuge wäre dann auch zu klären, warum die Museen – und ihre Träger – Restitutionen bisher so skeptisch gegenüberstehen, obwohl ihnen doch offenbar wenig an den Objekten liegt.

Jörg Häntzschel ist Redakteur im Feuilleton der Süddeutschen Zeitung

FOKUS

Befreit die Sammlungen

H. Glenn Penny schreibt »Eine tragische Geschichte der deutschen Ethnologie«

JOHANN MICHAEL MÖLLER

Die Auseinandersetzung um das Berliner Humboldt Forum ist zum Glaubenskrieg geworden. Ein Ausgleich scheint nicht in Sicht, noch nicht einmal ein neuer Gedanke. Die öffentliche Skepsis trifft auf eine Politik, deren Vertreter offenbar nur noch zum Ende kommen wollen, egal um welchen Preis. Doch bei Gefahr wächst, wie wir wissen, das Rettende auch. Diesmal in Gestalt des amerikanischen Wissenschaftshistorikers H. Glenn Penny, einem der besten Kenner der Geschichte der deutschen Ethnologie, der sich seit Langem um dieses Thema kümmert. Wieder ist es eine Stimme aus dem Ausland, die uns vor ideologischer Verbissenheit bewahren will. Penny fordert uns stattdessen auf, sich die Dinge doch noch einmal genauer anzuschauen, bevor weiter gestritten wird. Sein Buch, dem der Verlag leider den irreführenden Titel »Im Schatten Humboldts« verpasst hat, kommt zur rechten Zeit, bevor die Messen im Humboldt Forum endgültig gesungen sind. Denn vieles, was dort infrage steht, nimmt sich bei näherer Betrachtung doch anders aus, als uns der Streit um die Raubkunst weismachen will. Man fragt sich überhaupt, ob die öffentlichen Wortführer in dieser Sache jemals ihren Fuß in eines der fraglichen Magazine gesetzt haben, in denen sie das Beutegut des europäischen Kolonialzeitalters vermuten. Glenn Penny hat sich dieser Mühe unterzogen, und er wird dabei eine Menge Staub und Konservierungsmittel geschluckt haben. Denn selbst die Fachleute haben sich lange Zeit nur ungern an solche Orte begeben und sich lieber an der frischen Luft der Feldforschung aufgehalten. Museumsethnologen galten ihnen als die armen Verwandten ihres Fachs; sehr zu Unrecht, wie uns Penny zeigt, obwohl sie auch bei ihm gelegentlich wie ein Haufen Messis erscheinen, die ihre Häuser vollgestopft haben, ohne am Ende zu wissen, was sie mit dem ganzen Zeug anfangen sollen. Im legendären Berliner Museum des Gründervaters Adolf Bastian waren die Räume am Ende so zugestellt, dass man sich kaum mehr rühren konnten. Wie »Kraut und Rüben« haben das die zeitgenössischen Besucher empfunden, und der Bismarck der Berliner Museumswelt, der große Wilhelm von Bode, hätte sich am liebsten nur die schönsten Stücke herausgepickt und den Rest in die Dahlemer Depots verbannt. Solche Zustände haben Bastian und seine Nachfolger, wie Felix von Luschan, nicht davon abgehalten, auf Teufel komm raus weiter zu sammeln. Dabei war ihnen fast jedes Mittel recht. Penny spricht von einem Teufelspakt mit dem Kolonialismus und später auch von einem Teufelspakt mit den Nazis. Für ihn steht dennoch fest, dass die Ursprünge von Bastians Sammelleidenschaft »nichts mit deutschem Kolonialismus zu tun« hatten, sondern einem großen Menschheitsprojekt geschuldet waren, dem Nachweis der gleichen Befähigung aller Völker und Kulturen.

Es geht in der aktuellen Debatte aber gar nicht um die ethnologische Wissenschaft, um ihre Methoden oder Theorien, sondern um den materiellen Beifang sozusagen, den sie lange Zeit lieber den Museumsleuten überlassen haben. So fragt sich Fritz W. Kramer, der Doyen der deutschen Ethnologie, in der Frühjahrsausgabe von Lettre International erstaunt, warum ausgerechnet jetzt die Sammlungen in den Fokus geraten, für die sich nie jemand interessiert habe und die jahrzehntelang im Dornröschenschlaf lagen, obwohl die höchst problematischen Umstände ihrer Erwerbung den Fachleuten durchaus bekannt waren.

Auch Adolf Bastian wird heute nicht als Kulturtheoretiker wiederentdeckt, sondern als derjenige unter den deutschen Ethnologen, der quasi im industriellen Maßstab begonnen hat, die materielle Kultur der indigenen Völker zusammenzutragen. Wer das Fach noch in der alten Bundesrepublik studiert hat, ist diesem sonderbaren Mann gelegentlich in den Literaturlisten begegnet, gelesen hat man ihn nicht. Seine Bücher galten als schwer genießbar und rochen nach Staub und altem Papier. Dass Bastian ein weltoffener Geist war, darin seinem liberalen Zeitgenossen Rudolf Virchow verwandt, hat man darüber vergessen. Dass er von einem universalen Menschheitsbegriff aus dachte und mit dem aufkeimenden Rassismus seiner Zeit nichts zu schaffen haben wollte, bewahrt ihn heute nicht vor entsprechenden Vorwürfen. Dass er sich im Wettlauf mit einem zerstörerischen Fortschritt aber auf der richtigen Seite sah, muss man ihm trotzdem konzedieren. »Rettet«, hieß sein Appell. »Rettet! Ehe es zu spät ist!« Vieles, was er selbst gerettet hat, gäbe es tatsächlich nicht mehr. Auch das gehört zur dialektischen Wahrheit des Kolonialismus.

FOTO: SHF / STEPHAN FALK

Das Humboldt Forum steht im Zentrum der Debatte zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten

Es geht in der aktuellen Debatte aber gar nicht um die ethnologische Wissenschaft, um ihre Methoden oder Theorien, sondern um den materiellen Beifang sozusagen, den sie lange Zeit lieber den Museumsleuten überlassen haben

Doch sein Museum sollte nicht zum Schatzhaus einer weltweiten Trophäensammlung werden, sondern die Grundlage für das Studium der Menschheitsgeschichte in all ihren kulturellen Ausprägungen und Facettierungen schaffen. Dafür brauchte er die Objekte, und es konnten gar nicht genug davon sein. Sein Museum sollte ein Ort der Wissensproduktion werden, nicht der Zurschaustellung. Bastian würde sich heute wahrscheinlich im Grab umdrehen, wenn er von den aktuellen Plänen wüsste, die populäre Präsentation im Humboldt Forum von der Masse der Objekte in den Dahlemer Depots zu trennen. Das war genau das, was schon Wilhelm von Bode vorschwebte und was Bastian für den völlig falschen Weg hielt. Der Konflikt von heute ist also uralt und einer Lösung offenbar nicht nähergekommen. Die Völkerkundemuseen in der Tradition Bastians, schreibt Penny, wollten eben nicht »verkünden, demonstrieren oder illustrieren«; sie sollten »Werkstätten sein, in denen Daten gesammelt und Wissen produziert werden konnte«.

Darin liegt vielleicht auch einer der tieferen Gründe, warum es vielen Häusern so schwerfällt, ihr »Beutegut« wieder herauszurücken. Mit Besitzstandsdenken hat das weniger zu tun als mit der Erkenntnis, dass der Sammlungszusammenhang, so willkürlich zusammengetragen und so unvollständig dokumentiert und erforscht er auch ist, den einzigen Widerhall darstellt, den viele der untergegangenen Kulturen überhaupt noch hinterlassen haben. Auch die Raubkunstdebatte interessiert sich ja eigentlich nur für die spektakulären Stücke, die einem symbolischen Zweck zugeführt werden sollen und nicht einem Erkenntnisprozess, der den kulturellen Zusammenhang zu verstehen versucht.

Ethnologische Sammlungen sind für Penny deshalb wahre Schatzkammern voller historischer Spuren und unglaublich vieler Informationen über die Menschheitsgeschichte und die Kultur indigener Völker, was für ihn die große Chance bedeutet, die klassische Feldforschung einfach umzukehren. Die indigenen Völker studieren heute in den Museen der früheren Kolonialmächte ihre eigene Geschichte. Deutlich macht Penny das am Beispiel eines Besuchs von Stammesältesten der Yupik Ende der 1990er Jahre im – wie es damals noch hieß – Berliner Museum für Völkerkunde, zu dessen Prunkstücken die berühmte Schwanenmaske aus der Sammlung Jacobsen gehört. Es ging den Stammesältesten dabei weniger um »die physische Rückkehr« dieser Sammlung nach Alaska als um die »Rückkehr der Geschichte und des Stolzes, den sie verkörperte«. Besser lässt sich die Idee vom geteilten Erbe und der universalen Verantwortung dafür kaum ausdrücken. Die Bedeutung der Gegenstände beginnt sich von ihren Körpern zu lösen. Die visuelle Wiedereinbürgerung tritt an die Stelle der materiellen. Von einer solchen Interaktion der Kulturen, schreibt Penny, habe der große Ethnologe Franz Boas nur geträumt.

An diesem Punkt wird Penny dann auch konkret: Was wäre möglich, wenn nur ein Bruchteil jener Hunderter Millionen Euro, die jetzt für eine weitere schicke Schausammlung mit Espressobar aufgewendet werden, der Erschließung »einer halben Million hinter den Kulissen verborgener Objekte« zur Verfügung stünde. Das klingt wie der Stoßseufzer eines Kurators, ist aber eine weitsichtige Position. Unsere globale Welt tauscht längst Bedeutungen und Erkenntnisse aus. Der Austausch von Gegenständen ist eigentlich von gestern. Es sei Zeit, sagt Penny, die »Sammlungen zu befreien und überkommene Vorstellungen von Räumlichkeit in Museen zu überdenken«. Mit der bloßen Rückgabe von Objekten ist es also nicht mehr getan.

Johann Michael Möller ist Ethnologe und Journalist. Er war langjähriger Hörfunkdirektor des MDR

Mehr dazu: H. Glenn Penny: Im Schatten Humboldts. Eine tragische Geschichte der deutschen Ethnologie. München 2019, C.H.Beck Verlag

FOKUS

Laboratorium der sozialen Transformation

Museen in Südafrika

CIRAJ RASSOOL

Seit Beginn der Demokratie in Südafrika Mitte der 1990er Jahre wurde der Museumssektor zu einem Laboratorium der sozialen Transformation – alte Museen und Sammlungen sollten umstrukturiert werden, neue Museen wurden als wichtiger Bestandteil zur Gründung einer neuen Nation mit neuen Konzepten der Staatsbürgerschaft betrachtet. In den 1990er Jahren hat die damalige Regierung ein »White Paper« über Kunst und Kultur veröffentlicht und eine Arbeitsgruppe, die sogenannte Arts and Culture Task Group (ACTAG), eingerichtet, um der Transformation des Kunst-, Museums- und Kultursektor einen rechtlichen Rahmen zu geben. Außerhalb des staatlichen Einflussbereiches entstanden neue unabhängige Museen, die die Geschichte von Apartheid und Demokratie auf lokaler Ebene erzählen wollten. Im Allgemeinen mussten sich Museen davon lösen, ein Teil der Regulierungs- und Regierungsstrukturen einer »Rassenordnung« zu sein und sich stattdessen in ein Forum verwandeln, in dem der Aufbau von demokratischen Gesellschaften möglich wurde.

Zu Beginn der Demokratie wurden neue Museen als wichtiger Bestandteil zur Gründung einer neuen Nation gesehen

Zunächst versuchten sich die Stadt- und Provinzmuseen zu verändern, indem sie bereits bestehende Museumsausstellungen um die »Schwarze Geschichte« ergänzten. Einige Museen suchten auch nach einer Veränderung, indem sie eine längere Geschichte über die menschliche Herkunft und die einheimischen Migrationsstrukturen erzählten. Dadurch wurde versucht, ein Gefühl der Abstammung aus einer Vergangenheit zu vermitteln, die bis heute von einer menschlichen Präsenz geprägt ist, in der das eigene Land nie leer gewesen zu sein scheint. Gleichzeitig wurden alte Nationalmuseen zu Schauplätzen von Debatten und Auseinandersetzungen, in denen neue Ausstellungen Fragen zur Klassifizierung von Museen aufwarfen und versuchten, indigene Geschichten wiederherzustellen. In der South African National Gallery (SANG) wurden Artefakte und Kunstwerke indigener Kulturen, wie Perlenarbeiten und goldene Skulpturen, als Demonstrationen ästhetischer und sozialer Genialität präsentiert, die statische ethnografische Rahmen herausforderten.

Mitte der 1990er Jahre war die SANG ebenfalls Schauplatz einer wegweisenden Ausstellung mit dem Titel »Miscast: Negotiating the Presence of the Bushmen«. Die Ausstellung war ein Versuch, der ethnischen Gruppe der San/Bushmen eine authentische Stimme zurückzugeben, und stellte diese der Gewalt der Waffe und des Museums gegenüber. Diese authentische Stimme wurde in der Folklore gesehen, die Lucy Lloyd und Wilhelm Bleek in den 1870er und 1880er Jahren in Kapstadt von Karoo bzw. Xam-Sprechern aufgenommen hatten, die wegen Widerstandshandlungen gegen koloniale Eingriffe inhaftiert worden waren. Von einem unkritischen Rahmen für die Rettung und Wiederherstellung der Authentizität geprägt, wurde »Miscast« vielfach kritisiert, weil es die sehr koloniale, visuelle Ökonomie, die es infrage zu stellen galt, aufrechterhielt und nicht in der Lage war, die Kulturpolitik der Khoisan in Südafrika – zu der die San gehören – anzusprechen, die sich gerade im Aufbau befand.

Das South African Museum (SAM), das zum zentralen Schauplatz der Zusammenführung von Sammlungen und Ausstellungen der Naturgeschichte und Ethnografie wurde, entwickelte sich zu einem wichtigen Ort, um das Ethnografische zu hinterfragen. Insbesondere bei der Darstellung der indigenen Bevölkerung als »Stamm« in seiner »Galerie für Afrikanische Kultur«. Das dort gezeigte »Buschmann-Diorama« stand im Mittelpunkt der Kritik und Diskussion. Es zeigt eine erfundene Szene der Buschmann-Kultur, basierend auf einem kolonialen Kunstwerk von Samuel Daniell, das seit den 1960er Jahre gezeigt wird. Diese Darstellung hatte Körperabdrücke von Bauern und Hirten aus dem Nordkap in sich aufgenommen, als Teil eines rassenwissenschaftlichen Projekts aus dem frühen 20. Jahrhundert, das darauf abzielte, die physischen Merkmale einer angeblich »verschwindenden Rasse« zu dokumentieren.

Den Empfehlungen des ACTAG-Berichts zufolge, wurden im Norden und Süden des Landes allumfassende Nationalmuseen als sogenannte »Flagship«-Institutionen geschaffen. Das südliche »Flagship« sind die »Iziko Museums of South Africa« in Kapstadt, die unter anderem die Sammlungen der bisher getrennten SANG, SAM und des South African Cultural History Museum (SACHM) umfassten. Während der Apartheidherrschaft wurde das SACHM zum Schauplatz für die Repräsentation einer europäischen Kulturgeschichtserzählung in Kapstadt. Verortet war das Museum in einem der ältesten Gebäude der Stadt, das einst Sitz des Obersten Gerichtshofs war, zuvor jedoch als Unterkunft für Sklaven der Niederländischen Ostindien Kompanie (VOC) diente. 1998 wurde das SACHM von den Iziko-Museen übernommen und als eine ihrer wichtigsten Handlungen in »Sklavenhütte«, in Englisch »Slave Lodge«, umbenannt.

Im Norden und Süden des Landes wurden allumfassende Nationalmuseen als sogenannte »Flagship-Institutionen« geschaffen

Die Gründung der Iziko-Museen in Kapstadt und der Ditsong Museen im nördlichen Gauteng boten mit ihren übergreifenden nationalen Museumssammlungen einen institutionellen Rahmen für die Zusammenführung und Integration bisher getrennter Sammlungen. Die Gründung der Iziko-Museen ermöglichte es auch, die koloniale Klassifikationsordnung, die das moderne Museum in Südafrika bislang prägte, im Sammlungsalltag und beim Kuratieren von Ausstellungen zu hinterfragen. Diese klassifizierende Trennung zwischen Kulturgeschichte und Ethnografie war überall im modernen Museum seit ihrer Gründung zu finden und hat sich in unterschiedlichen Formen in verschiedenen vom Kolonialismus geprägten Gesellschaften fortgesetzt. Eine der wichtigsten Entwicklungen im internationalen Museumswandel geschah in den Iziko-Museen, als die Eröffnung einer neuen Sammlungsabteilung für Sozialgeschichte die bisherige Teilung beendete. Dieser Moment stellt eine neue postkoloniale Kategorie und einen epistemologischen Bruch dar.

Eine der wichtigsten Streitfragen an den Iziko-Museen war die Zukunft des »Buschmann-Dioramas«, das als unethisches Exponat infrage gestellt wurde, da es ein koloniales Bild von essentialisierten Jäger-Versammlungen und rassistische Vorstellungen über das südafrikanische Volk aufrecht erhielt. Darüber hinaus beinhaltete es Körperabdrücke, wie reproduzierte Artefakte aus der physischen Anthropologie, die zur Erforschung von Rassen gesammelt wurden. Die Ethik und Politik, eine Sammlung von rassistisch determinierten Körperabdrücken zu besitzen, wurde generell zu einem Gegenstand intensiver Diskussionen. Bald jedoch wurden diese Diskussionen von einer noch dringenderen Frage eingeholt, nämlich wie die Iziko-Museen mit den menschlichen Überresten umgehen sollten, die sie aus der Sammlung des SAM zur damaligen Rassenforschung übernommen hatte.

Weit davon entfernt, nur die Überreste von längst verstorbenen Menschen zu sein, die von Archäologen ausgegraben wurden, war die beträchtliche Anzahl von menschlichen Überresten, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in die Sammlung der SAM gelangten. Diese waren von kurz zuvor verstorbenen Menschen, deren Überreste von Grabräubern erworben wurden. Der damalige Museumsdirektor Louis Peringuéy und der Restaurator James Drury hatten solche Überreste von Menschen gesucht, die als »authentische Buschmänner« galten, um damit an der Erstellung von Lebendabformungen zu arbeiten. Die SAM erwarb diese gestohlenen menschlichen Überreste zu dem Zeitpunkt, als Südafrika 1910 zu einer Nation wurde und zu der Zeit der »Südafrikanisierung der Wissenschaften«, bei der südafrikanische Museen mit ihren europäischen Kollegen um die Skelette für ihre rassenwissenschaftliche Forschung konkurrierten. Aufgrund dieser ethischen Dilemmata haben die Iziko-Museen eine Richtlinie für menschliche Überreste entwickelt. Diese empfiehlt, dass alle Überreste, die aus ihren Gräbern gestohlen oder für Zwecke der Rassenforschung entwendet wurden, als unethisch angesehen und für ihre Rückgabe zurückgestellt werden sollten. Die Vorbereitung der Rückgabe menschlicher Überreste an ihre Herkunftsorte wurde durch die Rückgabe der Überreste von Klaas und Trooi Pienaar aus Wien im Jahr 2012 vorangetrieben. Diese Körper sollten in Kuruman in der Nähe des Ortes begraben werden, von dem aus ihre Leichen gestohlen und illegal entwendet wurden. Es ist davon auszugehen, dass die Rückgabe menschlicher Überreste und damit verbundene kulturelle Materialien an den Ort ihrer Herkunft, eine neue Zukunft für das postethnografische Museum einläuten wird – ein Museum für den Rückgabeprozess, für die soziale Wiederherstellung und für die Gemeinschaftsbildung.

Während alte Museumssammlungen überarbeitet und neu konzipiert wurden, führte der ACTAG-Bericht auch zur Einleitung eines »Legacy Projects Programme« zur Einrichtung neuer Museen und Kulturerbeprojekte der neuen Nation. Robben Island Museum (RIM) war das erste Nationalmuseum nach der Apartheit. Der Ort, an dem schwarze politische Freiheitskämpfer, politische Aktivisten oder Kranke von der Apartheid-Regierung inhaftiert und verbannt wurden, wurde in ein Museum verwandelt, um den Erfolg des menschlichen Geistes über die vergangenen Widrigkeiten zu repräsentieren. Mit der Erzählung von Überlebens- und Widerstandsgeschichten während der Repression der Apartheid, entschied sich das Robben Island Museum (RIM), seine interpretative Arbeit in den Rahmen der Versöhnung zu stellen – denn diese bestimmte den Diskurs zur Erneuerung der demokratischen Nation.

Das Museum war ein Geschichtsmuseum, da Geschichte die Disziplin darstellte, um eine neue Nation zu schaffen. In den ersten zehn Jahren erkannte RIM die Gefahr, sich nur auf die Gefängniserfahrungen von Widerstandsführern zu konzentrieren. Deshalb begann das Museum lebensgeschichtliche Forschungen und Dokumentationen mit politischen Gefangenen durchzuführen, die ebenfalls auf der Insel inhaftiert waren. Das war eine aufregende Zeit für ein Geschichtsmuseum, dessen Arbeit auf Standortinterpretationen von Erzählungen ehemaliger politischer Gefangener basierte. Und doch wurde diese Arbeit der Museumsinterpretation als erklärtes Weltkulturerbe auch durch die Logik des internationalen Tourismus und der Erhaltung des Weltkulturerbes eingeschränkt.

Infolge wurden die Besuche auf Robben Island dominiert durch einen Schwerpunkt auf der Biografie von Nelson Mandela und seiner Gefangenschaft. Andere neue nationale Museen wie das Nelson Mandela Museum am Ostkap und das Albert Luthuli Museum in KwaZulu-Natal, die im Rahmen des Maßnahmenprogramms entstanden sind, dienten dazu, die biografische Ordnung als vorherrschenden Rahmen für das südafrikanische Nationalerbe nach der Apartheid zu bestärken. Mandelas Biografie, die als »langer Weg zur Freiheit« dargestellt wurde, stand für die Geschichte der neuen Nation.

Außerhalb dieses beruhigenden nationalen »Rahmens« der Helden und der Biografien versuchten lokale Geschichtsmuseen wie das District Six Museum in Kapstadt, wichtige Neuinterpretationen der südafrikanischen Gesellschaft und ihrer Geschichte zu präsentieren, indem sie sich auf die Vergangenheit von District Six in den verschiedenen Phasen der Umsiedlung und der Zwangsräumung konzentrierten. Vor dem Hintergrund der Darstellungen über die ersten Zwangsumsiedlungen afrikanischer Menschen aus dem Sechsten Bezirk und anderen Orten auf die Farm Uitvlugt, war die Entstehung von Leben im Sechsten Bezirk und die Umsiedlungen in den 1970er und 1980er Jahren sowie der Prozess der Landrückgabe, eine eindrucksvolle Präsentation über die Künstlichkeit von Rasse. Die zentrale Bedeutung der Arbeit des District Six Museum besteht jedoch methodologisch darin, ein Museum der Inschriften, der Teilnahme und der Verkündung zu sein, sowie gleichzeitig auch ein Museum zur Wiederherstellung von Würde durch die Macht der Repräsentation. Im Zuge der Fortsetzung der Restitutionsarbeit und der Rückgabe von Landanspruch an den Sechsten Bezirk, wurde die Inschriftenarbeit des Museums auf die Inschriften des Landes selbst ausgeweitet. Es ist genau diese partizipative Methodik, die eine tiefgreifende Demokratisierung des Museumssektors in Südafrika verspricht.

Partizipative Methodik verspricht eine tiefgreifende Demokratisierung des Museumssektors in Südafrika

Ciraj Rassool ist der Leiter des »African Programme in Museum and Heritage Studies« an der University of the Western Cape in Südafrika. Er berät die Iziko-Museen von Kapstadt, das District Six Museum und das südafrikanische Geschichtsarchiv

Aus dem Englischen übersetzt von Ludwig Nachtmann

INFO

Dieser Beitrag ist in Kooperation mit dem Goethe-Institut entstanden. Der Autor Ciraj Rassool wird vom 18. bis 20. September 2019 neben anderen afrikanischen Museumsexperten und Kuratoren auf der internationalen Konferenz »Museumsgespräche« des Goethe-Instituts in Windhoek über die Zukunft afrikanischer Museen diskutieren. Mehr Informationen unter goethe.de/windhoek

Postkoloniale Kritik des Diskurses über Staatlichkeit in Afrika

Repräsentationen von Staat in Afrika
Postkoloniale Kritik eines Diskurses
Von Dr. Anna Maria Krämer
2019, 427 S., brosch., 79,– €
ISBN 978-3-8487-5152-5
(Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Bd. 19)
nomos-shop.de/39432

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Nomos

Eine Vergangenheit, die nach wie vor da ist

Vitjitua Ndjiharine über ihre künstlerische Auseinandersetzung mit dem deutschem Kolonialismus

Restitution geraubter Kunst, Forderungen nach Umbenennung belasteter Straßennamen, Umgang mit den Verbrechen an den Herero und Nama: Wohl noch nie in der Bundesrepublik wurden die Kolonialgeschichte des Deutschen Kaiserreiches und ihre Auswirkungen so intensiv diskutiert wie seit einigen Jahren. Gut hundert Jahre nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages am 28. Juni 1919, der den Verlust der deutschen Besitzungen in Übersee endgültig festlegte, befassen sich hierzulande Akteure aus Staat und Wissenschaft, Kunst und Medien und insbesondere von Nichtregierungsorganisationen mit den oben genannten Themen. Vitjitua Ndjiharine, in den USA als Tochter namibischer Eltern geboren und in Namibia aufgewachsen, setzt sich in ihrer Kunst mit der auch in ihrer Heimat lange Zeit nicht behandelten deutschen Kolonialherrschaft auseinander. Den 1904 bis 1908 in »Deutsch-Südwestafrika« geführten Krieg überlebten Historikern zufolge nur etwa 15.000 der ursprünglich 60.000 bis 80.000 Herero und etwa die Hälfte der 20.000 Nama, nachdem sie gegen ihre Vertreibung und Unterdrückung aufgestanden waren und unter anderem Militärstationen, Bahnlinien und Handelsniederlassungen angegriffen hatten. Die Bundesregierung sprach im April 2016 selbst von einem Völkermord. Behrang Samsami spricht mit Vitjitua Ndjiharine über die Motivation ihrer künstlerischen Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialvergangenheit von Namibia, über ihre Mitarbeit beim Projekt »Visual History of the Colonial Genocide« in Hamburg und über den Umgang mit Beutekunst nach der Rückgabe an die Herkunftsländer.

Behrang Samsami: Frau Ndjiharine, wie ist es dazu gekommen, dass Sie sich mit der kolonialen Vergangenheit Namibias beschäftigen?
Vitjitua Ndjiharine: Weil ich neugierig auf meine Kultur war. Ich bin eine Herero und wusste, dass meine Heimat einst unter deutscher Herrschaft stand. Aber weil diese mit dem Ersten Weltkrieg zu Ende ging und Namibia danach unter südafrikanische Verwaltung gestellt wurde, die bis 1990 dauerte, war der Kampf um Unabhängigkeit in erster Linie ein Kampf gegen Südafrika. Dass auch die Deutschen in Namibia prägend waren, sieht und spürt man noch heute überall. Das Straßenbild ist beeinflusst von deutscher Architektur, Deutsch ist eine der elf Amtssprachen und es gibt auch eine namibisch-deutsche Community, bestehend aus den Nachfahren der einstigen Siedler und aus denen, die Jahrzehnte später selbst ins Land eingewandert sind.
Auch wenn ich dies alles sah und kannte, wusste ich nichts über den Völkermord zu Beginn des 20. Jahrhunderts, über die Konzentrationslager in Deutsch-Südwestafrika und das ganze Ausmaß an Gewalt. Dann las ich ein Buch, das mein Vater in seiner Bibliothek hatte: »Herero Heroes. A socio-political history of the Herero of Namibia, 1890-1923« des niederländischen Historikers Jan-Bart Gewald aus dem Jahr 1999. Es ist eines der ersten Bücher, das sich diesem bis dato wenig behandelten Thema gewidmet hat.

Wie war Ihr Leseeindruck?
Nach der Lektüre war ich baff und habe mich gefragt, warum wir darüber nie gesprochen und nichts gelernt haben – weder in der Grundschule noch in der High School. Ich wurde neugierig und schaute mir insbesondere die modernen Trachten an, die Herero-Männer und -Frauen tragen. Die Trachten der Frauen sind ursprünglich von der Mode der viktorianischen Zeit inspiriert worden, von den großen Kleidern mit schmaler Taille. Die Trachten der Männer ähneln meines Erachtens den Uniformen deutscher Kolonialsoldaten. Andere haben den britischen Einfluss unterstrichen. Ich habe auch Ähnlichkeiten zum schottischen Kilt beobachtet.
An den Trachten erkennt man einen »Zusammenprall der Kulturen«. Die Herero haben sich die europäischen Trachten mit der Zeit angeeignet, sodass sie ein Teil der eigenen Identität geworden und in eigene Rituale eingebunden sind.
Ich begann, die Trachten als Dokument der Kolonialzeit wahrzunehmen, sie neben die koloniale und die moderne Mode zu stellen und zu beobachten, wie afrikanische Mode – oder in diesem Fall die der Herero – sich allmählich der westlichen Kultur angepasst hat, aber zugleich auch festzustellen, dass sie etwas spezifisch Eigenes bewahrt hat. Das möchte ich in meiner Kunst, in den Collagen und in der Nebeneinanderstellung, sichtbar machen.

FOTO: LAURA RAMIREZ

Die bildende Künstlerin Vitjitua Ndjiharine

Seit wann ist die deutsche Kolonialzeit Thema in Namibia?
Ich würde sagen, dass die Menschen erst seit etwa fünf Jahren die deutsche Vergangenheit in Namibia zur Sprache bringen. Es gibt die Erkenntnis, dass viele Communities nicht davon geheilt sind, was vor mehr als hundert Jahren passiert ist. Es handelt sich um ein generationenübergreifendes Trauma, das weitergegeben, aber nicht behandelt worden ist. Da ist nach wie vor eine Art Zerrissenheit in diesen Communities. Daher rührt meine visuelle Darstellung der Vergangenheit – und dass sie nach wie vor sehr präsent ist.

2018 waren Sie als »Artist in Residence« in Hamburg und beteiligt an einem Projekt mit dem Titel »Visual History of the Colonial Genocide«. Dabei arbeiteten Sie, zwei weitere namibische Künstler und eine deutsche Historikerin an Fotos aus den Beständen des Museums am Rothenbaum – Kulturen und Künste der Welt (MARKK), das bis 2018 Museum für Völkerkunde hieß, die von deutschen Soldaten, Wissenschaftlern und Reisenden im Deutsch-Südwestafrika aufgenommen worden sind. Was waren Ihre Eindrücke und Erkenntnisse?
Die ersten künstlerischen Arbeiten, die ich zur kolonialen Vergangenheit Namibias geschaffen habe, waren Ergebnis meiner Neugierde, meiner Intuition und der wenigen Informationen, die ich damals hatte. In Hamburg hatte ich erstmals Zugang zu umfassendem Archivmaterial und konnte neue historische Erkenntnisse gewinnen. Ich habe gelernt, auch die alten Fotos als historische Dokumente einer Zeit zu betrachten, die wir nicht mehr als real ansehen, die aber nach wie vor da ist.

Wie war Ihr Austausch mit den anderen Projektteilnehmern?
Wir hatten intensive Diskussionen. Es ging um die Frage, wie wir mit den Fotos umgehen wollen und was ethisch vertretbar ist. Können wir sie etwa, überspitzt formuliert, an die Wand projizieren und sagen, dass wir jetzt kritisch über sie sprechen? Dass diese Fotos überhaupt existieren, stellt für mich bereits eine Art gewaltsames Vorgehen gegen die Aufgenommenen dar.
In unserem Projekt ging es auch um die Rückführung kolonialer Objekte. Ist es die Aufgabe europäischer Museen, sie zurückzugeben? Und wenn

sie zurückgegeben worden sind, wie stellen wir als Afrikaner und in Afrika diese Objekte dar, ohne das gleiche gewaltsame Vorgehen und ohne den gleichen ethnografischen Blick auf sie neu zu schaffen? Wie wird die Position afrikanischer Museen in der Frage des Ausstellens sein? Es macht keinen Sinn, die Objekte so auszustellen, wie das die Europäer getan haben. Sollten bestimmte Objekte direkt an die Communities gehen, ohne überhaupt in Museen gebracht zu werden?

Ging es in Ihren Debatten auch um explizit politische Fragen?
Ja, es ging beispielsweise um Folgendes: Namibias Regierung hat Reparationsforderungen an die Bundesregierung gestellt. Zugleich gibt es Communities im Land, die sich, wie sie selbst geäußert haben, von der namibischen Regierung nicht in gleichem Maße vertreten fühlen wie andere. Das heißt: Wenn das Land tatsächlich Geld erhalten sollte, würden eben jene Communities nicht gleichermaßen davon profitieren, sondern das Geld würde in die Bürokratie fließen und für andere Ausgaben des Staates verwendet werden. Es gibt diese politischen und kulturellen Diskussionen in Namibia – Diskussionen um Erbe und Denkmäler.

Was hat Sie am Archivmaterial am meisten interessiert?
Nicht zuletzt die vorkoloniale Zeit in Namibia. Bevor ich nach Hamburg ging, habe ich einen Kurs über präkolumbische Kunst- und Sozialgeschichte in der Karibik besucht. Für die meisten beginnt die Geschichte der Karibik mit der Ankunft von Christoph Kolumbus, das heißt, mit der Epoche des Kolonialismus. Wir befassten uns daher explizit mit der Frage, was in der Karibik geschehen ist, bevor Kolumbus kam. Das kann man auf die Geschichte Namibias und insbesondere der Herero übertragen. Sie wird, wenn man die westliche Perspektive betrachtet, erst ab dem Moment der Besetzung durch die Deutschen erzählt, nicht wirklich vorher. In den Dokumenten, die in Hamburg lagern, habe ich daher nach Material Ausschau gehalten, in dem Schwarze Menschen selbst berichten, und beispielsweise Bilder von Höhlenmalereien entdeckt. Sie erzählen, wie die Bantu Land von den San in ihren Besitz genommen haben.
Wichtig ist mir jedoch auch zu betonen, dass Dokumentierung und Archivierung nicht die einzigen Quellen für Historiker sind. Es gibt auch mündliche Geschichten und Überlieferungen. Sie sind eine Art, wie Schwarze Menschen Vergangenes bewahrt haben. (Lob-) Preisungen über bestimmte Personen oder Orte wie Omitandu und Omasanekero in der Tradition der Herero sind eine weitere Möglichkeit für Familien, nachzuvollziehen, wo sie herkommen und wer sie sind. Mein Standpunkt ist, dass wir neu durchdenken können, was Geschichte für verschiedene Menschen ist, und nicht immer annehmen dürfen, dass es keine Geschichte gibt, bloß weil keine geschriebenen Dokumente existieren.

»Ovizire • Somgu: Von woher sprechen wir?« hieß eine Ausstellung, die Ende 2018 bis Frühjahr 2019 in Hamburg mit Arbeiten auch von Ihnen zu sehen war. Sie präsentierte laut dem MARKK »Performances, multimediale Videoinstallationen, Fotocollagen und historische Fotografien, die sich mit der Komplexität der deutsch-namibischen Verflechtungsgeschichte beschäftigen«. Wie waren die Reaktionen?
Einige Besucher waren sehr emotional, weil sie bisher nichts über die deutsche Kolonialgeschichte in Namibia gewusst hatten. Wir erlebten viele Diskussionen, in denen sich die Themen der Ausstellung mit anderen verbanden. Es ging etwa um die Frage, was Landverlust und -besitz gerade in Zeiten des Klimawandels bedeuten. Diese Linie vom Kolonialismus zum Klimawandel, die entstand, fand ich interessant. In den anderen Gesprächen entdeckten wir Verbindungen zu bestimmten Bewegungen in Deutschland rund um Themen wie Antifaschismus, Antirassismus und Migration. Hier ging es auch um die steigende Migration aus Afrika nach Europa, die meiner Meinung nach letztlich im westlichen Kolonialismus wurzelt. Kurz: Alle Diskussionen, die aktuell in Europa stattfinden, sickerten durch in unsere Gespräche über die koloniale Vergangenheit.

Vielen Dank.

Vitjitua Ndjiharine ist bildende Künstlerin und arbeitet multidisziplinär mit unterschiedlichen Medien.
Behrang Samsami ist freier Journalist

INFO

Eine Auswahl an Werken von Vitjitua Ndjiharine finden Sie im Schwerpunkt auf den Seiten 17 bis 29.

Information und Aufklärung

Die Joseph Wulf Mediothek im Haus der Wannsee-Konferenz

MONIKA SOMMERER

Die heutige Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, eine ehemalige Fabrikantenvilla aus dem Jahre 1915, wurde von 1941 bis 1945 als Gäste- und Tagungshaus der SS genutzt. Hier besprachen am 20. Januar 1942 15 hochrangige Vertreter der SS, der NSDAP und verschiedener Reichsministerien die Kooperation bei der Deportation und Ermordung der europäischen Juden.

Nach dem Krieg tat sich die deutsche Gesellschaft schwer im Umgang mit Täterorten wie dem Haus der Wannsee-Konferenz. Viele Gebäude wurden abgerissen oder unkommentiert umgenutzt. Die Villa am Wannsee war lange Zeit ein Schullandheim für Kinder aus Berlin-Neukölln. Initiativen wie die des Historikers und Auschwitz-Überlebenden Joseph Wulf aus den 1960er Jahren, der ein »Internationales Dokumentationszentrum zur Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Folgeerscheinungen« am historischen Ort der Konferenz forderte, scheiterten. Erst Ende der 1980er Jahre wurden Haus und Garten für die Nutzung als Gedenkstätte rekonstruiert. Eröffnet wurde diese 1992, am 50. Jahrestag der Konferenz. Im Erdgeschoss des Hauses informiert seither eine Dauerausstellung über die Wannsee-Konferenz und die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Die Gedenkstätte bietet darüber hinaus ein differenziertes pädagogisches Angebot an – für Schulgruppen, junge Menschen während ihrer Berufsausbildung sowie Erwachsene in der beruflichen oder politischen Weiterbildung.

Die Joseph Wulf Mediothek befindet sich in der ersten Etage des Gebäudes und gehörte von Beginn an zum Bildungskonzept der Gedenkstätte. Sie ist ein Lern- und Vertiefungsort für die Seminare und für die vielen einzelnen Besucher, die sie ohne Voranmeldung oder Bibliotheksausweis nutzen können. Hier kann man Fragen zur nationalsozialistischen Diktatur in all ihren Facetten sowie zur Ausgrenzung, Entrechtung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung und anderer gesellschaftlicher Gruppen nachgehen. Die Sammlungsbestände informieren darüber hinaus über die reiche jüdische Kultur in Europa vor 1933, über den Umgang mit der Vergangenheit seit Kriegsende sowie über Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Menschenrechtsverletzungen heute.

Der Bestand umfasst derzeit etwa 70.000 Bände, 120 Zeitschriftenabonnements und eine Sammlung von etwa 11.000 Filmen und Tondokumenten. In ihrem Angebot geht die Bibliothek auf ihre verschiedenen Nutzergruppen ein: Neben wissenschaftlicher Literatur und Originaldokumenten aus der NS-Zeit werden themenspezifische Romane, Kinder- und Jugendbücher und pädagogische Materialien angeboten. Ein Großteil der Literatur steht in frei zugänglichen Regalen zur Verfügung. Die Bestände sind online recherchierbar. Der Buchbestand ist darüber hinaus im Berliner Verbundkatalog (KOBV) und im Gemeinschaftskatalog der Gedenkstättenbibliotheken (AGGB-Katalog) nachgewiesen.

Aus der Geschichte des Hauses als Ort, der überwiegend durch die Perspektive der Täter im Nationalsozialismus geprägt ist, leiten sich für die Bibliothek ganz besondere Aufgaben ab. Sie will ein Ort des Fragens, der Information und der Aufklärung für alle sein. Viele unserer Besucher haben ganz persönliche Anliegen, wie etwa Recherchen über Täterschaft in der eigenen Familie. Mit ihrer Sammlung zur jüdischen Geschichte Europas sowie den Zeitzeugenberichten und Gedenkbüchern ist die Bibliothek aber vor allem auch ein wichtiger Anlaufpunkt für Nachfahren von Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung, die nach wie vor Informationen zu ihren Angehörigen suchen. Diese Anliegen intensiv zu betreuen, ist Teil der Gedenkkultur des Hauses.

Die Joseph Wulf Mediothek gehörte 1998 zu den Initiatoren der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken (AGGB). 2018 wurde die AGGB, die inzwischen mehr als 50 institutionelle Mitglieder hat, für ihr Engagement mit dem Max-Herrmann-Preis des Vereins der Freunde der Staatsbibliothek zu Berlin ausgezeichnet.

Im Januar 2020 wird eine neue Dauerausstellung in der Gedenk- und Bildungsstätte eröffnet. In einem »Design für Alle« soll sichergestellt werden, dass die Ausstellung auch für Besuchergruppen zugänglicher wird, die bisher nicht angesprochen oder aufgrund der Ausstellungsarchitektur und Auswahl der Exponate ausgeschlossen wurden. Dieser Entwicklung möchte sich in den kommenden Jahren auch die Bibliothek anschließen, etwa über eine Lounge im Eingangsbereich sowie eine neue Präsentation der Bestände und Arbeitsbereiche, die verschiedensten Bedürfnissen entsprechen. Die Verschränkung zwischen Bibliothek und Bildungsabteilung soll auf unterschiedlichen Ebenen noch sichtbarer und die Funktion der Bibliothek als Lernzentrum für alle noch besser wahrnehmbar werden.

FOTO: GEDENK- UND BILDUNGSSTÄTTE HAUS DER WANSEE-KONFERENZ

Die Joseph Wulf Mediothek im Haus der Wannsee-Konferenz beherbergt über 70.000 Bände

Monika Sommerer ist Leiterin der Joseph Wulf Mediothek in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Sie ist stellvertretende Vorsitzende des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken (ASpB)

ZUR BIBLIOTHEK

Die Joseph Wulf Mediothek befindet sich Am Großen Wannsee 56-58 in Berlin. Die Präsenzbibliothek ist Montag bis Freitag zwischen 10 und 18 Uhr geöffnet. Weitere Informationen finden Sie unter www.ghwk.de/bibliothek.

Wenn fünf eine Reise tun

Von zwei tüchtigen afghanischen Flüchtlingen und zwei Künstlerinnen

LUDWIG GREVEN

Kürzlich war ich zu einer interessanten Ausstellung in Ostende in Belgien eingeladen. Eine irische und eine belgische Künstlerin haben sieben Jahre lang eine Schafzucht in Irland betrieben. Ihnen gehe es um menschliche Interaktion, das Verhältnis zwischen Mensch und Tier und nachhaltigen, respektvollen Umgang mit allem, was lebt, hieß es in der Einladung. Die Erfahrungen ihres persönlichen wie künstlerischen Feldversuchs wollten sie nun weitergeben. Das lockte mich. Man bot mir an, von Hamburg aus zu fliegen. Ich lehnte dankend ab. Nicht aus »Flugscham«, Nonsens, sondern aus Respekt vor mir selbst. Ich liebe es, Zug zu fahren. Entspannt zu reisen, die Landschaften vor dem Fenster zu betrachten, lesen, Musik hören, nachdenken, schreiben, dösen, vor allem mit Mitreisenden ins Gespräch zu kommen: Das ist für mich Genuss von Anfang an. Zumindest dann, wenn ich nicht eiligst von A nach B muss. Und es schont Nerven, Energie, Umwelt, Klima.

In diesem Fall musste ich indes zunächst auf einen Flixtrain warten, der seinem Namen keine Ehre machte: vom Start in Altona bis zum Süden Hamburgs eine Stunde zu spät – das schafft selbst die Deutsche Bahn (DB) kaum. Die uralten Waggons, wahrscheinlich noch der Reichsbahn, müffelten. Der Zugführer muffelte. Als ich ihn nach meinem DB-Anschluss in Köln und einem Gutschein für die Verspätung fragte, gab er sich doppelt unkundig. Ich verkniff mir, ihm zu sagen, dass Buskonkurrenten der Bahn, wenn sie ins Zuggeschäft kommen wollen, besser sein müssten als die DB, nicht schlechter.

Mehr als wettgemacht wurde dieser unerfreuliche Beginn durch zwei afghanische Flüchtlinge in meinem Abteil, die mir sofort ihre Hilfe und von ihrer Reiseverpflegung anboten. Beide sind 2015 nach Hamburg geflüchtet. Der Ältere berichtete, dass er Lkw-Motoren repariere und auf Dienstreise sei. Er erzählte mir schreckliche Erlebnisse aus dem ewigen Krieg in seiner Heimat, die ich hier nicht wiedergeben kann. Nur

GREVENS EINWURF

so viel: In einer Nacht hätten er und andere nach einem Bombenanschlag Teile von 40 Menschen zusammenklauben müssen. Umso froher sei er nun, in Deutschland friedlich seinem Beruf nachgehen und für seine Familie sorgen zu können. Der Jüngere ist Bauingenieur. Bereits mit 30 Jahren war er Vizerektor der Polytechnischen Hochschule in Kabul, an der er studiert hatte – weil es kein anderer machen wollte. Jetzt ist er 35, hat fünf Kinder, darf aber erst mal nur ein Praktikum bei einem internationalen Baukonzern absolvieren, weil sein Deutsch – anders als sein Englisch – noch nicht perfekt sei und weil seine Zeugnisse noch nicht alle übersetzt und beglaubigt seien. Mein Kopfschütteln ob dieses Irrsinns quittierte er mit verlegenem Lächeln. Als ich ihn fragte, ob er nicht in Afghanistan gebraucht werde, um das Land wieder aufzubauen, schaute er mich freundlich an: »Natürlich würde ich liebend gern in meiner Heimat bauen. Aber da wird alles nur ständig zerstört.« Außerdem sei es für seine Familie viel zu gefährlich dort. Wir verabredeten uns zu einem baldigen gemeinsamen Essen mit unseren Frauen und Kindern.

In Ostende, einer eigenartigen Kombi aus heruntergekommener Hafen- und Industriestadt, die dank junger Digitalfirmen langsam wieder aufblüht, mit einem früher mondänen Seebad stieg ich aus. Hinter dem Bahnhof stand am Meerufer auf stählernen Riesenfüßen untätig eine gewaltige Schiffsplattform, die normalerweise Masten und Rotoren für Offshore-Windparks in der Nordsee aufstellt. Zu dem einstigen Grandhotel am Strand, in dem wir nächtigten, heute mehr eine riesige Ruine mit abgestützten Säulenhallen, daneben ein bunt beleuchtetes Denkmal des belgischen Kongo-Kolonialistenkönigs Leopold II. hoch zu Ross, waren es nur wenige Schritte.

Am Vorabend der Ausstellungseröffnung gingen wir mit den beiden Kunstschaffenden Orla Barry und Els Dietvorst essen. Ich saß neben der Belgierin. Sie erzählte mir, dass sie sich in Brüssel kennengelernt hätten, wo Barry 15 Jahre lang lebte, bis sie von der Stadt genug hatte und beschloss, wieder auf den einsamen Hof ihres Vaters im Süden Irlands zu ziehen. Dietvorst ging mit, weil sie ein Paar geworden waren. Doch auf der kargen grünen Insel, zwei Stunden von Dublin entfernt und gleichfalls am Meer, mussten sie feststellen, dass sie dort von ihrer Kunst nicht leben konnten. »Eines Morgens standen wir im ständigen Regen und Kälte vor dem Hof, schauten uns an und entschieden, das zu tun, was dort alle machen: Schafe züchten.« Sie hatten aber keine Ahnung von dem Geschäft. Die sehr männlichen irischen Schafzüchter verspotteten die beiden Frauen, »bis sie merkten, dass wir es ernst meinten. Da haben sie uns gezeigt, wie man es macht«. Schon bald wurden sie in den Züchterverein aufgenommen. Dietvorst hatte die unangenehme Rolle: »Ich habe mit Orla die Tiere nicht nur geschoren, sondern auch geschlachtet. Natürlich haben wir das Fleisch gegessen. Das gehört zum Respekt vor der Kreatur. Man kann ihnen nicht ihre Wolle nehmen und sagen: Der Rest interessiert uns nicht.«

In ihrer geteilten Doppelausstellung »Wintrum frod«, Angelsächsisch für »Weise im Winter«, im Ostendischen Mu.ZEE, einem früheren Industriebau, und im ehemaligen ländlichen Wohnhaus des Malers Constant Permeke, heute ein nach ihm benanntes Museum am Rand der Stadt, ist viel von der selbst gemachten Wolle, irischer Landschaft und der anstrengenden Schafzeit der beiden Künstlerinnen zu sehen: Worte wie »Shaved Rapunzel« in braunem Filz; verarbeitete Fundstücke aus der Natur; Notizzettel mit täglichen Erledigungen; ausgestopfte Tiere in düsterem Setting. Alles getreu ihrem Motto »learning by doing«. Am anschaulichsten sind ruhige Videos von Dietvorst, die den mühseligen Alltag der irischen Schäfer zeigen. Sie sind auch im Internet zu sehen.

Die Eröffnung folgte, anders als das dargebotene Kunst-Arbeitsleben im Einklang mit der Natur, musealen Riten: Reden und eine längliche Performance vor gepflegtem Publikum. Als ich mich ermüdet in einen ausgebreiteten flauschigen Wollhaufen fallen lassen wollte, stoppte mich die junge Kuratorin entsetzt: »Don't touch!« Dabei hatten uns die Künstlerinnen ausdrücklich dazu ermuntert.

Nach der Landpartie der Vernissage gab es einen sommerlichen Empfang unter Bäumen, mit weiteren Reden, Champus und Essen. Allerdings kein Lamm, kein Schaffleisch. Zu viel Respekt?

Ludwig Greven ist Publizist, Kunst-, Menschen- und Tierliebhaber. Schreiben Sie mir ludwig_greven@web.de

Mehr dazu: Die Ausstellung »Wintrum frod« läuft noch bis zum 3. November 2019. Die Filme von Els Dietvorst unter theblacklamb.elsdietvorst.be

Eine Grundbedingung der Demokratie

Pro Quote Film fordert Geschlechtergerechtigkeit in der Filmbranche

Pro Quote Film ging aus der Initiative Pro Quote Regie hervor. Mit über 500 engagierten filmschaffenden Frauen ist die Organisation zu einer politischen Bewegung für eine geschlechtergerechte, diverse Gesellschaft geworden. Cornelie Kunkat spricht mit Gründungsmitglied Tatjana Turanskyj.

Cornelie Kunkat: Wann kam es zur Gründung von Pro Quote Film und was waren die zentralen Beweggründe?
Tatjana Turanskyj: Pro Quote Film ist aus der Initiative Pro Quote Regie hervorgegangen, die wir 2014 gegründet haben. Diese Erweiterung war ein logischer Schritt. Denn die Gewerke verbindet bei allen Unterschieden das gemeinsame Ziel: mehr Frauen vor und hinter der Kamera. Am Anfang stand ein Gefühl, als Filmemacherin nicht wahrgenommen zu werden und nicht so zum Zuge zu kommen wie die Kollegen. Andere wiederum empfanden, dass ihre Karriere stagniert, während Kollegen vorbeiziehen. Es war ein Gefühl – von Diskriminierung haben wir nicht gesprochen. Aber Gefühle brauchen Beweise. Deshalb hat Pro Quote Regie 2013/14 zunächst in »Heimarbeit« erste Statistiken erstellt, die Anzahl von Regisseurinnen im TV gezählt und die Förderzahlen analysiert. Das Ergebnis war ernüchternd: Nur durchschnittlich 15 Prozent aller (Fernseh-)Filme werden von Regisseurinnen gemacht, obwohl 42 Prozent aller Hochschulabgängerinnen im Filmbereich weiblich sind.

Was war Ihr nächster Schritt, nachdem sich das vage Gefühl zu bestätigen schien?
2017 wurde auf unsere Initiative die Studie »Gender & Film, Gender & Fernsehfilm« von der Filmförderungsanstalt (FFA), ARD und ZDF veröffentlicht. Diese zeigt deutlich, dass die mangelnde Beschäftigung von Frauen nicht nur die Regie, sondern alle kreativen Schlüsselpositionen betrifft. Es sind strukturelle Benachteiligungen, die verhindern, dass sich das kreative weibliche Potenzial entfalten kann.

Welche Muster konnten identifiziert werden?
Die Studie benennt konkrete Barrieren für Frauen im Film- und Fernsehgeschäft: Auf der Entscheidungsebene herrscht Risikoaversion und Mutlosigkeit, man setzt auf Altbekanntes und fördert scheinbar Bewährtes. Hinzu kommen stereotype Wahrnehmungskriterien bei der Beurteilung von Personen und Projekten sowie männlich konnotierte Berufsbilder, die Frauen in den kreativen Schlüsselpositionen verhindern. Insgesamt betrachtet sind Studien sehr wichtig für unsere Arbeit. Denn mit jeder weiteren erfahren wir mehr über die Ursachen von Diskriminierung, über Sexismus konkret in der Filmbranche, wie in der Kultur insgesamt.

Auf welche Erfolge kann das Netzwerk bereits zurückblicken?
Als wir uns 2014 gegründet haben, gab es so gut wie kein Problembewusstsein aufseiten der Entscheiderinnen und Entscheider. Wir stießen mit unseren Forderungen auf eine Mauer aus Ignoranz bei Sendern und Förderanstalten. Das hat sich in nur fünf Jahren völlig verändert. Wir haben einen Bewusstseinswandel angestoßen. Niemand in der Branche kommt heute an Gleichstellungsfragen vorbei. Das ist vielleicht der größte Erfolg unserer Arbeit, denn Veränderung beginnt bekanntlich in den Köpfen.

Ist dieser Bewusstseinswandel messbar?
Ja, der konkrete Output unserer Arbeit kann sich sehen lassen: Wir konnten eine Gesetzesänderung erwirken. Bei der Novellierung des Filmförderungsgesetzes (FFG) wurden ein allgemeiner Paragraf zur Geschlechtergerechtigkeit und die paritätische Besetzung der Gremien festgeschrieben. Aktuell werden alle Fördergremien der Filmförderer deshalb paritätisch besetzt. Zudem gibt es erste Quoten beim Fernsehen! Studio Hamburg hat eine 50-Prozent-Quote für alle Serienformate eingeführt und die ARD-Degeto will eine 25-Prozent-Quote für Regisseurinnen. Beide Firmen gehören zu den größten Fernseh- und Kinoproduktionsfirmen in Deutschland. Schließlich hat Pro Quote Film infolge der #Metoo-Debatte gemeinsam mit einem breit aufgestellten Bündnis aus Sendern, Branchenverbänden und ver.di die unabhängige und überbetriebliche Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung und Gewalt »Themis« gegründet.

Wie erklären Sie sich die verhältnismäßig starke Sichtbarkeit von Pro Quote Film im Gegensatz zu anderen Frauennetzwerken?

FOTO: PRO QUOTE FILM

Die Schauspielerin Nina Kronjäger engagiert sich bei Pro Quote Film

Wir wollten von Anfang an die breite Öffentlichkeit mit unseren Themen erreichen und haben deshalb öffentlich wirksame, pressegetriebene Kampagnen gemacht. Parallel dazu haben wir hunderte Hintergrundgespräche mit Entscheiderinnen und Entscheidern aus der Branche geführt. Und da Film untrennbar mit Filmpolitik verknüpft ist, haben wir uns an die Politik gewandt, sind dort gehört und unterstützt worden. Aber auch die prominenten Unterstützerinnen und Unterstützer haben sicher geholfen, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen.
Die Quotenforderung ist natürlich nicht neu. Pro Quote Film steht auf den Schultern des Verbandes der Filmarbeiterinnen, die bereits vor 40 Jahren für eine 50-prozentige Quote für Aufträge und Fördergelder gekämpft haben. Als wir Pro Quote Regie gegründet haben, war die Zeit offensichtlich reif für ein Remake alter politischer, feministischer Forderungen. Gesamtgesellschaftlich ist es nicht mehr akzeptiert, dass Frauen in der Arbeitswelt benachteiligt oder belästigt werden und ihnen dann auch noch die Schuld an der Misere gegeben wird. Nein! Es sind nicht die Frauen, die sich verändern müssen. Die Arbeitswelt muss sich wandeln, sie braucht Gendercoaching, Diversity-Standards, Beratung und Quoten.
Es gibt noch etwas, was uns von anderen Netzwerken unterscheidet: Pro Quote Film strebt einen gesamtgesellschaftlichen Bewusstseinswandel an, ein Miteinander ohne Diskriminierung und Sexismus. Das ist unsere zentrale Botschaft, und die kommunizieren wir nach außen. Insofern sind unsere expliziten Forderungen nur ein kleiner Teil eines großen Ganzen.
Ganz nebenbei ist Pro Quote Film natürlich auch ein riesiges Netzwerk geworden, mit fast 500 filmschaffenden Frauen. Das ist ein schöner und wichtiger Effekt unserer politischen Arbeit.

Was sind die größten Herausforderungen und wichtigsten Ziele für die kommenden Jahre?
Wir haben in den letzten fünf Jahren einen gesellschaftlich relevanten Veränderungsprozess angestoßen. Unsere bisherige Arbeit hat gezeigt, dass die Film- und TV-Branche veränderbar ist. Aber weitere Schritte sind notwendig, um zukunftsfähig zu werden, ja, demokratisch zu bleiben. Unsere Gesellschaft ist vielfältig, die Kulturbranche international, die Hälfte des kreativen Potenzials weiblich – nur die Film- und Fernsehwelt hinkt hinterher. Deshalb fordern wir neben einer Quote die Einführung von Diversitätsstandards als Kriterien bei der Vergabe von Projektfilmförderung. Diversität und Geschlechtergerechtigkeit sind untrennbare Voraussetzungen für eine gerechte Film- und Medienbranche. Nur so können neue Perspektiven und Erzählformen entstehen!
Die Verteilung von Aufträgen, Fördermitteln und Ressourcen an Frauen und Männer zu gleichen Teilen ist eine Grundbedingung der Demokratie. Chancengleichheit, unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Elternhaus und Hautfarbe, muss Selbstverständlichkeit werden. Es gibt also noch sehr viel zu tun für Pro Quote Film!

Vielen Dank.

Tatjana Turanskyj arbeitet als Writer-Director-Producer. Sie ist Gründungs- und Vorstandsmitglied von Pro Quote Film. Cornelie Kunkat ist Referentin für Frauen in Kultur und Medien beim Deutschen Kulturrat

Vergessene Heldinnen der deutschen Geschichte

Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus

ELISABETH MOTSCHMANN

Sie sind die vergessenen Heldinnen der deutschen Geschichte: Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Sie werden in der öffentlichen Wahrnehmung noch immer weitgehend ignoriert, verdrängt und auch vergessen.

In Erinnerung an den deutschen Widerstand gedenken wir meist der Widerstandskämpfer um Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Dietrich Bonhoeffer, Hans von Dohnanyi, Julius Leber und vielen mehr. In einer gewissenlosen und menschenverachtenden Diktatur planten sie das Attentat, planten sie eine politische Ordnung nach Hitler. Sie riskierten ihr Leben. Am Ende verloren sie ihr Leben. Und sie sind in die Geschichte eingegangen. Zu Recht. Doch an kaum einer Stelle unserer Widerstandsgeschichte werden die Frauen beachtet. Zu Unrecht.

Die Erinnerung an diese dunkle Epoche und den Widerstand muss wach gehalten werden

Frauen waren im Nationalsozialismus in vielen Widerstandsgruppen in großer Anzahl vertreten und aktiv am Widerstand beteiligt: Ob republikanische Solidarität oder christliche Überzeugung, ob Pazifismus, reine Menschlichkeit oder Vaterlandsliebe. Neben den Attentaten auf Hitler gab es Flugblätter und Handzettel, gab es die Rote Kapelle und die Weiße Rose, gab es die Arbeit des Kreisauer Kreises und vieles mehr. Viele Namen von Widerstandskämpferinnen kennt man nicht.

Oder sagen Ihnen die Namen Elisabeth Abegg, Helene Jacobs, Louise Schroeder, Liselotte Herrmann oder die Bremerin Anna Stiegler etwas?

Das muss sich ändern! Sie stehen hier beispielhaft für alle Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Denn eines waren diese Frauen ganz bestimmt nicht: unbeteiligt.

In der Nachkriegszeit fand erst einmal keine Aufarbeitung statt. Die Frauen mussten sich als Frauen von »Volksverrätern« beschimpfen lassen. Sie bekamen keinerlei finanzielle Unterstützung, ihre Kinder wurden geächtet und isoliert.

All diese Frauen zu würdigen, fiel in den Nachkriegsjahren auch lange Zeit ideologischen Aspekten zum Opfer. Frauen, die Widerstand leisten, Frauen, die eine eigene Meinung haben und die sich in Politik einmischen. Das war ein Frauenbild, das sowohl während als auch nach dem Krieg nicht zusammenpasste. Nach Adolf Hitler war »ein Frauenzimmer, das sich in politische Sachen einmischt (...) ein Greuel«. Die Aufgabe der Frau bestand in seinem Weltbild darin, »(...) schön zu sein und Kinder zur Welt zu bringen«. Dieses Weltbild ist mit dem Ende des Nationalsozialismus nicht einfach so verschwunden.

Dass viele Widerstandskämpferinnen in unserer Erinnerungskultur ignoriert, verdrängt und vergessen wurden, liegt unter anderem auch an deren privater politischer Meinungsbildung und Geschichte. Etliche Frauen stammten aus sozialistischen Elternhäusern, waren in kommunistische Jugendgruppen hineingewachsen oder gehörten der Sozialistischen Arbeiterpartei an. Solche Lebensläufe fanden in Zeiten des Kalten Krieges in der westdeutschen Widerstandsbetrachtung keinen Platz. Und nicht zuletzt wurden viele der Widerstandskämpferinnen in der Geschichtsschreibung zwar schon erwähnt, aber meist als eine Art Anhängsel. Als »Frau, Verlobte, Freundin von«, ohne dass ihre Handlungen tatsächlich erzählt oder gewürdigt wurden.

75 Jahre nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler ist längst überfällig, dass ihre Leistung, ihr Mut und ihr Schicksal anerkannt werden.

Der Bundestag hat am 28. Juni einen von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion initiierten Antrag mit dem Titel »Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus« beraten. In diesem Antrag würdigen wir den Mut und den Einsatz dieser Frauen. Wir wollen die Wanderausstellung »Unsere wahre Identität sollte vernichtet werden« im Deutschen Bundestag ausstellen, die Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand mit einem Forschungsprojekt unterstützen und ab 2024 eine Sonderbriefmarkenreihe auflegen.

Es ist und bleibt unsere Verantwortung, die Erinnerung an die dunkelste Epoche der deutschen Geschichte und an den gesamten Widerstand wachzuhalten.

Elisabeth Motschmann, MdB ist kultur- und medienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

FOTO: PICTURE ALLIANCE/IMAGEBROKER

Die Politikerin Louise Schroeder 1961: Zukünftig sollen weitere Widerstandskämpferinnen auf Briefmarken gezeigt werden

Ein Ausdruck gesellschaftlichen Wandels

Geschlechtergerechte Sprache

GABRIELE DIEWALD

Die öffentliche Diskussion um geschlechtergerechte Sprache hat in jüngster Zeit eine beeindruckende Dynamik entfaltet und zu einer großen Spannbreite von Positionierungen geführt. Da sind einerseits diejenigen, die das Bemühen um geschlechtergerechte Sprache nur als »Gender-Unfug« oder »Gender-Gaga« zu erfassen in der Lage sind. Auf der anderen Seite wächst die Zahl von Menschen, die erkennen, dass der gesellschaftliche Fortschritt in Bezug auf Gleichberechtigung bzw. auf den Abbau der Privilegierung von Männern auch in der Sprache Ausdruck finden muss. Diese Erkenntnis speist sich auch aus der umfangreichen Forschung in zahlreichen Disziplinen, wie z. B. Linguistik, Psycholinguistik, Kognitionspsychologie, Erziehungswissenschaften, die keinen Zweifel daran lässt, dass die explizite sprachliche Repräsentation direkt mit kognitiver Repräsentation korreliert. Gleichberechtigte Nennung ist Ausdruck von und Anspruch auf Gleichstellung.

Anders als manche gerne behaupten, ist diese Debatte kein deutsches Phänomen. Es handelt sich um emanzipatorische Veränderungen in allen modernen Demokratien. Allen gemeinsam sind das Streben nach dem Abbau patriarchaler Strukturen und Machtverhältnisse und das Bemühen um eine angemessene Sprachkultur. Verschieden sind – je nach den Besonderheiten der Einzelsprachen und der gesellschaftlichen Systeme – die konkreten Wege der Umsetzung.

Die deutsche Sprache ist, wie alle anderen Sprachen auch, in einer langen, männlich dominierten Tradition geformt worden. Dies hat die Grammatik und den Wortschatz fundamental geprägt. Es stellt sich die Frage, in welcher Weise dieses System geschlechtergerecht verwendet werden kann. Und damit geht es um Sprachwandel, d. h. die Veränderung des Sprachgebrauchs und der Sprache mit der Zeit.

Der Wandel des Sprachgebrauchs und der Sprache ist ein allmählicher und nicht zum Ende kommender Prozess

Sprachwandel ist keine Störung, kein Unfall, sondern ein notwendiger Prozess. Veränderungen in der Gesellschaft führen zu neuen Ausdrucksbedürfnissen. Neue materielle Dinge müssen benannt werden, z. B. durch Metaphern wie »Maus« in der Bedeutung »Eingabegerät für den Computer«. Neue abstrakte Konzepte verlangen nach Versprachlichung: So ist der Ausdruck »Hirntod« der sprachliche Niederschlag einer neuen Konzeptualisierung der Stadien des menschlichen Lebens durch die Medizin. Auch neue gesellschaftliche Ordnungen und veränderte kommunikative Praktiken verlangen nach passenden sprachlichen Ausdrucksformen. Dies sieht man deutlich am Aufkommen und Verschwinden von Titeln, Anredeformen und anderen Konventionen der Höflichkeit. Im universitären Kontext war es noch vor einigen Jahrzehnten geboten, die Person, die eine Fakultät leitet, mit »Spektabilis« zu adressieren, ein Ausdruck, der heute in der jüngeren Generation kaum mehr bekannt ist.

Sprachwandel vollzieht sich im kommunikativen Austausch. Alle, die die Sprache verwenden, sind beteiligt – mehr oder weniger, je nach den sozialen, soziolinguistischen und politischen Verhältnissen. Auch die Bewusstheit, mit der ein Wandel wahrgenommen wird, ist verschieden. Sie reicht von Veränderungen, die fast unbemerkt vonstattengehen, wie z. B. der Ersatz unregelmäßiger Vergangenheitsformen wie »buk« durch regelmäßige wie »backte«, zu Veränderungen, die lange und hitzig in der Sprachgemeinschaft diskutiert werden. Zu letzteren gehört die Anrede »Fräulein«, die im Lauf der 1970er und 1980er Jahre des letzten Jahrhunderts aufgrund entschiedener Ablehnung durch feministische Akteurinnen und nach intensiven öffentlichen Diskussionen als Standardanrede verschwunden ist.

Ob bewusst oder unbewusst, vollzogener Wandel lässt sich dann feststellen, wenn ein bestimmter Gebrauch eine gewisse Frequenz und Verbreitung erlangt hat, wenn er also für einen großen Teil der Sprachgemeinschaft zum gewohnten Bestand an Ausdrucksmöglichkeiten gehört.

Dies trifft für viele Formen geschlechtergerechter Sprache im Deutschen heute zu. Beidnennungen wie »Künstlerinnen und Künstler« und Neutralisierungen durch Partizipien wie »die Studierenden« oder Umschreibungen wie »künstlerisch tätige Personen« sind im schriftlichen und mündlichen Gebrauch inzwischen üblich und weit verbreitet. Die relative Leichtigkeit der Verbreitung dieser Formen hängt damit zusammen, dass sie bereits vor ihrer bewussten Anwendung in der geschlechtergerechten Sprachpraxis reguläre Formen des Deutschen waren. Die Bildung von Femininformen mit dem Suffix »-in« zur Bezeichnung von Frauen im Gegensatz zu Männern, z. B. »Wählerin« versus »Wähler«, ist eine sehr alte Technik des Deutschen; Gleiches gilt für die Verwendung von substantivierten Partizipien zur Personenbezeichnung, wie »die Reisenden«, »die Lebenden (und die Toten)«, »die Vorsitzenden«, »die Vorgesetzten« usw. Auch die Verwendung geschlechtsindifferenter Personenbezeichnungen, z. B. »Leute« wie in »Kaufleute«, ist aus diesem Grund unauffällig und von den meisten leicht zu akzeptieren. Kurz: Geschlechtergerechter Sprachgebrauch kann zu einem großen Teil durch eine leicht veränderte Nutzung bereits vorhandener Formen und Mittel erzeugt werden. Durch diese niedrigschwelligen Veränderungen des Gebrauchs kann die Akzeptanz geschlechtergerechter Sprache weiter erhöht werden, da die häufig vorgebrachten Einwände der Inkorrektheit, Unverständlichkeit und ästhetischen Mangelhaftigkeit entfallen.

Wie gesellschaftlicher Wandel ist auch der Wandel des Sprachgebrauchs und der Sprache ein allmählicher und nicht zum Ende kommender Prozess. Ein endgültiges und abgeschlossenes Inventar »richtiger« Formen kann es nicht geben.

Gabriele Diewald ist Professorin für germanistische Linguistik an der Leibniz Universität Hannover und Autorin von Ratgebern und Artikeln zur geschlechtergerechten Sprache

SPRACHGESCHICHTEN

In dieser Beitragsreihe wird die deutsche Sprache als Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aus verschiedenen Perspektiven betrachtet.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / DPA

Street Art im Kreativquartier Kapana in der Kulturhauptstadt 2019 Plovdiv

Große Pläne

Plovdiv ist Kulturhauptstadt Europas 2019

KRISTINA JACOBSEN

Manchmal kommt eben doch alles anders. Plovdiv, die zweitgrößte Stadt Bulgariens, die sich in diesem Jahr den Titel der Kulturhauptstadt Europas mit dem italienischen Matera teilt, hatte sich mit dem übergeordneten Motto »together« um die Auszeichnung beworben. »Together« bezog sich in der Bewerbungsschrift besonders auf den Austausch mit den in Plovdiv lebenden Roma, die ca. 20 Prozent der Stadtbevölkerung ausmachen und vorwiegend in einem eigenen Stadtbezirk sehr abgetrennt leben. Man kann förmlich in die Köpfe der EU-Auswahljury gucken, die sich farbenfrohe und temperamentvolle Kulturaustauschprojekte mit der Roma-Community vorgestellt haben mag, als sie Plovdiv den Zuschlag erteilte. Doch sind die Gegensätze zwischen Stolipinovo, dem mit 80.000 Einwohnern größten Roma-»Ghetto« Europas, und dem Rest der Stadt gigantisch: Mehren sich etwa im Stadtteil Kapana die Bars, in denen man, auf umstrickten Palettenmöbeln sitzend, von stylischen jungen Männern mit gestutzten Vollbärten auf Englisch politisch korrektes Essen serviert bekommt, so sieht man in Stolipinovo neben viel Müll am Straßenrand tatsächlich noch Pferde als Transportmittel für Menschen und Waren.

Was kann ein Kulturhauptstadtprogramm, zumal mit engen finanziellen Möglichkeiten, bei diesen gesellschaftlichen Unterschieden ausrichten? Es waren künstlerische Begegnungen und viele kulturpädagogische Projekte geplant, von denen ein großer Teil jedoch aus praktischen Gründen abgesagt werden musste – obwohl der Austausch mit den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Stadt eigentlich das Herz der Bewerbung Plovdivs ausgemacht hatte. Infrastrukturprojekte wie der Bau neuer Kulturorte, wie es etwa in Aarhus oder Pilsen zum Kulturhauptstadtprogramm gehörte, waren nicht vorgesehen. Entsprechend genervt reagiert das Kulturhauptstadtteam, wenn Journalisten immer wieder fragen, warum denn die zentralen Kulturstätten zum Programmjahr nicht fertig geworden sind. Denn in seiner Verantwortung lag es nicht, dass der Hauptplatz noch immer eine Baustelle ist, die größte Konzerthalle der Stadt derzeit nicht genutzt werden kann, und auch im Kino Kosmos, das in der Sowjetzeit als größtes Kino Bulgariens mit 900 Plätzen errichtet wurde, noch immer eine große Renovierung ansteht.

Kulturelles Erbe und aktuelle Aufgaben

Ein vielfältiges Kulturhauptstadtprogramm gibt es dennoch. Es fügt sich in die kulturhistorisch ohnehin sehr spannende, knapp 350.000 Einwohner zählende Stadt ein. Hier hinterließen Thraker, Griechen, Römer, Osmanen, Armenier, Juden und Russen ihre Spuren, die ältesten Siedlungsspuren stammen aus dem 6. Jahrtausend v. Chr. Ein römisches Stadion wurde in der Fußgängerzone eindrucksvoll freigelegt, und in dem großen Amphitheater in der Altstadt finden Aufführungen und Events des Kulturhauptstadtprogrammes statt. Überall in der Stadt sind Überbleibsel von Epochen, Kulturen und Ethnien wahrnehmbar, auch die Synagoge und das Minarett der Dschumaja-Moschee gehören dazu. Doch merkwürdig ist in Plovdiv wie in vielen anderen Städten, dass Einwanderung und die Durchmischung der Bevölkerung im Rückblick als Bereicherung dargestellt und in Bezug auf die Gegenwart ganz anders aufgefasst werden. Dies erinnert an Wrocław, Kulturhauptstadt Europas 2016, das nach dem Zweiten Weltkrieg einen kompletten Bevölkerungsaustausch erlebt hat und dessen heutige Bewohner somit fast ausschließlich Flüchtlinge und Vertriebene bzw. deren Nachkommen sind. In eklatanter Weise wurde in Wrocław die Chance verpasst, der Flüchtlingsthematik im Kulturhauptstadtprogramm einen angemessenen Raum zu geben, obgleich die EU-Regularien doch aktuelle Bezüge zum »besseren gegenseitigen Verstehens der europäischen Bürger« vorschreiben.

»Für Bulgarien ist Migration nicht so ein großes Thema. Flüchtlinge erreichen die EU zwar oft an der bulgarischen Außengrenze, aber sie wollen hier ja eh nicht bleiben, sondern nach Nord- und Westeuropa weiterziehen«, erläutert Svetlana Kujumdzhieva, die künstlerische Direktorin von Plovdiv 2019. So kann man es offensichtlich auch sehen.

Kooperationen der (Bewerber-)Städte

Plovdiv ist die erste Kulturhauptstadt Europas, die in Bulgarien stattfindet. In den kommenden Jahren wird es diverse Kulturhauptstädte in Südosteuropa geben – Rijeka, Novi Sad, Eleusis und Timișoara – und man darf gespannt sein, welche inhaltlichen Schwerpunkte die jetzt schon miteinander vernetzten Städte in der Kulturhauptstadtreihe setzen werden. Auch ist es die erste Kulturhauptstadt mit kyrillischer Schrift, was Bulgariens besondere Lage »zwischen« der EU und Russland vor Augen führt. Stolz ist man in Plovdiv darauf, sich im Wettbewerb gegen sieben bulgarische Bewerberstädte, darunter die Hauptstadt Sofia, durchgesetzt zu haben. Wie das erreicht wurde, ist auch für die deutschen Städte, die sich für den Kulturhauptstadttitel für das Jahr 2025 bewerben, von besonderem Interesse. Die deutschen Kandidatenstädte müssen ihre Bewerbungsschriften bis Ende September 2019 einreichen. Mehrere Delegationen aus verschiedenen Bewerberstädten sind schon nach Plovdiv gereist, um sich nach ihrem jahrelangen Bewerbungsprozess die jüngsten Entwicklungen der Initiative nicht entgehen zu lassen.

Nachhaltig, nur anders als geplant

Was wird von der Kulturhauptstadt Plovdiv 2019 bleiben? Offenbar nicht wie ursprünglich geplant die interkulturellen Begegnungen mit der größten Minderheit der Stadt, den Roma. Vielleicht werden es doch die städtebaulichen Neuerungen sein, die im Kontext der Kulturhauptstadt stehen, auch wenn dies ursprünglich gar nicht so konzipiert worden war. Denn positiv gedeutet ist es ja auch eine Art Nachhaltigkeit, dass über das Programmjahr hinaus an Vorhaben gearbeitet wird. So werden sicher in den nächsten Jahren neue oder neu gestaltete Kulturstätten entstehen, etwa wird das Kosmos Kino zu einem Veranstaltungssaal mit Bibliothek umgebaut. Auch das Flussufer der Mariza soll zu einem neuen Begegnungsort werden. Wunderbar, wenn dies alles gelänge.

Das größte Verdienst des Kulturhauptstadtteams für die Stadt ist sein Einsatz für den Denkmalschutz. Das betrifft in erster Linie die imposanten Warenhäuser, die aus der Hochzeit der Tabakindustrie stammen und nach dem Ende der Sowjetunion privatisiert wurden. Viele der Besitzer würden sie gern abreißen, um die großen Grundstücke mit modernen Gebäuden rentabler zu bewirtschaften. Nachdem der Abriss verboten wurde, sollen einige der Eigentümer verschiedene Tricks angewandt haben, um doch noch zum Ziel zu gelangen: Teilweise wurden Feuer gelegt, oder die Dächer wurden abgetragen, damit der Regen den Abriss übernimmt. Die Kulturhauptstadt-Verantwortlichen mobilisierten die Bevölkerung, um auf den Umgang mit den Gebäuden der Tabakstadt, so der Name des Viertels, aufmerksam zu machen. Mit Erfolg: Sie erreichten zunächst ein Verkaufsverbot der historischen Warenhäuser und später eine Präzisierung des Denkmalschutzes. Auch wenn derzeit noch offen ist, inwieweit die Kulturhauptstadtorganisation nach 2019 überhaupt weiter bestehen wird, so hat sie mindestens dem Stadtbild Plovdivs hierbei schon einen großen Dienst erwiesen.

Kristina Jacobsen ist Beraterin und forscht im Rahmen des ECoC LAB am Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim zum Thema Kulturhauptstadt Europas

PLOVDIV

- Staat: Bulgarien
- Oblast (Verwaltungsbezirk): Plovdiv
- Einwohner: 346.893 (31.12.2018)
- Fläche: 102 km²
- Bevölkerungsdichte: 3.400,9 Einwohner/km²
- Höhe: 164 m
- Bürgermeister: Ivan Totev
- Regierende Parteien: GERB
- Partnerstadt in Deutschland: Leipzig

STÄDTE

Aktuelle und zukünftige Kulturhauptstädte Europas:

- 2019 – Plovdiv (Bulgarien) und Matera (Italien)
- 2020 – Rijeka (Kroatien) und Galway (Irland)
- 2021 – Timișoara (Rumänien), Eleusis (Griechenland) und Novi Sad (Serbien, Kandidatenland)
- 2022 – Kaunas (Litauen) und Esch (Luxemburg)
- 2023 – bisher feststehend: Veszpém (Ungarn)

Von Kiew hinaus ins ganze Land

Das Goethe-Institut setzt in der Ukraine auf die »Arbeit in der Fläche«

Seit 25 Jahren ist das Goethe-Institut in der Ukraine tätig. Das Institut in Kiew baut auf sein Partnernetzwerk im ganzen Land und hält somit trotz des seit 2014 andauernden Krieges im Osten die Kultur- und Bildungsbeziehungen in- und außerhalb der Ukraine aufrecht. Die Institutsleiterin Beate Köhler kennt die Besonderheiten und Herausforderungen des zweitgrößten europäischen Landes. Theresa Brüheim spricht mit ihr über verlässliche Partner, politischen Umbruch, anhaltenden Konflikt und vieles mehr.

Theresa Brüheim: Frau Köhler, Sie leiten das Goethe-Institut in Kiew – das einzige in der Ukraine. Was macht das Goethe-Institut dort aus?
Beate Köhler: Das Goethe-Institut ist für mich besonders durch unser großes Netzwerk in der Ukraine gekennzeichnet. Wir arbeiten mit 15 Sprachlernzentren, mit 17 PASCH-Schulen, wir betreuen drei Kulturgesellschaften und etliche Lesesäle. Wir sind eben nicht nur in der Metropole Kiew aktiv, wo sich unser Institut befindet, sondern wir arbeiten auch außerhalb der Großstadt. Wir kommen damit einer sehr hohen Nachfrage an Deutschunterricht nach, sowohl im Erwachsenenbereich als auch in Schulen.
Die Ukraine steht immerhin an Platz fünf in der weltweiten Rangliste der Nachfrage nach Deutschunterricht. Damit verbunden haben wir einen sehr hohen Bedarf an Informationen über Deutschland. Unsere Bibliothek in Kiew ist hochfrequentiert, aber entwickelt auch digitale Angebote, und arbeitet mit einem großen Netzwerk an Partnerbibliotheken zusammen.
Wenn wir über die Kulturarbeit reden, dann ist nach der letzten Revolution auf dem Maidan ab 2014 natürlich die Unterstützung aus Deutschland und vonseiten der EU für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und die Unterstützung der Reformprozesse in der Ukraine gewachsen. Davon ist unsere Programmarbeit stark betroffen. Wir arbeiten sehr, sehr intensiv mit NGOs im Kulturbereich zusammen. Wir nehmen eine Brückenfunktion zu zivilgesellschaftlichen Akteuren und öffentlichen Institutionen ein. Anders als in weiteren Transformationsländern oder autoritären Ländern, in denen ich gearbeitet habe, wollen in der Ukraine beide Seiten kooperieren, sind das aber noch nicht gewöhnt bzw. müssen die Arbeitskontexte dafür erst schaffen. Eine Reihe von Projekten des Goethe-Instituts fördern dies. Z. B. haben wir 2014 bis 2017 eine Kultur- und Bildungsakademie aufgelegt. Dort haben Aktivisten und Entscheidungsträger an Runden Tischen über neue Strategien und Projekte in der Kulturarbeit diskutiert und Projekte eingeleitet. Daraus entstanden ist unsere »Culture Leadership Academy«. Das ist ein Qualifizierungsprogramm, das wir gemeinsam mit dem ukrainischen Kulturministerium betreuen. Es begleitet die Dezentralisierung im Kulturbereich.
Die erschreckend geringe Kenntnis, die viele in Deutschland bzw. in ganz Westeuropa über die Ukraine und ihre Besonderheiten haben, erschwert die Schaffung von Brücken und die Verbindung von Partnern und deren nachhaltige Vernetzung erheblich.

Das große Netzwerk ist sicherlich essenziell, um dem zweitgrößten europäischen Flächenland gerecht zu werden.
Ja, denn für die Arbeit in der Fläche, in kleineren Kommunen und in den vielen Landesteilen sind wir auf unsere verlässlichen Partner angewiesen, die uns oft direkt in der Umsetzung von Programmen unterstützen. Gleichzeitig entwickeln diese Partner natürlich mit unserer Unterstützung und Begleitung auch eigene Programme in der Informations-, der Bildungs- und in der Kulturarbeit, die genau auf die Bedürfnisse der jeweiligen Städte angepasst sind. Ohne dieses »In-die-Fläche-Gehen« wird es kompliziert. Ich sehe das an anderen europäischen Partnern, die zum Teil nicht über dieses Netzwerk verfügen und dann größere Schwierigkeiten haben, in den Landesteilen vor Ort aktiv zu werden.

Sie haben viele verlässliche Partner vor Ort – natürlich auch im Kulturbereich. Spielen bei der Zusammenarbeit mit ukrainischen Kulturschaffenden die teils unterschiedlichen Hintergründe und Ethnien eine Rolle?
Die letzte Revolution auf dem Maidan war ein großer Einschnitt, der die Arbeit verändert hat. Seither wurden große Reformprozesse in der Ukraine eingeleitet, die wir mit unserer Arbeit unterstützen. Das Goethe-Institut genießt einen großen Vertrauensvorschuss. Ich führe täglich Gespräche mit NGOs und Aktivisten, die uns um Unterstützung bei ihren Projekten bitten. Wir haben eine große Beratungs- und Brückenfunktion – auch für Fördermittelanträge in Deutschland oder der EU. Im Moment stehen die Themen oder Probleme, die Ethnien untereinander haben, nicht im Zentrum der Arbeit. Stattdessen Fragen der nationalen Identität und Selbstbesinnung: Wie definiert die Ukraine sich und ihr Verhältnis zu Europa? Inwieweit möchte sie sich abgrenzen vom früheren Kontext der postkommunistischen Länder? Unsere Partner vor Ort konzentrieren sich auf Ausstellungen, die Künstler ins Scheinwerferlicht rücken, deren Arbeiten bisher in den Archiven verschwunden waren, die aber von international qualitativem Rang sind. Im Theaterbereich entstehen dokumentarische Stücke, die sich mit dem Verhältnis der Ukraine zu Europa beschäftigen. Das alles steht mehr im Vordergrund als Fragen von ethnischen Konflikten.

In all Ihren Antworten klingt die politische Situation in der Ukraine mit. Vor Kurzem wurde Wolodymyr Selenskyj zum Präsidenten gewählt. Zuvor war er Kultur- und Medienschaffender. Wie ist es um die kulturpolitische Situation in der Ukraine unter ihm bestellt?
Selenskyj hat in der letzten Wahl sehr großen Zuspruch gefunden. Er hat mit deutlicher Mehrheit gesiegt und genießt einen hohen Vertrauensvorschuss, vor allem bei der jungen Wählerschaft. Bei den Bildungseliten und Kunstschaffenden in den Metropolen herrscht nach wie vor viel Skepsis. Sie sagen klar, dass sie sich den Maidan nicht wieder nehmen lassen. D. h. sie würden keinen Kurswechsel weg von dem proeuropäischen Kurs und den Reformbewegungen der letzten Jahre hinnehmen. Selenskyj positioniert sich bislang als Vertreter von Kontinuität hinsichtlich der eingeleiteten Reformen im Kultur- und Bildungsbereich. Ende Juli fanden die Wahlen zum Parlament statt. Der Präsident hat mit seiner neu gegründeten Partei auf Anhieb auch hier die Mehrheit erreicht. Das fördert Ängste vor einer neuerlichen Machtkonzentration ebenso wie die Hoffnung auf schnelle Problemlösungen. Administrative und personelle Veränderungen wurden in den letzten Wochen bereits eingeleitet, darunter die Zusammenlegung der Ministerien für Kultur, Jugend und Sport, und Information. Führungspositionen werden derzeit neu besetzt, eventuell auch in wichtigen Institutionen der Kulturförderung. Wie sich das auf unsere Arbeit auswirkt, kann ich derzeit nicht abschätzen.

Seit 2014 herrscht im Osten der Ukraine Krieg. Welche Auswirkungen hat der Konflikt mit Russland sowohl auf die Kulturpolitik als auch auf die Kulturszene? Wie weit spiegeln diese den Krieg wider?
Natürlich wird die künstlerische Praxis von diesem Konflikt überschattet. Es gibt eine Polarisierung im Politischen, die die persönlichen Beziehungen und die künstlerische Zusammenarbeit beeinflusst. Reisen aus der Ukraine nach Russland und von Russland in die Ukraine sind schwierig geworden. Früher gab es sehr enge Beziehungen zur russischen Kunst- und Kulturszene. Jetzt entsteht oft ein Spannungsfeld, wenn man mit alten Partnern in Russland zusammenarbeitet. Das Thema Krieg und Konflikt findet sich im künstlerischen Schaffen wieder. In einigen Projekten gehen wir am Goethe-Institut auch direkt der Frage nach, welche Rolle Kultur in Konfliktregionen spielen kann. Im letzten Jahr haben wir z. B. in Zusammenarbeit mit der Europa-Universität Viadrina in Deutschland fünf deutsch-ukrainische Forschungsteams zusammengestellt, die bei mehreren Arbeitsaufenthalten im Osten der Ukraine in Zusammenarbeit mit lokalen NGOs diesen Problemen nachgegangen sind. Außerdem versuchen wir, unsere Arbeit im Osten der Ukraine zu verstärken, weil wir wissen, wie prekär sich die Lebensumstände für die Dortgebliebenen gestalten. Die Kulturangebote und -förderung haben nach dem Ausbruch des Krieges enorm nachgelassen. Universitäten sind aus den Konfliktzonen abgewandert. Es gab bis zu zwei Millionen Binnenflüchtlinge. Das war ein enormer Exodus, auch an Infrastruktur. Wir versuchen, neue Beziehungen aufzubauen. Aktuell entwickeln wir einige Projekte mit Mariupol und mit anderen Städten am Rande der Konfliktzone, die unter starken Infrastrukturproblemen leiden. Das beeinflusst natürlich die Schwerpunkte und Arbeitsweise des Goethe-Instituts.

Wie engagiert sich das Goethe-Institut darüber hinaus in der Ukraine? Gibt es weitere Leuchtturmprojekte?
Im Programmbereich haben wir uns die Themen Menschenrechte, Zusammenarbeit von Minderheiten und Inklusion auf die Fahnen geschrieben. Wir haben z. B. mit Unterstützung von Experten in Deutschland ein Planspiel entwickelt, das die Zusammenarbeit verschiedener Minderheiten – wie der deutschen, krimtatarischen, ukrainischen, griechischen oder türkischen Minderheiten – fördert. Diese Minderheiten pflegen oft keine gemeinsamen Plattformen oder kreieren nur selten Projekte zusammen. Außerdem haben wir in Kooperation mit einer NGO in Deutschland, die sich um die Inklusion von Menschen mit Down-Syndrom kümmert, eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Künstlern und Aktivisten mit und ohne Down-Syndrom in Gang gesetzt. So sind exemplarisch zwei Ausstellungen in Kiew und Odessa sowie eine Filmdokumentation entstanden. Besonders erfolgreich ist unsere digitale Kinderuniversität, die wir sowohl in der Ukraine als auch in der gesamten Region Osteuropa/Zentralasien in den letzten Jahren verwirklicht haben. Nun wollen wir sie zu einer Jugendakademie Digital erweitern.
Mehr und mehr Bedeutung gewinnen für uns europäische Kooperationen. Das können bilaterale Projekte sein wie unser aktuelles Projekt zur Leseförderung in der Ostukraine, das wir mit unseren französischen Partnern vom Institut français verwirklichen. Wir arbeiten aber auch multilateral zusammen und entwickeln Aktivitäten mit EUNIC, dem Verbund europäischer Kulturinstitute. Ab Herbst übernimmt das Goethe-Institut die Führung im nächsten europäischen Förderprogramm für die Ukraine »House of Europe«, das die Mobilität im Kultur-, Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie den Jugendaustausch unterstützen wird. In diesen europäischen Projekten möchten wir vor allem auch Synergien schaffen und bei der Vielzahl der Akteure Dopplungen vermeiden.

Sie erwähnten auch die deutsche Minderheit. Wie engagiert sich das Goethe-Institut für diese?
Einen Schwerpunkt setzen wir natürlich im Bereich der Deutschförderung. Wir fördern Sprachkurse, die die deutsche Minderheit selbst in ihren Zentren im Land für Zugehörige der deutschen Minderheit anbietet. Wir bilden die Lehrer fort, die in diesen Programmen arbeiten. Wir stellen Unterrichtsmaterialien zur Verfügung. Besonders attraktiv ist im Moment das Sprachassistentenprogramm. Wir haben die Möglichkeit, jedes Jahr vier Sprachassistenten aus Deutschland einzuladen, um an den Minderheitenzentren zu arbeiten. Dort bereichern sie mit Landeskunde den Unterricht und verwirklichen mit unserer Unterstützung ihre eigenen kleineren Kultur- und Bildungsprojekte.

Was planen Sie als Leiterin des Goethe-Instituts zukünftig in der Ukraine?
Wir werden unser Netzwerk weiter ausbauen – in so einem großen Flächenland ist es notwendig, aus der Metropole rauszugehen, da es traditionell ein großes Gefälle zwischen kulturellen Angeboten in der Stadt und in den Regionen gibt.
Wir werden unsere Bildungsprogramme für Kulturschaffende erweitern, um die Professionalisierung im Kulturbereich weiter zu fördern. Wir sind auch daran interessiert, Start-ups im Bereich Kultur und Kreativindustrie weiter zu unterstützen. Wir werden natürlich unsere bewährten Bildungsprogramme für Deutschlehrerinnen und Pädagogen weiterführen und den Reformprozess im Schulwesen weiter begleiten. Wir sind schon jetzt, gemeinsam mit dem British Council und dem Institut français, ein Partner des Kulturministeriums in der Entwicklung von neuen Programmen und Curricula für den Primarschulbereich. Wir werden uns in den Bereich der Berufsförderung einbringen, der in der Ukraine eine Herausforderung ist. Denn es gibt kein duales Ausbildungssystem und durch die große Abwanderung von Fachkräften in den Westen steigt der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften im Land.

Vielen Dank.

FOTO: ELENA_SUVOROVA / ADOBE STOCK PHOTO

Das Goethe-Institut ist auch außerhalb der Metropole Kiew tätig

Beate Köhler leitet das Goethe-Institut in Kiew. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

GOETHES WELT

Die Beitragsreihe »Goethes Welt« entsteht in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut. In jeder Ausgabe berichtet eines der europäischen Goethe-Institute über aktuelle Kultur und Kulturpolitik im jeweiligen Gastland.

Einflussnahme

Chinas politische Förderung in Afrika

JULES MAATEN

Die Einflussnahme Chinas in Afrika hat in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Afrika spielte lange Zeit weder für die Europäische Union noch für die Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle im Hinblick auf deren globale Interessen. Dieses Vakuum machte sich China zunutze und vermochte es im eigenen Sinne zu füllen. Auf den ersten Blick scheint das, was China den Afrikanern zu bieten hat, äußerst lukrativ: Schnelle Kredite sowie Infrastrukturprojekte, die sehr zügig und oftmals in guter Qualität ausgeführt werden. Außerdem werden im Kontext dieser Projekte neben chinesischen Fachkräften auch viele Einheimische beschäftigt. Dadurch haben sich die Chinesen nicht nur bei der einheimischen Bevölkerung, sondern auch bei der politischen Führung, die mit schnellen, vorzeigbaren Projekten bei der Wählerschaft punkten kann, einen guten Ruf verschafft. Für autokratisch regierte Länder gilt dies umso mehr.

Auf lange Sicht geht diese Rechnung allerdings nicht auf, wie z. B. Sri Lanka im Dezember 2017 zu spüren bekam, als China den Hafen Hambantota und dessen Umland in Beschlag nahm, nachdem die Regierung Sri Lankas die für den Hafenbau aufgenommenen Kredite nicht an China zurückzahlen konnte. Sri Lanka liegt auf der Haupthandelsroute zwischen Asien und Afrika bzw. Europa, während im Westen die kleine Enklave Dschibuti am südlichen Eingang des Roten Meeres zunehmend von China beeinflusst wird. Es gibt Berichte, dass China Kenias lukrativen Hafen Mombasa übernehmen könnte, wenn die Kenya Railways Corporation ihr Darlehen von der Exim Bank of China in Verzug bringt. Noch ein paar Beispiele. In mindestens fünf afrikanischen Ländern wird das Eisenbahnsystem von China finanziert: Kenia, Äthiopien, Angola, Dschibuti und Nigeria. Das 175 Millionen Euro teure Hauptquartier der Afrikanischen Union in Addis Abeba, Äthiopien, wurde vollständig von China finanziert und gebaut. Darüber hinaus unterzeichnete der westafrikanische Regionalblock ECOWAS im März 2018 mit China einen Vertrag über den Bau seines Hauptquartiers in Abuja für 28 Millionen Euro.

China verfolgt im Grunde dreierlei Interessen. Zunächst einmal geht es um wirtschaftliche Interessen, insbesondere im Hinblick auf die reichen Bodenschätze Afrikas. Daher zielt auch eine Vielzahl der ausgeführten Infrastrukturprojekte auf die Gewinnung und den Transport von Bodenschätzen ab.

Zweitens verfolgt China auch politische Interessen. So ist z. B. zu beobachten, dass Entwicklungsländer, die bei den Vereinten Nationen im Sinne von China abstimmen, etwa wenn es um die Verurteilung Nordkoreas geht, höhere Hilfszahlungen erhalten.

Schließlich geht es auch um die Förderung des Einparteienstaates, letztlich also um politische Propaganda. China fördert aktiv das Narrativ, wonach der wirtschaftliche Aufschwung des Landes allein auf dessen Regierungsform zurückzuführen sei, und geht dabei strategisch und mit Blick auf langfristige Erträge vor. Regelmäßig werden Vertreter afrikanischer Befreiungsbewegungen eingeladen, etwa von der angolanischen MPLA, dem südafrikanischen ANC, der tansanischen CCM, der namibischen SWAPO oder der äthiopischen EPRDF. Studentinnen und Studenten aus Afrika werden bewusst umworben. Derzeit studieren an chinesischen Universitäten mehr junge Afrikaner als in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich zusammen.

Die Chinesen konnten bisher weitgehend ungestört und ohne ernsthafte Konkurrenz ihren Interessen in Afrika nachgehen. Dass sie hiermit oft erfolgreich waren, wird z. B. im Falle der autokratischen Herrscher Paul Kagame in Ruanda und Yoweri Museveni in Uganda ersichtlich, die ganz nach chinesischem Vorbild jegliche Opposition verboten und lebenslange Amtsperioden eingeführt haben. Es ist aber für Europa keineswegs zu spät, sein Engagement auf dem Nachbarkontinent zu vergrößern. Afrika ist der Chancenkontinent. Sowohl von staatlicher als auch von privatwirtschaftlicher Seite sollten intensivere Handels- und politische Beziehungen aufgebaut werden. Denn letztlich belegen Fälle wie Mauritius, die Seychellen, Botswana und Kap Verde, dass auf lange Sicht Demokratien auch in wirtschaftlicher Hinsicht erfolgreicher sind als Einparteienstaaten.

China kümmert sich in Afrika nicht um Korruption und den Verstoß gegen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Deutschland und die EU sollten nicht zugunsten von Handel und Investitionen von der Politik abrücken, auf diese Verstöße hinzuweisen und eine Besserung einzufordern.

Jules Maaten ist Regionalbüroleiter Subsahara Afrika für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Johannesburg

Positiver Frieden

Was kann Kultur in Krisenzeiten leisten?

ANDREAS GÖRGEN

Die Feststellung, dass wir in einem Zeitalter zunehmender Konflikte leben, mag eine Binse sein. Trotzdem sollten uns nicht nur die Zahlen, sondern auch die Komplexität und Internationalisierung von Konflikten – ein Drittel werden als inter-nationalisierte Bürgerkriege gekennzeichnet – zu denken geben, vor allem aber die vielfältigen, zum Teil sich überlagernden Konfliktursachen und religiöse und ideologische Überformung.

Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik und in ihrer Ausrichtung auf einen sogenannten »positiven Frieden«, wie es Johan Galtung, der Gründungsvater der Friedens- und Konfliktforschung, genannt hat, will sie einen Beitrag leisten für einen Zustand, der sich nicht auf die Abwesenheit organisierter kollektiver Gewaltausübung bezieht, sondern zusätzlich auf die Abwesenheit struktureller Gewalt.

Angestoßen durch den sogenannten Review-Prozess, wurde hierzu im Auswärtigen Amt 2015 eine eigene Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung, Konfliktnachsorge und Humanitäre Hilfe gegründet, die das Krisenengagement bündelt – gerade auch mit Blick auf den zyklischen Ablauf von Konflikten, wie er von Niklas Swanström und Mikael Weissmann entwickelt wurde.

In diesem Zusammenhang hat sich auch die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik verändert. Holzschnittartig gesagt: Zur humanitären Hilfe tritt die Hilfe zur Humanität dazu. Indem die zentrale Frage des Zuganges zu Kultur und Bildung mit besonderem Blick auf Krisenzeiten und -regionen diskutiert und Lösungen gesucht werden. Hierbei bauen wir, so wie es der Tradition und Überzeugung der Auswärtigen Kulturpolitik entspricht, in allererster Linie auf die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. So haben sich viele Mittler und Partnerorganisationen des Auswärtigen Amts in den Flüchtlingsregionen engagiert, ob unmittelbar in der Arbeit mit Geflüchteten z. B. im Libanon oder der Türkei, ob durch die Öffnung der deutsch-türkischen oder deutsch-jordanischen Universität für Geflüchtete oder im Bereich des Erhaltes und Schutzes des kulturellen Erbes – hier sei nur die verdienstvolle Arbeit des Deutschen Archäologischen Instituts (DAI) erwähnt und das von ihm aufgebaute Expertennetzwerk »Archaeological Heritage Network«.

Denn – und das ist in dieser Zeitung des Öfteren diskutiert worden – der Erhalt dessen, was man als kulturelles Erbe bezeichnet, ermöglicht durch den Zugang zu der als »eigene« wahrgenommenen Fremdheit des Vergangenen die Möglichkeit, auch aktuell scheinbar Fremdes als Eigenes zu begreifen. Es ist ein Beitrag zu einer Ambiguitätstoleranz, die – das wissen wir seit Theodor W. Adornos Arbeiten dazu – wichtiges Element nicht-autoritärer Gesellschaften ist.

Hinzu treten Elemente der strukturellen Prävention, d. h. Beiträge, friedliche Konfliktlösungsmechanismen in den Gesellschaften etablieren zu helfen. An vielen Stellen ist hier das Goethe-Institut tätig. Prominentestes Beispiel für eine strukturelle Veränderung aber ist vielleicht das deutsch-kolumbianische Friedensinstitut, das mit großer Unterstützung des Deutschen Bundestages aufgebaut wurde und seit 2017 das im Vorjahr geschlossene Friedensabkommen unterstützt. Hier werden Friedensforschung und gesellschaftliche Praxis zusammengedacht und zusammengebracht, und es könnte als Modell für ein weiteres Engagement der Auswärtigen Bildungspolitik im Bereich der Stabilisierung und Krisenprävention dienen.

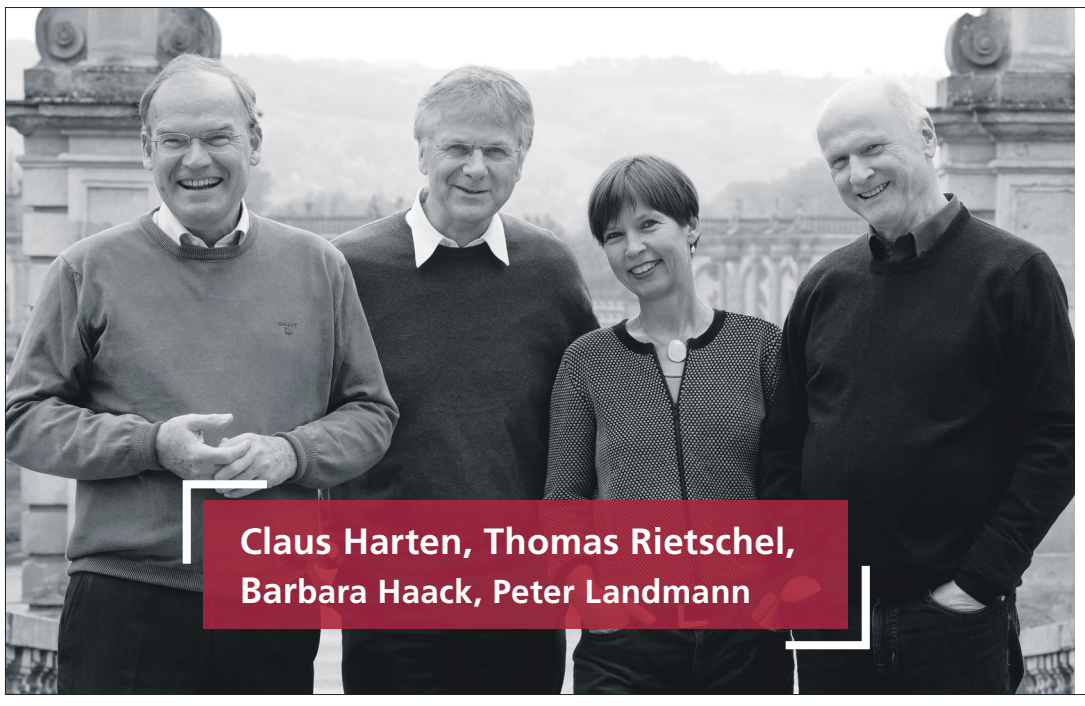
Um Zugang zu Kultur und Bildung über soziale, geografische und politische Grenzen hinweg geht es aber nicht nur im Ausland. Sondern in Zeiten, in denen sich Innen und Außen eben nicht mehr trennscharf definieren lassen, geht es auch um den Beitrag von »Außen« in unsere Gesellschaft hinein. Goethe-Institute sind eben auch Experten transnationaler Kultur. Hinzu kommt unser Beitrag für Flüchtlinge, damit sie ihr Studium in den Erstaufnahmeländern aufnehmen können. Die Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI), die seit über 25 Jahren mit dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) durchgeführt wird und längst keine »deutsche« mehr ist, ermöglicht genau das knapp 7.000 Stipendiatinnen und Stipendiaten. Doch auch in unserem eigenen Land engagieren wir uns. Auch aus historischer Verantwortung. Andere Länder haben es uns vorgemacht, als sie in den 1930er Jahren Tausende von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Künstlerinnen und Künstlern, die aus Deutschland fliehen mussten, mit speziellen Programmen unterstützt haben, auch im Exil in ihren Berufen weiter zu arbeiten. Programme wie das Scholars at Risk Network (SAR) oder die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft im Ausland, die USA oder die Türkei seien hier nur als Beispiele genannt.

Deutschland hatte solche Programme auf der Ebene der Bundesregierung nicht. Bis durch die Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Heiko Maas 2015 die Philipp Schwartz-Initiative (PSI) für verfolgte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bzw. 2018 die Martin Roth-Initiative (MRI) für gefährdete Künstlerinnen und Künstler gegründet wurden.

Die Philipp Schwartz-Initiative hat bisher 160 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die ihre Arbeit in ihrer Heimat aufgrund von Krieg, eingeschränkter Forschungsfreiheit oder Verfolgung nicht fortsetzen konnten, geholfen, an Hochschulen in Deutschland Fuß zu fassen. Die Martin Roth-Initiative bietet gefährdeten Kunst- und Kulturschaffenden Schutz, indem sie ihnen vorübergehende Arbeitsaufenthalte an sicheren Orten innerhalb der Herkunftsregion oder in Deutschland ermöglicht. Profitiert haben davon im ersten Jahr des Bestehens der Initiative mehr als 30 Stipendiatinnen und Stipendiaten aus unterschiedlichen Regionen, von Zentralasien über Nahost, Subsahara-Afrika und Lateinamerika bis nach Europa. Profitiert vom fortgesetzten Wirken und der Gestaltungskraft gefährdeter Wissenschaftler, Kunst- und Kulturschaffender haben auch die Herkunftsgesellschaften – und nicht zuletzt unsere eigene Gesellschaft.

Vor wenigen Wochen war der zweite Jahrestag des Todes von Martin Roth. Er war mir Freund und Mentor, so wie er vielen Menschen auf der Welt Freund und Mentor war. Er stand für eine engagierte, streitbare und fortschrittliche Kulturpolitik und wir hoffen, dass wir mit dem nach ihm benannten Programm, aber auch mit einer Auswärtigen Kulturpolitik, die sich der Frage »What can culture do?« stellt, seinem Erbe gerecht werden.

Andreas Görgen leitet die Kultur- und Kommunikationsabteilung des Auswärtigen Amts



KULTURBERATUNG

TAKE PART

- Begleitung von Entwicklungsprozessen
- Beratung und Begleitung von Führungskräften
- Evaluation von Kulturprojekten und Kulturinstitutionen
- Mediation und Konfliktmanagement

www.takepart-kulturberatung.de Telefon 07934 9131-0

Nicht nur Pferde, sondern Sterne stehlen

Tim Florian Horn im Porträt

URSULA GAISA

Schon als kleiner Junge schaute er im Gegensatz zu den anderen Kindern in der Familie und im Freundeskreis sehr oft in den Himmel und suchte dort Zusammenhänge. Heute ist Tim Florian Horn Direktor des Zeiss-Großplanetariums Berlin, der Archenhold-Sternwarte und Vorstand der Stiftung Planetarium Berlin. Bereits mit zwölf Jahren hat er angefangen, ehrenamtlich im Planetarium in Kiel zu arbeiten.

»Im Grunde ist aus einer Beschäftigung als Kind und Jugendlicher eine Berufung geworden. Im Kieler Planetarium durfte ich schon in jungen Jahren alles machen: Kasse und Kartenverkauf, wir haben eine eigene Zeitschrift rausgegeben, und ich habe irgendwann angefangen zu moderieren. Daraus ist in mir die Idee entstanden, letztendlich als Übersetzer zu fungieren – als Übersetzer zwischen der Wissenschaft und dem Publikum«, so Horn. An der Fachhochschule in Kiel studierte Tim Florian Horn Multimediaproduktion und arbeitete für das Planetarium Hamburg. An der California Academy of Science in San Francisco war er als Producer für Kuppelinhalte und Ausstellungen tätig und studierte nebenbei noch Astronomie. »Danach hatte ich 2013 das Glück, als Leiter des Zeiss-Großplanetariums nach Berlin geholt zu werden, um hier die Sanierung durchzuführen, und wurde Gründungsvorstand der Stiftung Planetarium Berlin. Diese führt erstmals in der Geschichte der Stadt beide Großplanetarien und beide Volkssternwarten unter einem Dach zusammen.«

Die Digitalisierung hat auch für Planetarien weltweit einschneidende Änderungen mit sich gebracht: »Früher war es so, dass man einen Sternprojektor in der Mitte hatte, der den gestirnten Himmel so darstellen konnte, wie er von der Erde aus aussieht. Mittlerweile ist ein Großteil der Planetarien im deutschsprachigen Raum digitalisiert. Das heißt, man hat 360-Grad-Video und kann auch die Perspektive wechseln. Man fliegt dann zu einem nächstgelegenen Stern und das Sternbild verändert sich. Es ist ein riesiges dreidimensionales Abbild, eine riesige dreidimensionale Karte des Universums, durch das man hindurchfliegen kann.«

Planetarien müssen sich neu erfinden und zu Wissenschaftstheatern werden, das ist eines der Ziele von Tim Florian Horn: »Die Planetarien haben sich bisher auf das Thema Astronomie und Raumfahrt beschränkt. Aber dadurch, dass wir 360-Grad-Video haben und den Zugang zu den Wissenschaften, können wir allen Forschungsbereichen ein Forum bieten. Das heißt, ich kann mit Ihnen in der Kuppel in eine Zelle oder in ein schwarzes Loch schauen oder – ganz aktuell – zeigen, was der Klimawandel auf den Malediven wirklich anrichten wird. Weil ich Sie virtuell an diese anderen Ort bringen kann. Es geht letztendlich darum, Unterhaltung und Bildung so zusammenzuführen, dass Bildung Spaß macht.«

Gerade auch Kindern und Schülerinnen und Schülern bieten die neuen Planetarien Möglichkeiten der kreativen Partizipation. Während sie früher alles anschauen konnten, einen Arbeitsbogen bekamen und dann wieder nach Hause gingen, sollen sie nun die Möglichkeit bekommen, im Unterricht selber Inhalte für die Kuppel zu gestalten, mit dem USB-Stick vorbeizukommen oder sie in der Cloud hochzuladen und sich alles gegenseitig in den Kuppeln zeigen zu können. Mit mobilen, aufblasbaren Planetarien wird zudem in die Schulen gegangen, wo verschiedene Kurse zur Inhaltsgestaltung angeboten werden: »Ein Thema ist ganz akut gerade: der Klimawandel. Wir schauen uns mit den Schülerinnen und Schülern an, was er direkt in ihrer Umgebung bewirkt und was sie an Veränderungen schon wahrnehmen können.« Zur kulturellen Bedeutung von Planetarien weiß Horn zu erzählen: »Ich glaube, die Beschäftigung mit dem Sternenhimmel bedeutet kulturell überall auf der Welt etwas Besonderes. Dadurch, dass jede Kultur einen Schöpfungsmythos geschaffen hat, der erklärt, wie Sterne und Planeten, ja unsere Heimat eigentlich, entsteht. Die große Suche nach unserem Platz im Kosmos, die von allen Religionen und Philosophien unternommen wird, die von allen Künsten besungen, bespielt und interpretiert wird. Es scheint etwas tief in uns drin zu sein, dass wir wissen wollen, woher wir kommen und wie wir im Kosmos einzuordnen sind. Das Planetarium muss sich als Ort der Kultur und der Wissenschaft öffnen.«

In beiden Großplanetarien, aber auch in den Sternwarten wurden bereits verschiedene Konzertreihen, von Klassik über Stockhausen bis hin zu moderner Elektro-, Techno- und Rockmusik, integriert. Wechselnde Performer nutzen die Bühnen, immer untermalt von 360-Grad-Visualisierungen: »Es gibt auch Künstler, die selber Inhalte gestalten: z. B. Robert Koch, ein DJ und Produzent aus den Vereinigten Staaten. Sein Programm ›Sphere‹ hat er speziell für Planetarien produziert. Wir haben auch eine Reihe namens ›Himmlische Partituren‹, wo wir mit verschiedenen Künstlern den Bezug zum Himmel und zur Wissenschaft suchen und nicht nur ein klassisches Konzert spielen, sondern auch mit wissenschaftlichen Methoden in die Musik schauen.«

Auf das Phänomen »Fridays for Future« hat Tim Florian Horn schon konkret reagiert: »Unser nächstes Programm heißt ›Unser blauer Planet‹. Gerade wenn man sich mit Astronomie beschäftigt, wird einem klar, es gibt nur diese eine Erde. Ein Umzug zum nächstgelegenen Stern ist ausgeschlossen. Der wäre mit aktuellen Raumschiffen 120.000 Jahre entfernt. ›Fridays for Future‹ zeigt: Die Jugend, die nächste Generation ist stark daran interessiert, auf dieser Erde gut und gerne weiter zu leben. Und es ist an uns, dieser Jugend eine Perspektive zu bieten.«

Wo sieht Horn sich und seinen Arbeitsbereich in zehn Jahren, was sind seine Wunschvorstellungen? – »In zehn Jahren haben wir in Berlin hoffentlich alle Einrichtungen technisch und baulich durchsaniert. Das Zeiss-Großplanetarium haben wir ja frisch gemacht und die Besucherzahl fast vervierfacht. Die gesamte Stiftung hat in den letzten drei Jahren eine Million Besucherinnen und Besucher gezählt. Das ist ein großer Erfolg, den wir an den anderen Einrichtungen auch weiter umsetzen wollen. An so etwas denkt man vielleicht erst gar nicht: Man möchte Sterne machen und macht Baustellen. In zehn Jahren werden wir unsere Häuser programmatisch, technisch und baulich in die Zukunft geführt haben. Ich habe hier ein herausragendes Team in Berlin, mit dem man nicht nur Pferde, sondern auch Sterne stehlen kann. Das Planetarium und die Sternwarte sollen Orte sein, an denen man ästhetisch ansprechend und wissenschaftlich korrekt über die Welt und den Kosmos lernt.«

Ursula Gaisa ist Journalistin

FOTO: HANS RICHARD EDINGER

Der Direktor des Zeiss-Großplanetariums Berlin Tim Florian Horn

Wortduelle

Ein Förderprogramm für streitkulturelle Bildung?

SUSANNE KEUCHEL

Mit den digitalen Medien hat sich das Phänomen des Postfaktischen etabliert. Ein Grund hierfür ist die Schwierigkeit, innerhalb digitaler Plattformen zwischen »richtigen« und »falschen« Aussagen bzw. Fakten zu unterscheiden. So entwickelt sich ein Trend, eigene Positionen als mehrheitlich getragene oder faktisch »richtige« zu klassifizieren. Dafür gibt es einen technischen Ausdruck, die sogenannte Filterblase, im Englischen »filter bubble«, geprägt vom Internetaktivisten Eli Pariser. Algorithmen transportieren über kommerzielle Suchmaschinen vor allem Inhalte und Meinungen, mit denen sich der oder die Suchende schon in der Vergangenheit auseinandergesetzt hat. Eine Ghettoisierung von Milieus und Menschen mit ähnlichen Lebensperspektiven kann zunehmend auch analog innerhalb stadträumlicher Dimensionen beobachtet werden. Dadurch verhärten sich gesellschaftliche »Fronten«. Polarisierungen entstehen mit gefährlichen Nebenwirkungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Einzelaussagen werden oft aus dem Zusammenhang heraus betrachtet und in Schubladen sortiert, beispielsweise in eine »rechte« oder eine »linke«. Wer sich gegen eine unbegrenzte Zuwanderung geflüchteter Menschen positioniert, wird dabei oft in dieselbe »rechte« Schublade gesteckt, wie derjenige, der sich menschenverachtend gegenüber Geflüchteten äußert.

Wir können diese postfaktischen Polarisierungstendenzen verstärken oder wir fangen an, diesen Kreislauf zu durchbrechen. Dies bedingt eine grundsätzliche Entscheidung: Sind Menschen mit »rechten« oder »linken« Positionen satisfaktionsfähig für streitkulturelle Auseinandersetzungen? Geht es in einer Streitkultur um die Person, die Aussagen tätigt, oder um die konkreten Inhalte, die die Person äußert? Sind beispielsweise alle geäußerten Ansichten von Menschen, die auch »rechte« Positionen vertreten, grundsätzlich falsch? Oder liegt eine Gefahr nicht vielmehr darin, dass sich menschenverachtende Positionen mit Überzeugungen vermischen, die durchaus ihre Berechtigung haben könnten? Und lehnen wir hier den Diskurs ab, vermengen sich dann in der Wahrnehmung Dritter nicht-akzeptable Positionen mit berechtigten kritischen Fragen, die dann die eigene Glaubwürdigkeit beschädigen?

Eine Kategorisierung in »Weiß« und »Schwarz«, angesichts vieler Grauschattierungen, ist möglicherweise gar nicht zielführend. Innerhalb der »Künste« sollte es kein »alternativlos« geben, sondern Gestaltungsoptionen. Eine »offene« Streitkultur bedarf klarer Regeln und Grenzen, aber auch der Fähigkeit, andere Perspektiven und Sichtweisen einzunehmen. Die Attitüde einzelne Aussagen einer konkreten Schublade zuzuordnen, hat dabei noch andere gefährliche Nebenwirkungen. Eine einzige Aussage, die als politisch unkorrekt klassifiziert wird, führt heute oft dazu, dass sich die Person in ihrer beruflichen und privaten Existenz gefährdet sieht. Dies hemmt eine offene Streitkultur und schürt die Angst, sich mit kritischen Fragen auseinanderzusetzen. Wir dürfen verbale Wortduelle nicht zu existenzentscheidenden Duellen stilisieren. Letztlich müssen wir uns entscheiden, ob wir uns weiter aufreiben wollen in der Aufregung über Gesagtes, das in unseren Augen nicht satisfaktionsfähig ist, oder ob wir eine Streitkultur suchen, die nicht rückwärtsgewandt ist, sondern Antworten auf berechtigte Zukunftsfragen im Diskurs sucht und damit einen Gegenpol zu Polarisierungstendenzen aufbaut – frei nach dem Zitat von Albert Einstein: »Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.«

Susanne Keuchel ist Präsidentin des Deutschen Kulturrates

ZUR PERSON …

Andrea Riedle wird Direktorin der Stiftung Topographie des Terrors
Ab Anfang des kommenden Jahres wird die Stiftung Topographie des Terrors, einer der bedeutendsten Gedenk- und Erinnerungsorte zur Vermittlung und Aufarbeitung der Verbrechen des NS-Regimes, von der Historikerin Andrea Riedle geleitet. Als langjährige stellvertretende Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau und durch ihre Tätigkeit für die Ständige Konferenz der NS-Gedenkorte im Berliner Raum konnte Riedle Erfahrungen im Umgang mit den aktuellen Herausforderungen an die Gedenkstättenarbeit sammeln und sich einen Namen in der Berliner Erinnerungslandschaft machen. Riedle tritt ihr Amt zum 1. Januar 2020 als Nachfolgerin von Andreas Nachama an.

Joybrato Mukherjee wurde zum neuen DAAD-Präsidenten gewählt
Der Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen, Joybrato Mukherjee, wird ab 1. Januar 2020 neuer Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), der weltweit größten Organisation für den akademischen Austausch. Dies entschieden die Vertreterinnen und Vertreter der insgesamt 241 Mitgliedshochschulen und 104 im DAAD vertretenen Studierendenschaften in ihrer Wahl auf der Mitgliederversammlung in Bonn am 18. Juni 2019. Mukherjee war zuvor Vizepräsident des DAAD. Zur neuen Vizepräsidentin wurde Muriel Helbig, Präsidentin der Technischen Hochschule Lübeck, gewählt. Die aktuelle Präsidentin des DAAD, Margret Wintermantel, hatte sich nach zwei Amtszeiten nicht erneut zur Wahl gestellt.

Ulrike Lorenz ist neue Präsidentin der Klassik Stiftung Weimar
Seit August 2019 steht erstmals eine Frau an der Spitze der Weimarer Klassik Stiftung. Ulrike Lorenz, die zuvor zehn Jahre die Kunsthalle Mannheim leitete, wurde bereits im vergangenen Jahr einstimmig vom Stiftungsrat zur Präsidentin der zweitgrößten Kulturstiftung Deutschlands gewählt. Lorenz folgte auf den ehemaligen Präsidenten Hellmut Seemann, der nach 18 Jahren die Stiftung verließ. Die in Gera geborene Lorenz gilt als Expertin für Kunst der Moderne und Gegenwart. Bei ihrer Vorstellung kurz nach der Wahl kündigte Lorenz einen »Perspektivwechsel« an. Sie plane unter anderem, in ihrem Programm den politischen Aspekt stärker in den Fokus zu nehmen. Die Klassik Stiftung verwaltet das kulturelle Erbe der Weimarer Klassik, gleichzeitig beschäftigt sie sich mit den Nachwirkungen der Weimarer Klassik auf die Kunst des 19. Jahrhunderts und der Moderne.

Daniel Hope wird Präsident des Beethoven-Hauses Bonn
Die Mitgliederversammlung des Vereins Beethoven-Haus Bonn hat Daniel Hope am 25. Juni zum neuen Präsidenten gewählt. Der in Berlin lebende Geiger wird das Amt im kommenden Jahr antreten und damit die seit 2013 amtierende Präsidentin, die Bratschistin Tabea Zimmermann, ablösen. Der Musikdirektor des Zürcher Kammerorchesters und des in San Francisco ansässigen New Century Chamber Orchestras Daniel Hope ist seit 2019 auch Künstlerischer Direktor der Dresdner Frauenkirche und als Rundfunkmoderator tätig. Der 1889 gegründete und von rund 900 Mitgliedern getragene Verein Beethoven-Haus Bonn gilt als das international führende Beethoven-Zentrum. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, Beethovens Leben, Werk und Wirken lebendig zu halten.

Weltbürger auf Wanderung

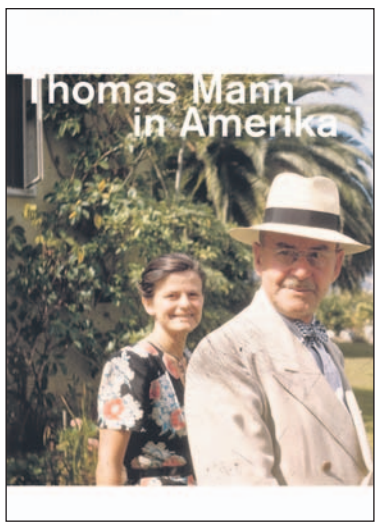
Thomas Mann im amerikanischen Exil

Der 8. Mai 1945 – der Tag der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reichs steht für eine Zäsur in der deutschen Geschichte. Laut Ulrich Raulff und Ellen Strittmatter teilt das Datum zugleich die 14 Jahre von Thomas Mann im US-Exil in zwei Hälften: »Davor ist Thomas Mann die prominenteste Stimme des anderen Deutschland, eine Art Weltpräsident der Vertriebenen und Verfolgten; danach ist er wieder hauptberuflich Schriftsteller und Nobelpreisträger.«

Die Stärke des von Raulff und Strittmatter herausgegebenen Bandes »Thomas Mann in Amerika« ist der vielschichtige Blick auf sein Leben und Arbeiten in den USA. So befindet sich im Buch ein Gespräch mit Enkel Frido Mann, der von seiner Zeit mit den Großeltern am Pazifik erzählt. In drei Essays geht es um Manns Beschäftigung mit US-Literatur, um seine Mitarbeit beim alliierten Rundfunk und um einen Besuch der 16-jährigen Susan Sontag beim Autor ihres Lieblingsbuchs, des »Zauberbergs«.

Zwei Beiträge, »Amerika als Lösung (1929-1937)« und »Amerika als Problem (1945-1952)«, wirken wie Klammern um die im Band mit vielen Tagebuch- und Briefauszügen, Fotos und Zeitungsartikeln ebenfalls vorgestellten Werke, die Mann in den USA schrieb, so etwa »Doktor Faustus« (1947).

»Thomas Mann in Amerika« – übrigens erschienen zur gleichnamigen, zwischen November 2018 und Juni 2019 in Marbach stattfindenden Ausstellung – gelingt es gut, die zunehmende Politisierung von Manns literarischem Denken und Schreiben in jenen Jahren sichtbar zu machen.



Thomas Mann und Elisabeth Mann Borgese im Garten der Villa in Pacific Palisades (um 1946). ETH-Bibliothek Zürich, Thomas-Mann-Archiv. Fotograf: Unbekannt. tma _2412

Deutlich macht die Lektüre aber auch: So willkommen der »Großschriftsteller« als Repräsentant des »anderen Deutschland« zu Beginn seines US-Exils auch ist – nach 1945, angesichts des »Kalten Kriegs« und der Meinungsmache gegen (vermeintliche) kommunistische Intellektuelle, drängt es Mann, inzwischen US-Staatsbürger, wie schon 1933 wieder in die Schweiz zu ziehen.
Behrang Samsami

Ulrich Raulff und Ellen Strittmatter (Hg.). Thomas Mann in Amerika. Marbach am Neckar 2018

Chronist der Widersprüche

Erich Loest als politischer Mensch

In »Schneisen der Zeitgeschichte: Erich Loest als politischer Mensch« beschreibt Regine Möbius einen Menschen, der seine Heimat Leipzig liebte, den Sozialismus ernstnahm und sich immer wieder mit Texten einmischte, die zur Debatte aufriefen. Das aber war in der DDR nicht gewollt. Spätestens nach dem Ungarn-Aufstand 1956 zeigte die Ulbricht-Regierung, dass sie nicht bereit war, den Dialog zu suchen, sondern griff zu stalinistischen Methoden, aus Angst vor der Freiheit des Wortes.

Regine Möbius übernimmt als Autorin die Rolle des Chronisten, die Erich Loest (1926-2013) Zeit seines Lebens inne hatte. Wie Loest bringt sie Widersprüche auf den Punkt. Sie ruft die Stationen in Loests Leben in Erinnerung.

Die jungen Jahre, als die DDR Literatur zu einer öffentlichen Angelegenheit machte, die die Bevölkerung erziehen sollte. Die direkte Konfrontation mit den Funktionären, die ihn aus dem Schriftstellerverband drängten. Und später den Riss, der sich zwischen den ausgebürgerten Ostschriftstellern und den selbstherrlichen Westautoren auftat. Was verblüffend an die Gegenwart erinnert: ein zerrissenes Volk. Der Nörgler kommt aus dem Osten und will sich nicht zufriedengeben.

Dabei beschreibt sie Loest als genauen Beobachter und nachdenklichen Zweifler. Bis ins Alter ein Tagebuchschreiber, der hellwach reflektiert, was ihm, seinem Leipzig und den Mitmenschen widerfährt. Der selbst acht Jahre Kampf nicht scheute, bis ein von ihm beauftragtes Bild tatsächlich in der neuen Universität Leipzig aufgehängt wurde. Enthüllt werden konnte »Aufrecht stehen« leider erst nach Loests Tod.

Wer sich für diesen Teil von Loests Leben und der Stadtgeschichte Leipzigs interessiert, sollte nicht versäumen, am 6. September 2019 um 16:30 Uhr ins Museum der bildenden Künste Leipzig zu kommen. Dort wird Regine Möbius dieses Kapitel noch einmal aufschlagen und daraus lesen.
Jens Kober

Regine Möbius. Schneisen der Zeitgeschichte: Erich Loest als politischer Mensch. Leipzig 2019

Boxenstopp: EU?

Das Warten auf die »Ever Closer Union«

Was ist passiert mit den Visionen und Ambitionen des Vertrages von Maastricht von 1992? Wie stehen die Bürgerinnen und Bürger knapp 30 Jahre später zur EU? Und welchen Einfluss übte die Wiedervereinigung Deutschlands, und in diesem Zuge auch die Renationalisierung des Landes, auf den europäischen Integrationsprozess aus?

Diesen Fragen widmet sich die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot in ihrem Essay »Wie hältst du's mit Europa?«. Zu diesem Zeitpunkt stand Europa nicht nur kurz vor den Wahlen des Europäischen Parlaments, sondern zugleich vor einem Scherbenhaufen: die Gelbwestenproteste in Frankreich, die Ungewissheit um den Brexit, der stetig zunehmende Rechtsruck in mehreren Mitgliedsländern und die damit einhergehende Skepsis gegenüber der Politik der EU.

In ihrer Analyse geht Guérot chronologisch vor und passiert dabei unterschiedliche Stadien deutsch-europäischer Beziehungen: Deutschland als »Anwalt der kleinen Länder«, das zerrüttete deutsch-französische Tandem, die fehlende Europapolitik in Deutschland, die veränderten Parteisysteme, der »Deutsche Wohlfühl-Aktivismus« sowie die Rolle der deutschen liberalen Mitte. Doch Deutschland ist durch seine Größe und geografische Lage von besonderer Relevanz für die politische Richtung der EU. Guérot stellt die Frage, wozu noch ein geeintes Europa, wenn die einzelnen Länder bereits »Errungenschaften« im Alleingang auf internationaler Ebene erzielen. Sie plädiert für eine tiefergreifende Integration, für eine Europäische Verfassung, für einen europäischen Sozialstaat, welcher aber von den Bürgerinnen und Bürgern konstituiert wird und nicht von den Staats- und Regierungschefs.

Ein empfehlenswerter Essay, der nicht nur 30 Jahre europäischer Integration kurz und knapp beleuchtet, sondern neben den Herausforderungen, vor denen die EU steht, insbesondere ihre Chancen aufzeigt.
Kristin Braband

Ulrike Guérot. Wie hältst du's mit Europa? Göttingen 2019

Die Moskauer

Das Stalintrauma der DDR

Eine Frage bewegt derzeit die politischen Debatten: Warum wählen so viele Menschen in Ostdeutschland die AfD, warum fühlen sie sich von autoritären Parteien angesprochen, warum glauben sie den Versprechungen?

Das Buch »Die Moskauer: Wie das Stalintrauma die DDR prägte« von Andreas Petersen gibt darauf zwar keine direkten Antworten, bietet aber Einblicke in das Denken und Handeln der Generation, derjenigen, die die DDR aufbauten. Anhand von Lebensläufen zeigt Petersen exemplarisch auf, wie der Stalinismus jene Kommunisten, die voller Enthusiasmus in den 1920er und 1930er Jahren in der Sowjetunion den Sozialismus mitaufbauen wollten, deformierte. Wie durch Denunziation und Verfolgung Leben zerstört wurde. Wie Angst und Schrecken verbreitet wurde. Wie viele überzeugte Kommunisten ermordet wurden oder im Gulag ihr Leben ließen. Petersen arbeitet gerade am Beispiel von Jugendlichen, wie Wolfgang Leonhard, Markus und Konrad Wolf, heraus, wie stark die Menschen vom Stalinismus geprägt waren.

Die DDR wurde von maßgeblich denjenigen aufgebaut, die den Stalinismus überlebt hatten und durch ihn geprägt waren. Angst, Verhärtung, Misstrauen waren wichtige Voraussetzungen, um überleben zu können. Diese persönliche Prägung hinterließ ihre Spuren in der Politik. Eine Stärke des Buches sind die Beschreibungen der persönlichen Erlebnisse – auch anhand von Briefen und Tagebucheinträgen. Ein bedrückendes, aber sehr empfehlenswertes Buch.
Gabriele Schulz

Andreas Petersen. Die Moskauer: Wie das Stalintrauma die DDR prägte. Frankfurt/Main 2019

PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert an dieser Stelle über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an puk@kulturrat.de.

Politik & Kultur

FOTO: VITJITUA NDJIHARINE

»Himba Woman and von Trotha«, 2015, mixed media

THEMA

Kolonialismus und Mission: Den Blick weiten

Auseinandersetzung mit einer Geschichte voller Ambivalenzen

OLAF ZIMMERMANN

Mission – allein der Begriff treibt in einer weitgehend säkularisierten deutschen Gesellschaft einigen die Zornesröte ins Gesicht. Mission, ist das nicht längst überholt? Mission, gehört dies nicht zu den Themen, die sich glücklicherweise erledigt haben? Mission, ist dies nicht ausschließlich eine Bürde aus der Vergangenheit? Mission, sind das nicht diejenigen, die ihren Glauben einfach nicht für sich behalten können und alle Welt beglücken wollen?

Ich gebe zu, die Beschäftigung mit Mission ist nicht einfach. Mission scheint aus der Zeit gefallen zu sein. Die Botschaft aus dem Evangelium, alle Welt zu taufen, scheint nur noch wenige hinter dem Ofen hervorzulocken.

Vor einigen Jahren erstand ich in einem Antiquariat vier Jahrgänge der Zeitung »Die evangelische Mission« aus den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts. Ein spannendes Dokument aus einer mir bis dahin unbekannten Welt. Seit diesem Kauf beschäftigt mich die Mission und ihre Wirkung auf die Missionierten und den Antrieb der Missionare. Sicher auch, weil ich als Protestant eine geschichtliche Verantwortung empfinde.

Die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland haben mit einem dramatischen Mitgliederschwund zu kämpfen. Selbst die Evangelischen Freikirchen, die sich explizit als Missionskirchen verstehen, verlieren in Deutschland deutlich Mitglieder. Die Katholische Kirche kämpft mit einem immensen Vertrauensverlust aufgrund des Missbrauchsskandals und hat neben sinkenden Mitgliederzahlen mit dem Mangel an Priestern zu kämpfen. Mission ist, ausgehend von sinkenden Schiffen, nichts, was wirklich mitreißt und Aufbruchsstimmung verbreitet.

Vor diesem Hintergrund erscheint es geradezu absurd, dass sich in vergangenen Jahrhunderten Menschen in unbekannte Gegenden aufmachten, um das Evangelium zu verkünden. Sie brachen aus dem tiefen Glauben und der Überzeugung heraus auf, den Auftrag zu haben, das Evangelium zu verbreiten, um allen Menschen den Zugang zum ewigen Leben zu ermöglichen und den Nicht-Christen das Schmoren in der Hölle zu ersparen. Ohne weitergehende Kenntnisse, was sie erwartete. Ohne Internet, ohne WhatsApp, ohne Reiseführer, machten sie sich auf in Gegenden, deren Klima sie kaum gewachsen waren, gegen deren Krankheiten sie nicht gewappnet waren, deren Geografie sie nicht kannten. Die Sprache der Menschen verstanden sie anfangs nicht. Und dies alles mit der Aussicht, wahrscheinlich nie wieder nach Hause zu kommen. Heute kaum nachzuvollziehen.

Mit aktueller Mission wird heute allenfalls noch der Islam in Verbindung gebracht. Dem Islam ist ebenso wie dem Christentum der Auftrag inhärent, den Glauben weiterzuverbreiten und neue Gläubige zu gewinnen. Ebenso wie das Christentum kann auch der Islam eifernd sein, weil er im Kern keine andere Religion neben sich duldet. Damit unterscheiden sich beide, Christentum und Islam, von der ältesten der drei monotheistischen Buchreligionen, dem Judentum. Dem Judentum ist die Mission fremd. Im Gegenteil, es ist eine exklusive Religion und die Aufnahme in das Judentum ist mit sehr hohen Hürden verbunden.

Warum also ein Schwerpunkt in Politik & Kultur zum Thema »Kolonialismus und Mission«, wenn sich das Thema, also die Missionstätigkeit zumindest der beiden christlichen Kirchen, vermeintlich erledigt hat? Weil die gerade heftig stattfindende Debatte zum Kolonialismus ohne den Teil Mission und Kolonialismus unvollständig ist.

Der Deutsche Kulturrat hat in seiner »Stellungnahme zu Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten« im Februar dieses Jahres formuliert, dass in die Debatte um Kolonialismus und um Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten auch die Kirchen einbezogen werden müssen. In der genannten Stellungnahme wurde mit Blick auf die erforderliche gesellschaftliche Diskussion geschrieben: »Einzubeziehen sind auch kirchliche Einrichtungen, die nicht zuletzt durch Missionsarbeit und Missionsstationen über einschlägige Sammlungen und umfangreiche Kenntnisse über koloniales Handeln verfügen.«

Diese Aussage rief anfänglich Erstaunen hervor. Erstaunen über den Umstand, dass die Kirchen aufgrund ihrer Missionstätigkeit über einschlägige Sammlungen verfügen – war doch zuvor vor allem vom Humboldt Forum, das im Herbst des kommenden Jahres in Berlin eröffnet werden soll und allenfalls von weiteren ethnologischen Museen die Rede. Erstaunen, dass das Thema Mission offensiv angesprochen wird und nicht zuletzt Erstaunen, dass den Kirchen Kenntnisse im kolonialen Handeln zugesprochen werden.

In der Evangelischen Kirche in Deutschland und in der Katholischen Kirche gab es kein Erstaunen, sondern vielmehr eine sehr positive Resonanz auf und Bestärkung für diese Positionierung des Deutschen Kulturrates. Vertreterinnen und Vertreter beider Kirchen freuten sich und der Schwerpunkt in dieser Ausgabe ist ein erster Aufschlag mit dem komplexen Thema Mission und Kolonialismus. Der Kulturbeauftragte der Evangelischen Kirche, Johann Hinrich Claussen, ist einer unserer aktivsten Unterstützer, auch beim Zusammenstellen dieses Schwerpunktes.

Zur Ambivalenz gehört: Mission ist nicht ohne den kolonialen Kontext denkbar

Wir wollen uns mit der Ambivalenz von Mission auseinanderzusetzen. Zu dieser Ambivalenz gehört, dass Mission nicht ohne kolonialen Kontext denkbar ist. Die deutschen, vornehmlich evangelischen Missionsgesellschaften, waren verbunden mit den kolonialen Regimen. Sie waren in den Kolonien tätig und profitierten von kolonialer Herrschaft. Und manchmal, aber nicht immer, stabilisierten sie diese Herrschaft.

Das ist die eine Seite. Die andere ist, dass gerade die Missionsgesellschaften weder staatlich noch kirchlich, im Sinne der Amtskirche, waren. Sie wurden getragen von enthusiastischen Menschen, Gläubigen, die echten Kontakt suchten, die nicht nur Glauben, sondern auch Bildung und ein Gesundheitswesen brachten. Manche Traditionen, Geschichten, Mythen, Sprachen überlebten dank der Transkription durch Missionare. Auch dies ist ein Teil der Missionsgeschichte.

Die Missionsgesellschaften und die kirchlichen Werke der Entwicklungszusammenarbeit setzen sich mit dieser Geschichte auseinander. Manche haben Freiheitskämpfe in ehemaligen Kolonien und Missionsgebieten unterstützt. Freiheitskämpfer und -kämpferinnen besuchten einst Missionsschulen. Bildungsvermittlung war immer ein Kern der Mission.

Mission und Kolonialismus ist eine komplexe Geschichte, voller Ambivalenzen, einem sowohl als auch. Es lohnt sich, sich mit diesem spezifischen Teil der Kolonialismusgeschichte auseinanderzusetzen. Es ist vor allem auch eine unabgeschlossene Geschichte. Denn längst deckt die Katholische Kirche in Deutschland einen Teil ihres Priesterbedarfs aus ehemaligen Missionsgebieten, sodass Priester beispielsweise der Steyler Mission, heute in Deutschland predigen und in der Diaspora das Evangelium verbreiten. Mission in umgekehrter Richtung.

Der Schwerpunkt soll zu Diskussionen anregen und einen ersten Stein in das Wasser werfen. Im kommenden Jahr soll der Blick in einer Tagung geweitet werden.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: VITJITUA NDJIHARINE

Hintergrundbild für »The Assimilation of Samuel Maharero«, magazine image collage

Eine machtgesättigte Symbiose

Die Geschichte von Kolonialismus und Mission

WOLFGANG REINHARD

Auch Götter konkurrieren um die Macht über Menschen, heute z. B. die Fußballgötter! Der Gott der Juden, Christen und Muslime hingegen duldete keine Konkurrenz, er ist streng exklusiv. Dazu gehört das ebenso exklusive Bekenntnis seiner Anhänger zu ihren Gemeinden. Juden, Christen und Muslime sind ausschließlich und für immer als Bekenner ihres Gottes definiert. Bei den Christen und den Muslimen kam noch die Pflicht zur Verbreitung ihres Glaubens hinzu, mit der vollständigen Weltherrschaft des jeweiligen wahren Glaubens als Ziel. Denn der Missionsauftrag Jesu Christi bei Markus 16, 15/16 lautet: »Geht hinaus in die ganze Welt und verkündigt das Evangelium allen Geschöpfen. Wer glaubt und sich taufen lässt, wird gerettet; wer aber nicht glaubt, wird verdammt.« Das Konzil von Florenz hat 1441 die traditionelle Lehre, die auch von den späteren Reformatoren geteilt wurde, ausdrücklich bestätigt, nach der nicht nur Juden und Heiden, sondern auch Angehörige abweichender christlicher Bekenntnisse ausnahmslos ewig für die Hölle bestimmt sind. Entsprechendes gilt auch im Islam. Nahziel der christlichen Mission war daher, möglichst viele Menschen durch die Taufe vor dem Feuer der Hölle zu retten.

Allerdings war die frohe Botschaft des Christentums von Haus aus friedlich. Gewalt wurde abgelehnt und die Kirchen bestanden immer darauf, dass eine Bekehrung freiwillig zu erfolgen habe. Auf der anderen Seite ist aber keine Religion in reiner Form zu haben, sondern nur mit wechselnder kultureller und sozialer Besetzung. Denn Religionen unterliegen verschiedenen Machtprozessen, weil ihre Bekenner selbstverständlich mit und neben den religiösen auch ganz andere Interessen verfolgen. Religionen schaffen sich einerseits selbst Institutionen, mit der Römischen Kirche als der machtvollsten, während politische Machthaber sich andererseits der Religionen für ihre Zwecke zu bedienen wissen. Auf diese Weise entstand im Zuge der Expansion Europas seit dem Mittelalter eine machtgesättigte Symbiose von Mission und Kolonialismus.

Als Kolonialismus bezeichnen wir die Herstellung und Behauptung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kontrolle Europas über den gesamten Rest der Welt. Erstens wurden

Nicht zufällig sind Kolonialismus und Mission beide gleichzeitig verschwunden

Amerika, Australien, Neuseeland und Teile Afrikas zwischen dem 16. und dem 20. Jahrhundert von Europäern besetzt und besiedelt. Zweitens wurden Asien, der größte Teil Afrikas und der Pazifik seit dem 18. Jahrhundert europäischer Herrschaft unterworfen. Drittens unterlagen die wenigen Länder, die formell unabhängig geblieben waren: Japan, China, Thailand, Iran und das Osmanische Reich, im 19./20. Jahrhundert ebenfalls wirtschaftlicher und politischer Kontrolle durch Europa, die nur im Falle Japans rasch beendet werden konnte. Überall waren die Missionare zusammen mit Entdeckern und Eroberern, mit Kaufleuten und Beamten Pioniere der Expansion und Vertreter der Kontrolle.

Freilich lassen sich die Missionare nicht ohne Weiteres als Agenten des Kolonialismus betrachten. Restbestände christlicher Friedlichkeit und des Respekts für nicht-europäische Mitmenschen blieben auch im kolonialistischen Zeitalter erhalten oder konnten wenigstens wiederbelebt werden. Weil der Vater Jesu Christi kein »erobernder Gott« war, griffen die Spanier auf den Gott des Alten Testamentes zurück, der den Israeliten in Deuteronomium 20, 10-14 geboten hatte, vor einem Angriff zunächst Unterwerfung anzubieten. Doch bei Ablehnung »sollst du alle männlichen Personen mit scharfem Schwert erschlagen. Die Frauen aber, die Kinder und Greise, das Vieh und alles, was sich sonst in der Stadt befindet, alles, was sich darin plündern lässt, darfst du dir als Beute nehmen«. Die Instruktion der Krone für die Konquistadoren folgte dieser Anweisung bis ins Detail. Verschiedene Missionare, vor allem Bartolomé de Las Casas, verfochten demgegenüber hartnäckig und nicht ohne Erfolg die Rechte der »Indigenas« und setzten 1537 die keineswegs überflüssige päpstliche Proklamation durch, dass es sich bei den Eingeborenen Amerikas um rationale, zum Glauben befähigte Wesen und nicht um Halbtiere im Sinne des Aristoteles handelte. Im Endergebnis wurde Amerika christlich, wenn auch oft nur halbfreiwillig und unvollständig.

Die Mission der Frühen Neuzeit blieb aus theologischen, vor allem aber aus praktischen Gründen auf den römischen Katholizismus und seine Orden beschränkt. Ausschlaggebend war das Engagement Spaniens und Portugals in Amerika, während Frankreich, die Niederlande und England dort wie in Asien weniger erfolgreich und zum Teil auch wenig interessiert waren. Den Protestanten fehlte es obendrein an missionarischer Infrastruktur. Das änderte sich mit dem Aufkommen der verschiedenen nationalen oder übernationalen evangelischen Missionsgesellschaften mit Schwerpunkt in England, die im 19. Jahrhundert einen weltweiten Aufschwung evangelischer Missionen vor allem in Afrika auslösten. Die katholischen Missionen hingegen waren um 1800 zusammen mit dem Ancien Régime und dem Jesuitenorden weitgehend zusammengebrochen. Allerdings konnten die Verluste unter Führung des Papsttums bald wieder wettgemacht werden.

Außerdem beruhte der Kolonialismus in Amerika auf der eindeutigen Überlegenheit Europas, wovon bis dahin in Asien nicht die Rede sein konnte. Erst im 19. Jahrhundert sollte sich das zum Nachteil Indiens, Japans, Chinas und anderer Länder ändern. Erst damals kam es weltweit zu der selbstverständlichen politischen und wirtschaftlichen Überlegenheit Europas. Das eröffnete den Missionen zwar neue Chancen, fand aber nunmehr in einer nicht mehr eindeutig christlichen, sondern zumindest teilweise säkularisierten Kulturwelt statt. Missionare blieben trotzdem mehr denn je von der Überlegenheit Europas überzeugt. Auch als ihr Missionsauftrag nach der Aufklärung nicht mehr selbstverständlich war, sondern stattdessen von der säkularen Zivilisationsmission Europas als Leitideologie abgelöst wurde, blieb es bei der praktischen Symbiose oder wenigstens der Zusammenarbeit von Mission und Kolonialismus, freilich nicht bedingungslos. Denn Amerikaner oder Afrikaner mochten den Missionaren noch so primitiv vorkommen, sie galten ihnen dennoch als glaubens- und bildungsfähig, während der Sozialdarwinismus Europas um 1900 fremde Rassen für unzivilisierbar und zum Aussterben oder zur Ausrottung bestimmt erklärte.

Demgemäß musste die evangelische Mission im deutschen Vernichtungskrieg gegen die Herero und Nama im heutigen Namibia von 1906 bis 1908 zwar vor der staatlichen Gewalt kuschen und sich auf Milderungsversuche beschränken. Aber der Missionsinspektor Franz Michael Zahn aus Togo hatte nichtsdestoweniger schon 1888 schreiben können: »Ich bin überhaupt gegen Kolonien und das ist natürlich heute genug, um uns zu Vaterlandsfeinden zu machen. Aber wenn ein Missionar in Politik sich hineinbegibt und die deutschen Kolonialerwerbungen durch seinen Einfluss fördert – so halte ich das (…) für einen großen Fehler, um nicht zu sagen für ein Verbrechen.« 1891 fügte er hinzu: »Ob es für den Staatsmann und den Geschäftsmann gerecht (…) ist, den Eingeborenen als Glied einer inferioren Rasse zu behandeln, habe ich hier nicht zu untersuchen, aber in der Mission darf dieser Gedanke in keiner Weise gelten. (…) Der Neger ist unser Bruder in Christo (…). Ihre Unterordnung ist eine zeitliche, als Christen und als Menschen sind sie uns gleich. Was man einem Weißen schuldig ist, das auch ihnen.«

Auf die Dekolonisation Amerikas von 1776 bis 1823 folgte zunächst der Höhepunkt des Kolonialismus, der aber infolge des Zweiten Weltkriegs und der veränderten weltpolitischen Machtverhältnisse von 1945 bis 1991 von der fast vollständigen Dekolonisation der Welt abgelöst wurde. Auf eine asiatische Welle folgten mehrere afrikanische, schließlich die Dekolonisation des sowjetischen Imperiums. Inzwischen hatte die Mission des 19. Jahrhunderts aber mehrere Hundert Millionen afrikanischer Christen hervorgebracht, freilich im Gegensatz zu dem immer noch weitgehend katholischen Lateinamerika in Gestalt verschiedener Konfessionen und in Konkurrenz zum ebenfalls expandierenden Islam.

Dabei wurde der enge Zusammenhang von Mission und Kolonialismus erneut offenkundig, freilich in umgekehrter Richtung. Nicht zufällig sind Kolonialismus und Mission beide gleichzeitig verschwunden. Dabei mag die weltweite Säkularisierung der Religion eine Rolle gespielt haben. Wichtiger war das Ende der jahrhundertelangen Abhängigkeit der sanften Macht, Soft Power, der Mission von der harten Macht, Hard Power, der Politik. Nur Fundamentalisten wollen und können heute noch »bekehren« – im traditionellen Sinn von Mission. Die christlichen Kirchen müssen und können stattdessen nur noch auf »Selbstbekehrung« wie im Urchristentum setzen. Sogar die konservative katholische Kirche hat sich nicht nur längst von der Exklusion ihrer Nicht-Mitglieder in die Hölle verabschiedet, sondern verkündet neuerdings stattdessen die Inklusion aller Menschen guten Willens. Bis ins 20. Jahrhundert hatte Mission fast überall auf Assimilation gesetzt. Christentum und europäische Kultur waren zwei Seiten derselben Sache mit einem globalen Kulturwandel als Konsequenz. Stattdessen wird heute Inkulturation proklamiert, das »ist die Inkarnation des Evangeliums in einheimische Kulturen und gleichzeitig die Einführung dieser Kulturen in das Leben der Kirche«, so Papst Johannes Paul II. 1985. Das wäre eine kulturelle Hybridbildung, aber wie viele Hybride immer noch keine gleichgewichtige!

Wolfgang Reinhard ist Professor emeritus für Neuere Geschichte in Freiburg und Verfasser des Standardwerkes »Die Unterwerfung der Welt. Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415-2015«

ÜBERBLICK SCHWERPUNKT

Mission und Kolonialismus sind historisch untrennbar verbunden. Was bedeutet das für die kritische Aufarbeitung? Wie beeinflusst die schwierige Wahlverwandtschaft die Missionsgesellschaften? Was haben Mission und Kultur miteinander zu tun? Welche Rolle spielen die Kirchen in der Kolonialismusdebatte?

Dies und mehr wird im aktuellen Schwerpunkt diskutiert. Auf Seite 18 führt Wolfgang Reinhard, Autor des Standardwerkes »Die Unterwerfung der Welt«, in die historischen Zusammenhänge von Kolonialismus und Mission ein. Der Kulturbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Johann Hinrich Claussen wirft auf Seite 19 einen anderen Blick auf die Missionsgeschichte und zeigt Missionsgesellschaften als frühe NGOs. Andreas Feldtkeller erörtert die Entstehung der Missionsgesellschaften auf Seite 20. Auf Seite 21 gibt Michael Biehl sowohl Einblick in die Vergangenheit als auch in die postkoloniale Arbeit des Evangelischen Missionswerkes. Bruno Kern stellt auf Seite 22 Grundinhalte und Weiterentwicklung der Befreiungstheologie vor. Ebenfalls auf Seite 22 kritisiert Jürgen Zimmerer die späte, auf individuelles Fehlverhalten fokussierte Auseinandersetzung mit Mission und Kolonialismus der Kirchen. Auf Seite 23 schildern Fidon Mwombeki und Carsten Bolz ihren Blick auf das missionarische Erbe im heutigen Tansania. Jerzy Skrabania gibt auf Seite 24 eine Führung durch die ethnologische Sammlung des Museums Haus Völker und Kulturen der Steyler Missionare. Ein Museum im südindischen Tharangambadi, das Ziegenbalghaus der Frankeschen Stiftungen, stellt Thomas Müller-Bahlke auf Seite 25 vor. Auf Seite 26 erläutert der neue Direktor der Berliner Mission, Christof Theilemann, welche Akzente er setzt. Auf Seite 27 schildern die Hilfswerke Brot für die Welt und Misereor Auftrag und Arbeit. Klaus Vellguth stellt auf Seite 28 das Internationale Institut für missionswissenschaftliche Forschungen vor. Hyun Ki Oh und Johann Hinrich Claussen befassen sich auf den Seiten 28 und 29 mit dem Missionar Karl Gützlaff. Zum Abschluss zeigt Nora Steen auf Seite 29, wie Mission neu gedacht werden kann.

Die ersten »Nichtregierungsorganisationen«

Ein anderer Blick auf die Geschichte der evangelischen Mission

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Es ist ein schönes, aber unterschätztes Wort: »auch«. Zum Glück bietet sich eine gute Gelegenheit, es mehr einzusetzen. In Deutschland wird endlich über die koloniale Vergangenheit diskutiert. Da ist es notwendig, auch über die Mission zu sprechen. Lange hatte man sie nicht beachtet oder mit Klischees abgetan: Christliche Missionare als willige Helfer des staatlichen Kolonialismus, als Seelenräuber und Kulturdiktatoren. Nun stellen Klischees immer einen Teil der Wahrheit vor, aber nie die ganze, vielschichtige Wirklichkeit. So sind sie stets ebenso richtig wie falsch. Darum sei hier diese These aufgestellt: Die evangelische Mission versteht man nicht, wenn man sie nur als kirchliche Parallele zum staatlichen und wirtschaftlichen Kolonialismus betrachtet, sondern man muss sie auch als Vorgängerin der heutigen »Nichtregierungsorganisationen«, der NGOs, auffassen.

Die Missionsgesellschaften waren im 18. und 19. Jahrhundert keine kirchlichen Einrichtungen. Sie waren »NCOs« – »Non-Church-Organisations« – oder in damaliger Terminologie »freie Werke«, Vereine christlich engagierter Bürger, die sich dem Ziel verschrieben hatten, den Glauben in alle Welt zu tragen. Die äußere – wie auch die innere – Mission hätte nie eine so epochale Dynamik entfaltet, wenn sie in den Strukturen der institutionalisierten Kirchen gearbeitet hätte. Diese zeigte an einer Missionierung fremder Völker kein Interesse. Es waren kleine Gruppen nonkonformistischer Idealisten, die auf diesen verwegenen Gedanken kamen und ihn mit einer Begeisterung und Opferbereitschaft in die Tat umsetzten, die in den Amtsstuben der Konsistorien eher selten anzutreffen war. Sie waren von einer intensiven Frömmigkeit angetrieben, formulierten selbstbewusst eine eigene Theologie und vertraten auch politisch fortschrittliche Positionen – nicht selten im Widerspruch zur offiziellen Kirche.

Im Unterschied zu einer Pastoren- und Oberkirchenratskirche wollten die Missionsgesellschaften weniger behördenmäßig arbeiten, sondern in offenen Strukturen. Sie verstanden sich als Bewegung, die sich in Netzwerken organisierte. Ihre soziale Basis bildeten Freundeskreise, Unterstützerszenen und Kirchengemeinden. Besonders innovativ waren die Missionsfreunde in der Kommunikation. Ins Gespräch zu kommen und im Gespräch zu bleiben, war für sie lebenswichtig. Dafür nutzten sie alte und erfanden neue literarische Formen: Briefe, Lesepredigten, Rundschreiben, Erbauungstraktate, Zeitschriften, Kinder- und Jugendbücher, Romane für Erwachsene. Hinzu kamen Vortragsreisen mit Lichtbildern, lokale und regionale Zusammenkünfte, große Missionsfeste mit Zehntausenden von Besuchern. Die Missionsgesellschaften entfesselten eine eigene Medienrevolution. Mit ihren neuen Kommunikationsformen verbanden sich ein intensives Networking und ein erfinderisches Fundraising, Vorformen des heutigen Crowdfunding. Damit sammelten sie viel Geld ein und schufen eine Graswurzelbewegung, eine Massensolidarisierung, denn all die Spender mussten regelmäßig angesprochen, informiert und zusammengerufen werden.

Die Arbeit der Missionsgesellschaften richtete sich ebenso nach außen wie nach innen. Es ging ihnen nicht allein darum, fremde Völker für den christlichen Glauben zu gewinnen, vielmehr sollte die Arbeit in der Ferne Rückwirkungen auf die Heimat entfalten. Wie der Gründer der Gossner-Mission erklärte: »Wenn wir dafür sorgen, dass Heiden Christen werden, so dürfen wir nicht versäumen, auch darauf bedacht zu sein, dass Christen keine Heiden werden.« Damit verbanden sich Ansätze zu einer »Mission der Akkommodation«. Darunter versteht man den Versuch, den Missionierenden kein kulturell fremdartiges Evangelium aufzustülpen, sondern die christliche Botschaft in ihre Kultur zu übersetzen. Die Voraussetzung dafür war, dass die aufgesuchten Länder keineswegs gottlose Gebiete seien, weil Gott immer schon vor den Missionaren da war. Deshalb galt es, die Kulturen der einheimischen Völker kennenzulernen, sie anzuerkennen und sich davor zu hüten, deren Lebensweise nach europäischen Kriterien zu beurteilen.

Das wird nicht jedem leichtgefallen sein. Jedoch waren viele Missionare selbst Grenzgänger, exzentrische Gestalten. Sie brachen ja zu einer Lebensreise auf, bei der sie nicht wissen konnten, ob sie ihre Heimat je wiedersehen würden. Man darf nicht vergessen, dass sie sich dabei in höchste Lebensgefahr begaben. Die ersten Missionare mussten ohne Tropenmedizin auskommen und starben schnell. Aber ihr christlicher Enthusiasmus trieb sie hinaus, verbunden mit Abenteuerlust und dem Wunsch, der heimatlichen Enge zu entkommen. Die Missionare rekrutierten sich nicht aus den gehobenen Ständen, sondern stammten zumeist aus Bauern- und Handwerkerfamilien. Waren sie erst einmal in der Fremde angekommen, begannen viele, sich mit dieser neuen Heimat zu identifizieren. Sie lebten nun inmitten einer ganz anderen Kultur, erlernten mühsam eine fremdartige Sprache, begegneten bitterster Not, genossen Gastfreundschaft, wurden von einer unfassbar schönen Natur überwältigt – da wurde ihnen die deutsche Heimat oft genug zu einer fernen, immer ferneren Welt. Deshalb sollte man Missionare nicht schlicht als Befehlsempfänger eines reichsdeutschen Kolonialismus ansehen. Das Leben fern der Heimat machte aus ihnen hybride Existenzen, in denen sich Eigenes und Fremdes vermischten. Manche glichen sich den Sitten der Einheimischen konsequent an, kleideten sich wie chinesische Mandarine oder heirateten eine indigene Frau. In diesem Sinn schrieb ein Basler Missionar 1855: »Mir ist fast alles zu europäisch, ich möchte mehr, soweit das Christentum erlaubt, Neger werden, um die Neger zu gewinnen.«

Selbstverständlich waren der europäische Blick und das koloniale Paradigma für die meisten evangelischen Missionare bestimmend. Dies war der zeitgeistliche Rahmen, den die wenigsten von ihnen durchbrechen konnten. Doch sollte man auch bedenken, wie weit sie diesen Rahmen ausdehnten und manchmal durchlöcherten. Dazu muss man sich bewusst machen, welche Opfer sie brachten. Allein die Wegstrecken, die sie zurücklegten, um zu abgelegen lebenden Menschen zu gelangen, sind zum Staunen oder Erschrecken. Und dann erst die Lebensumstände, die sie bereitwillig ertrugen, um mit denen zu leben, für deren seelisches und auch körperliches Wohl sie sich verantwortlich fühlten! Diese pietistischen Missionare waren eben auch Märtyrer, die mit ihrer ganzen Existenz den Glauben bezeugten, und auf einige müssen sie eben auch glaubwürdig gewirkt haben.

In ihre Arbeit, auch das war damals ungewöhnlich, bezogen sie zum einen Frauen, vor allem ihre Ehefrauen, ein. Die evangelische Mission war immer auch eine Frauensache. Zum anderen beteiligten sie Einheimische, zum Teil schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Die Missionierten wurden so selbst zu Missionaren und Mitakteuren. Was für die Herrnhuter von Beginn an eine echte Überzeugung war, wurde für größere Missionswerke später zu einer schlichten Notwendigkeit – besonders im Ersten Weltkrieg, als das Deutsche Reich seine Kolonien verlor: Da konnte die Arbeit nur weitergehen, indem die Verantwortung an Ortskräfte übertragen wurde.

Natürlich ist es nicht leicht, heute eine Bilanz zu ziehen. Wer es versucht, muss häufig »auch« sagen. Da ist einerseits die religiös-kulturelle Überwältigung. Andererseits: Schulen brachten Bildung, Krankenstationen förderten Gesundheit, Betriebe und Genossenschaften gaben Arbeit zu fairen Bedingungen. Auch darf man nicht vergessen, dass einige Gräuel der Kolonialgeschichte von Missionaren bezeugt wurden. Sie lebten ja bei den Menschen, denen Gewalt angetan wurde, sie verfügten über die publizistischen Mittel, davon in der Heimat zu berichten. Aber offenkundig waren auch die Missionsgesellschaften vielfach in den staatlichen und wirtschaftlichen Kolonialismus verstrickt, manchmal aus ganz praktischen Gründen: Sie waren auf die Sicherheit angewiesen, die die »Schutztruppen« garantierten, sie nutzten die Infrastruktur, die die Kolonialverwaltungen organisierten, und sie brauchten Geld von Spendern zu Hause. So machten sie sich abhängig, wurden Teil des kolonialen Systems, ließen sich korrumpieren.

Zu einer Bilanz gehören auch diese drei ungewollten Nebeneffekte. Erstens initiierten die Missionswerke einen vielfältigen Kulturtransfer, der nicht nur eine Richtung kannte. Sie brachten europäische Zivilisation in fremde Länder, importierten aber zugleich aus diesen kulturelle Entdeckungen nach Deutschland. Zweitens blieben die Menschen in Übersee keine Glaubensempfänger, sondern entfalteten eine staunenswerte Eigenständigkeit. Sie nahmen den neuen Glauben an, indem sie ihn verwandelten. Deshalb führte die evangelische Mission nicht zu einer Europäisierung der missionierten Weltgegenden, sondern zu einer Globalisierung und Pluralisierung des Christentums. Drittens zeigte diese religiöse Emanzipation auch politische Folgen. Wie Nelson Mandela einmal bemerkte, wäre der antikoloniale Kampf ohne die Missionsschulen nicht möglich gewesen. Auch die Anti-Apartheitsbewegung verdankte den Netzwerken der Missionsgesellschaften viel.

So ist die Geschichte der evangelischen Mission eine mit einem vielfachen »Auch«. Dieses kann man am besten durchbuchstabieren, wenn man die Parallelen zwischen den Missionsgesellschaften damals und den NGOs heute betrachtet: die Anfänge in kleinsten Gruppen hochengagierter Idealisten, das Arbeiten unabhängig von oder gegen etablierte Institutionen, die Organisation in Netzwerken, das kreative Fundraising, der Einsatz neuester Medien, das Nonkonformistische, das Engagement für Kulturtransfer, Entwicklungshilfe, Bildung, Gesundheit, Empowerment und Fair Trade. Aber auch: der extreme idealistische Anspruch, die damit verbundene Übergriffigkeit, der Glaube, selbst stets auf der Seite des Guten zu stehen, die Moralpolitik, die Unwilligkeit, sich einbinden zu lassen, die moralische Selbst- und Fremdüberforderung, schließlich die bewusst-unbewusste Komplizenschaft mit dem politisch-wirtschaftlichen System der Herkunftsgesellschaft. So ist die Missionsgeschichte auch ein ferner Spiegel, vor dem heutige NGOs über sich selbst nachdenken können.

Ein Urteil über die evangelische Mission lässt sich nicht bilden, ohne die Stimmen der anderen zu hören. Die Betrachtung der evangelischen Missionsgeschichte wäre bloß ein deutsches Selbstgespräch, wenn afrikanische oder asiatische Perspektiven nicht einbezogen würden. Für die Mission muss gelten, was bei postkolonialen Debatten inzwischen Standard ist: Es ist eine gemeinsame Geschichte, die gemeinsam betrachtet werden muss. Das kann zu scharfen Konfrontationen führen. Es können sich aber auch Überraschungen ergeben, wenn die eher missionskritischen Deutschen erleben, wie wichtig einigen Gesprächspartnern »ihre« Missionsgeschichte ist. Das führt übrigens mitten hinein in hochdramatische Religionskonflikte. Mitglieder ehemaliger Missionskirchen werden in einigen muslimischen, hinduistischen oder buddhistischen Mehrheitsgesellschaften wegen ihrer Geschichte diskriminiert: Wegen ihres Glaubens seien sie ebenso Fremde wie die Missionare, die diesen Glauben einst ins Land gebracht hatten. Hier wird Missionskritik zu einem Vorwand für die Ausgrenzung, Bedrohung und Verfolgung von Christen. Auch dies zeigt, wie die Beschäftigung mit der Missionsgeschichte zu aktuellen Fragen führt. Umso wichtiger ist eine informierte und differenzierte Debatte über sie, eine Debatte des »Auch«.

FOTO: VITJITUA NDJIHARINE

Untitled (»The Assimilation of Samuel Maharero«), 2015, mixed media

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD)

Die Ausbreitung des Christentums

Zur Entstehung von Missionsgesellschaften

ANDREAS FELDTKELLER

In Deutschland kam es während des 19. Jahrhunderts zu einer Gründungswelle von Missionsgesellschaften. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte es so scheinen, als würde es sich dabei um eine religiöse Spielart des Kolonialismus handeln, der für Deutschland ebenfalls auf das 19. Jahrhundert zu datieren ist. Gemessen an der gesamten Ausbreitungsgeschichte des Christentums sind die deutschen Missionsgesellschaften jedoch ein sehr spätes Kapitel, das sich nicht verstehen lässt, ohne wenigstens einige Voraussetzungen aus der vorangehenden Geschichte geklärt zu haben.

Die Idee, mit einer religiösen Praxis die ganze Menschheit erreichen zu wollen, gehört ursprünglich in einen völlig anderen Zusammenhang: Sie wurde vor 2.500 Jahren in Indien vom Buddhismus entwickelt. Ausgangspunkt dafür ist die Überzeugung, dass es einen Mangel gibt, von dem alle Menschen betroffen sind – hier die Gefangenschaft im Kreislauf der Wiedergeburten –, und dass eine Praxis gefunden wurde, die diesem Mangel abhilft, nämlich der »edle achtfache Pfad«, der zur Befreiung aus dem Kreislauf führen soll. Auch das in Westasien entstandene Christentum hatte von Anfang an die Absicht, die ganze Menschheit zu erreichen – erneut aus der Überzeugung heraus, dass es einen Mangel gibt, von dem alle Menschen betroffen sind – die durch den »Sündenfall« gestörte Beziehung zu Gott –, und dass die eigene religiöse Praxis dem abhelfen kann.

An der neuzeitlichen Ausbreitung des Christentums von Europa aus war Deutschland für lange Zeit kaum beteiligt

Für mehr als zwei Drittel der bisherigen Ausbreitungsgeschichte des Christentums war Europa die wichtigste Zielregion christlicher Mission. Nachdem diese zunächst weitgehend mit friedlichen Mitteln betrieben worden war, kam es auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands zu der folgenschweren Entwicklung, dass die Christianisierung mit Eroberungskriegen verbunden wurde. Vorbereitet durch Kriege Karls des Großen im heutigen Niedersachsen wurde der erste Eroberungskrieg in missionarischer Absicht von Kaiser Otto dem Großen im 10. Jahrhundert gegen Gebiete begonnen, die heute in Sachsen-Anhalt und Brandenburg liegen. In den unterworfenen Gebieten wurden Klöster gegründet, zu deren Aufgaben es gehörte, die einheimische slawische Bevölkerung mit dem Christentum bekannt zu machen. Die Rollen von Soldaten und Mönchen waren dabei zunächst noch klar getrennt. Dies änderte sich jedoch als eine Folge der Kreuzzüge. Nun gab es sogenannte »Ritterorden«, die vom 12. bis zum 14. Jahrhundert die gewalttätige Christianisierung entlang der Ostseeküste bis zu den heutigen Baltischen Staaten vorantrieben.

An der neuzeitlichen Ausbreitung des Christentums von Europa aus war Deutschland dagegen für lange Zeit kaum beteiligt. Ein wichtiger Grund dafür war die Reformation. Die Evangelischen Kirchen waren als »Landeskirchen« organisiert mit dem jeweiligen Landesfürsten als Oberhaupt. Sie sahen ihre Zuständigkeit auf das Territorium des Fürsten beschränkt. Hinzu kam, dass die Reformation für die evangelischen Gebiete die wichtigste Trägergruppe für missionarische Aktivitäten abgeschafft hatte: die Mönchsorden.

Die Gründungswelle von evangelischen Missionsgesellschaften im Deutschland des 19. Jahrhunderts ist vor diesem Hintergrund als Ausdruck einer Opposition gegen das monarchisch und territorial verfasste evangelische Landeskirchentum zu verstehen. Missionsgesellschaften entstanden aus der sogenannten »Erweckungsbewegung« heraus, getragen von der Überzeugung, dass die biblischen Schriften einen Auftrag zur weltweiten Verbreitung des christlichen Glaubens enthielten. Sie organisierten sich als private Vereine und sammelten unter Privatleuten die finanziellen Mittel dafür, einen evangelischen Ersatz für die fehlenden Mönchsorden zu schaffen: die Aussendung von bezahlten, in der Regel verheirateten Missionaren in alle Welt, die von einer Missionszentrale aus betreut wurden.

Ein Vorläufer war im 18. Jahrhundert die Herrnhuter Brüdergemeine, gegründet von Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf. Von Herrnhut aus zogen Missionare in ganz verschiedene Regionen der Welt – und dies mit einem Ansatz, der ausdrücklich gegen europäische Vormachtansprüche gestellt war. Ein Mitglied der Gemeinschaft verkaufte sich selbst als Sklave in die Karibik, um dort Sklaven predigen zu können; ein anderer wurde von den Buren aus Südafrika vertrieben, weil er mit seiner Bildungsarbeit die Unterwerfung des Volkes der Khoi-San gestört hatte.

Unter den bedeutenden deutschsprachigen evangelischen Missionsgesellschaften des 19. Jahrhunderts hatte die älteste zwar ihre Mitglieder vorwiegend in Württemberg, ihre Zentrale aber außerhalb von Deutschland: die Basler Mission, gegründet 1815. In der Schweizer Handelsmetropole war das gesellschaftliche Klima gegenüber einer solchen weltweiten Aktivität offener. In den folgenden Jahrzehnten entstand eine ganze Reihe von Missionsgesellschaften mit Sitz in unterschiedlichen deutschen Territorien. Ihre privaten Trägervereine unterschieden sich hinsichtlich der gesellschaftlichen Milieus, aus denen sie ihre Mitglieder und auch ihre Missionare rekrutierten. Die Hermannsburger Mission (1849) in der Lüneburger Heide oder die Neuendettelsauer Mission (1853) in Mittelfranken hatten ein bäuerliches Umfeld, die Gossner Mission (1836) in Berlin sprach vor allem ein handwerkliches Milieu an, während die Berliner Mission (1824) von frommen Bildungsbürgern unterstützt wurde.

Aus dem Bereich des deutschen Katholizismus ging einer der wichtigsten katholischen Missionsorden hervor, die Societas Verbi Divini (SVD), gegründet 1875. Auch in diesem Fall verhinderten Spannungen mit der preußischen Monarchie die Gründung in Deutschland, weshalb das Ordenszentrum in das niederländische Steyl verlegt wurde. Erst nach dem Ende des Kaiserreiches konnte 1919 in St. Augustin ein deutsches Ordenszentrum gegründet werden.

FOTO: VITJITUA NDJIHARINE

Close-up von »We Shall Not be Moved«, 2018, mixed media collage

Von ihren Entstehungsbedingungen her stand keine der genannten Gesellschaften in einem Zusammenhang mit deutscher Kolonialherrschaft oder auch nur in der Gunst der jeweiligen deutschen Territorialfürsten. Als nach der Wiederbegründung des Deutschen Kaiserreiches der Erwerb von deutschen Kolonien zunächst diskutiert und dann verwirklicht wurde, verteilten sich die Akteure der bereits bestehenden deutschen Missionsgesellschaften auf das gesamte Spektrum möglicher Positionen von strikter Ablehnung bis zu eindeutiger Befürwortung.

So war beispielsweise die Neuendettelsauer Mission gegenüber der Errichtung deutscher Kolonialherrschaft in ihrem bereits bestehenden Missionsgebiet Neuguinea überwiegend kritisch eingestellt, während die Leitung der Rheinischen Mission sich von einer deutschen Kolonialherrschaft im heutigen Namibia Vorteile versprach und diese unterstützte.

Das Grundproblem einer Verstrickung deutscher Missionsgesellschaften in den Kolonialismus besteht in einer auch unter Missionaren weitverbreiteten Überzeugung, dass die europäische Zivilisation anderen Kulturen überlegen sei und deshalb gemeinsam mit dem Christentum verbreitet werden müsse. Nur eine Minderheit von Missionaren hatte genug Weitblick, sich dem Weltbild europäischer Überlegenheit klar entgegenzustellen; die Mehrheit nahm teil an einem kolonialen Lebensstil und profitierte von den Privilegien, die Europäer in Kolonialgebieten genossen.

Die Last der kolonialen Vergangenheit wurde seit den 1950er Jahren in der weltweiten Missionsbewegung kritisch aufgearbeitet

Die Last der kolonialen Vergangenheit wurde seit den 1950er Jahren in der weltweiten Missionsbewegung kritisch aufgearbeitet. Als Konsequenz daraus wurde in Deutschland ein Teil der evangelischen Missionsgesellschaften umgeformt in Organisationen der zwischenkirchlichen Partnerschaft, in denen die wechselseitigen Beziehungen zwischen Kirchen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa gepflegt werden.

Die Vereinte Evangelische Mission in Wuppertal und die Evangelische Mission in Solidarität in Stuttgart haben dabei eine gleichberechtigte Beteiligung der Mitgliedskirchen auch an der Organisationsform hergestellt, während beispielsweise Mission Eine Welt in Neuendettelsau oder das Berliner Missionswerk als Nachfolgeorganisationen ehemaliger Missionsgesellschaften kirchliche Werke geworden sind, in denen die Partnerschaftsbeziehungen in alle Welt von Deutschland aus gestaltet werden. Das Evangelische Missionswerk (EMW) in Hamburg ist ein 1975 gegründeter Dachverband sowohl von kirchlichen Werken wie den eben genannten als auch von Missionsvereinen, die weiterhin privatrechtlich organisiert sind.

Andreas Feldtkeller ist Professor für Religionswissenschaft und Interkulturelle Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin

Mission – gestern, heute und morgen

Evangelisches Missionswerk in Deutschland (EMW)

Das Evangelische Missionswerk in Deutschland (EMW), in dem sich Missionswerke, Kirchen, Vereine und Verbände zusammengeschlossen haben, fördert das Engagement für Mission und Ökumene in den deutschen Kirchen und der Öffentlichkeit. Theresa Brüheim spricht mit Michael Biehl, Referatsleiter beim EMW, über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Mission.

Theresa Brüheim: Herr Biehl, Sie leiten beim EMW die Referate für theologische Ausbildung und Grundsatzarbeit. Was umfasst Ihre Arbeit?
Michael Biehl: In der Grundsatzarbeit beschäftigen wir uns mit ökumenischer Mission und mit Fragen von Entwicklung, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung – immer im Dialog mit Partnerkirchen und -organisationen im globalen Süden, den Werken und Kirchen, die Mitglieder im EMW sind. Wir beobachten, welche Themen in den Regionen und Kontexten der Welt aktuell sind. Welche Stimmen gibt es dort dazu? Wie verhält sich das zu den Diskussionen, die wir hier führen? Und wie können wir im weltweiten und ökumenischen theologischen Gespräch und in der praktischen Arbeit weiterkommen?

Das ist die Grundsatzarbeit. Wie sieht es mit dem Arbeitsgebiet der theologischen Ausbildung aus? Wie kann man sich das bei einem Missionswerk vorstellen?
Theologische Ausbildung ist eine zentrale Aufgabenstellung. Bildung ist weltweit eines der Megathemen – im Sinne von Aufklärung oder als Ressource für Entwicklung, was auch die »Sustainable Development Goals« aufgreifen. Konkret fördern wir die Arbeit in der theologischen Ausbildung von Einrichtungen im globalen Süden, z. B. durch Stipendien, der Förderung von Bibliotheken, Investitionen in Infrastruktur oder durch gemeinsame Programme. In der letzten Zeit vertiefen wir im internationalen ökumenischen Dialog besonders die Themen Ökotheologie, Ökogerechtigkeit, Folgen des Klimawandels aus christlicher Perspektive. Das soll Kirchen dabei unterstützen, sich intensiver damit zu beschäftigen und sich konkret zu engagieren.

Sie leiten eines von mehreren Referaten des EMW. Wie fügt sich Ihre Arbeit in den Gesamtauftrag ein?
Das EMW ist eine Gemeinschaft von Kirchen und Missionswerken. Sein Auftrag ist die gegenseitige Unterstützung und Beratung bei Fragen, die sich aus der Mission in Deutschland und anderswo, der Ökumene und der weltweiten Partnerschaft ergeben. Das geschieht z. B. in Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen, dem Lutherischen Weltbund oder der Weltgemeinschaft reformierter Kirchen, aber auch mit anderen Richtungen des Christentums wie der Pfingst- oder evangelikalen Bewegung. Es geht immer darum, die Anliegen von Mission und Ökumene wachzuhalten, Fragen zu schärfen, sie zu diskutieren und in den Diskurs der Zivilgesellschaften nicht nur in Deutschland einzubringen. Deshalb arbeiten wir auch mit regionalen ökumenischen Organisationen, z. B. der Allafrikanischen oder der Asiatischen Kirchenkonferenz.

Aufgabe des EMW ist die Förderung des Engagements für Mission. Was ist Mission heute überhaupt? Und wie gestaltet sich diese?
Das Verständnis von Mission in der Gemeinschaft des EMW ist ein ganzheitliches. Aus und mit dem christlichen Glauben wollen wir auch zur Weiterentwicklung der Gesellschaften beitragen. Mit der bekannten Trias Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung des konziliaren Prozesses sind Werte genannt, für die Kirchen weltweit in ihrer Mission einstehen wollen. Das konkretisiert sich in einer ganzen Bandbreite von Tätigkeiten, wie Verkündigung und Lehre, diakonischer Hilfe, Unterstützung von theologischen Ausbildungseinrichtungen, interreligiösem Dialog. Vieles, was Kirchen in diesem Kontext tun, kann als Beitrag für die Transformation von Gesellschaften hin zu gerechten, partizipatorischen und nachhaltigen Gemeinschaften verstanden werden. In diesem Sinne setzt sich Mission auch für die »Sustainable Development Goals« ein. Der Ökumenische Rat der Kirchen hat 2012 die Missionserklärung »Gemeinsam auf dem Weg des Lebens« veröffentlicht. Der Titel zeigt an, was ökumenische Mission heute ist. Durch unsere Arbeit soll transparent werden, woher wir kommen, was uns motiviert und wofür wir stehen. Darüber laden wir in den Dialog ein: Was bedeutet es, heute an Gott zu glauben, oder eben nicht? Das geschieht auch im interreligiösen Dialog, der Teil unserer Mission ist. Nicht, um andere zu überzeugen, sondern um herauszufinden, was sind die Glaubensauffassungen des Gegenübers, was trägt sie, was macht ihren Glauben stark, wofür steht sie. Aber auch um gemeinsam aufzuarbeiten, wo es in der Vergangenheit Zerwürfnisse gab, welche Konflikte es gibt und wofür wir uns gemeinsam einsetzen können.

Vergangenheit ist ein gutes Stichwort. Deutschland hatte vergleichsweise früh, ab 1914, keine Kolonien mehr. Wie arbeiteten die Missionswerke danach?
Die Geschichte der Gesellschaften, die sich in Deutschland gegründet haben, um in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Pazifik Missionsarbeit zu leisten – ist älter als die deutsche Kolonialgeschichte. Doch sie haben in Regionen gearbeitet, die zu Kolonien gemacht wurden und viele betrachteten ihre Arbeit als einen Beitrag zur Zivilisierung der kolonisierten Völker. Das Ende des »deutschen« Kolonialismus als staatliches und wirtschaftliches Unternehmen hat die Mission unterschiedlich betroffen. Die Kolonien wurden von den Siegerstaaten übernommen, das sollte nicht vergessen werden. Die Arbeit der deutschen Missionsgesellschaften hat sich verändert, weil sie nach dem Krieg ihre »Missionsgebiete« verloren hatten. Sie waren jedoch weiterhin in engem Kontakt zur internationalen Missionsgemeinschaft, die teilweise stellvertretend die Arbeit übernommen hat. Trotz des Völkerkrieges war man in dieser internationalen Aufgabe verbunden und die verstand man als Beitrag zur Versöhnung. Die internationale Kooperation war nun ein starker Impuls für die Ökumene.

Wie sah das nach dem Zweiten Weltkrieg aus? In dieser internationalen Gemeinschaft gab es große Brüche …
Nach der berühmten Weltmissionskonferenz 1910 in Edinburgh haben sich die Ökumenische Bewegung und ein Internationaler Missionsrat herausgebildet, in dem die Missionsgesellschaften über ihren Deutschen Evangelischen Missionsrat vertreten waren. Kontakte hat es durch den Zweiten Weltkrieg hindurch gegeben. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde eine neue Weltordnung aufgestellt. Dazu gehörten auch Veränderungen wie z. B., dass China eine moderne Nation wurde und alle Missionare ausgewiesen hat, und auch in anderen Gebieten waren ausländische Missionare unerwünscht. Aus der Missionsarbeit waren jedoch eigenständige Kirchen hervorgegangen. In der Zeit der Unabhängigkeitsbewegungen und der Nationenbildung spielten diese Kirchen oft eine wichtige Rolle. Durch die Stärkung dieser einheimischen kirchlichen Gemeinschaften und der weltweiten ökumenischen Bewegung veränderten sich die Aufgaben von Mission, z. B. durch die Partnerschaft mit den neu entstandenen Kirchen.

Verwerfungen gab es auch in den 1970er Jahren. Die Dritte-Welt-Bewegung diskutierte heftig, inwieweit Mission und Entwicklungshilfe miteinander vereinbar sind. Welche Implikationen hatte diese Debatte auf die Missionswerke und ganz konkret auf das EMW?
Die Dritte-Welt-Bewegung war eine Bewegung, die stark von Kirchen mitgetragen wurde. Viele Engagierte in der kirchlichen Partnerschaftsarbeit waren intensiv mit diesen Fragen beschäftigt, gerade wegen ihrer Beziehungen zu Kirchen in der sogenannten Dritten Welt. Die These der kirchlichen Dritten-Welt-Bewegung, war, dass das damalige Entwicklungsverständnis viel zu technologisch und ökonomisch orientiert war, und daher Entwicklungshilfe zu kurz griff. Stattdessen ging es auch um Gerechtigkeit, Kooperation, Frieden und Versöhnung – gerade auch nach den Unabhängigkeitskriegen. Oder dass die kritische Aufarbeitung des früheren kolonialen Rahmens von Mission Teil der Entwicklungsdebatten wurde. Die kirchliche Entwicklungsbewegung hat entscheidend dazu beigetragen, dass sich das Entwicklungsverständnis hin zu einem ganzheitlichen entwickelte, das auch Fragen von Gerechtigkeit, von kultureller und religiöser Entwicklung, von Frieden und Versöhnung, interreligiösem Dialog und Ökologie umfasst. Das prägt das Entwicklungsverständnis, was die Missionswerke heute mit ihren Partnern teilen. Ich sehe nicht, wie man das auseinanderdividieren kann, ganz im Gegenteil, es sind doch weitgehend geteilte Grundlagen für eine Entwicklungszusammenarbeit, die heute auch viel stärker religiöse Gemeinschaften einbezieht.

Was verstehen Sie heute unter postkolonialem Arbeiten?
Darunter kann man zunächst historisch das Arbeiten in der Zeit nach den Kolonialreichen verstehen. Das beinhaltet zurückzublicken: Was waren die Anfänge der Mission? Wie ist mit der Kritik, dass es sich dabei um eine Unterdrückung bzw. Ausbeutung gehandelt habe, umzugehen? Welche Machtverhältnisse herrschten? Welche Kulturverständnisse gab es? Die Missionswerke und Kirchen, die wir vertreten, haben sich schon früh an die Aufarbeitung dieser Geschichte gemacht. Dazu gibt es viele Studien und die Diskussion darüber ist integraler Bestandteil unserer Partnerschaften. Das führt zu einem zweiten Verständnis von postkolonial – nämlich als eine Diskursform. Es gibt doch weiterhin imperiale und ökonomische Abhängigkeitsstrukturen. Religionen spielen weltweit eine große Rolle. Damit müssen sich Kirchen in allen Ländern auseinandersetzen. Was sind die wahren Machtverhältnisse in der Welt? Wo sind heute noch Unterschiede zwischen Kulturen leitend, z. B. in der Form von Rassismus? Welche Machtabhängigkeiten gibt es in kirchlichen Beziehungen und worauf beruhen diese? Und was bedeutet das für Mission? Das sind einige Fragen der postkolonialen Diskurse.

Wie in vielen Arbeitsbereichen bahnt sich bei der Mission ein Generationswechsel an. Was macht diesen aus? Wie unterscheiden sich die Generationen voneinander?
Viele Kirchen – nicht nur im Norden, sondern auch im Süden – machen die Erfahrung, dass die Weitergabe des Glaubens an die nächste Generation schwierig ist. Während z. B. früher Missionare die Experten für Nachrichten aus der weiten Welt waren, kann heute jeder Mensch mit jedem Menschen kommunizieren. Und gerade die jüngere Generation nutzt das und hat viel mehr Möglichkeiten, selbst die Erfahrung zu machen, in einer fremden Kultur zu leben. Viele dieser engagierten jungen Erwachsenen gründen eher eigene Netzwerke, als sich bestehenden Organisationen anzuschließen. Der Wille, sich in Organisationen einbinden zu lassen, hat offensichtlich nachgelassen, aber das gilt nicht nur für Kirchen oder Missionswerke. Der Generationswechsel kommt mit solchen qualitativen Veränderungen, die große Herausforderungen darstellen. Mit ihm verändert sich auch das Bild von Mission. So stellt die kommende Generation kritische Fragen für ihre Zukunft, auch der älteren Generation: »Was habt ihr gemacht? Wo steht ihr? Was für eine Welt hinterlasst ihr uns?« Das sind Fragen, die in den missionarischen und ökumenischen Netzwerken eine große Rolle spielen.

Sprechen wir über die Zukunft von Mission. Wird es Mission im klassischen Sinn weitergeben?
Ja, in dem Sinne, wie ich es hier skizziert habe. Viele Menschen assoziieren mit Mission ja gerade, was sie nicht ist. Um einmal dagegenzuhalten: Identifiziert die Gesellschaft die Frage nach ihrer eigenen kolonialen Vergangenheit nicht einfach mit Mission? Was ist mit politischen und gesellschaftlichen Debatten darüber, dass Deutschland der Nachfolgestaat einer kolonialen Nation ist? Haben wir eine klare politische Haltung dazu? Merken wir nicht als Gesellschaft, dass wir z. B. mit der Restitutionsdebatte von einem Teil unserer Vergangenheit eingeholt werden, die wir für einige Jahrzehnte meinten vergessen zu können? In der Mission und Ökumene sind diese Fragen durch die Zusammenarbeit mit Menschen in den Ländern, die von dieser Geschichte geprägt sind, immer lebendig geblieben. Mission kann ein gutes Beispiel dafür sein, wie man koloniale Vergangenheit aufarbeiten kann, wenn man ehrlich miteinander ist und sich kritische Rückfragen nicht erspart. Mission heute ist ein Angebot aus dem Glauben heraus, Dinge in den Dialog zu bringen und auch andere Gesichtspunkte stark zu machen als die, die in politischen Debatten eine Rolle spielen. Dabei lassen wir uns von der Vision von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung inspirieren, wobei der Dialog mit Menschen anderen Glaubens eine wichtige Rolle einnimmt. Und: Brauchen wir in Zeiten, in denen Religionen in den gesellschaftlichen und politischen Arenen eine solch wichtige Rolle spielen, nicht mehr religiöse Expertise? Daher würde ich sogar sagen, dass die transnationalen Netzwerke von Kirchen- und Missionsorganisationen in einer globalisierten Gesellschaft umso wichtiger geworden sind.

Vielen Dank.

Michael Biehl leitet die Referate Grundsatzfragen und Theologische Ausbildung des Evangelischen Missionswerkes in Deutschland. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

FOTO: VITJITUA NDJIHARINE

Close-up von »We Shall Not be Moved«, 2018, mixed media collage

FOTO: VITJITUA NDJIHARINE

Hintergrundbild für »Running Women«, magazine image collage

Theologie der Befreiung – Befreiung der Theologie

Von Grundinhalten zur Weiterentwicklung

BRUNO KERN

Es ist ein einmaliger Vorgang innerhalb der 2.000-jährigen Geschichte der christlichen Kirchen: Zum ersten Mal entsteht ein grundlegend neuer theologischer Denkansatz an den Rändern der Weltkirche und unter den Opfern kolonialer und neokolonialer Herrschaft. Nach einer Phase heftigen innerkirchlichen Streits um die angeblich »marxistisch infizierte« Befreiungstheologie erkannte Papst Johannes Paul II. deren Stellenwert: In einem Schreiben an die brasilianischen Bischöfe aus dem Jahr 1986 stellte er sie in eine Reihe mit den großen Etappen der theologischen Entwicklung von den antiken Kirchenvätern über die mittelalterliche Scholastik bis hin zu den Aufbrüchen der Theologie im 20. Jahrhundert. Die Soziallehre der katholischen Kirche ist heute ohne die grundlegenden Einsichten der Theologie der Befreiung gar nicht mehr denkbar. Und weit über Lateinamerika sowie über die Grenzen der christlichen Konfessionen hinaus hat dieses neue Paradigma der Theologie weltweit theoretische wie praktische Neuaufbrüche inspiriert.

Ende der 1960er Jahre fassten lateinamerikanische Theologen den Grundinhalt der biblischen Botschaft im Stichwort »Befreiung« zusammen. Damit widersprachen sie nicht nur einer spiritualisierenden Tendenz der Verinnerlichung und Verjenseitigung dieser Botschaft. Der Begriff war von unmittelbarer politischer Brisanz. Er bildete den Gegenbegriff zu »Dependenz«, d. h. Abhängigkeit. Damit eignete man sich eine ganz bestimmte ökonomische Analyse an, nämlich die sogenannte »Dependenztheorie«, die der »Entwicklungsideologie« entschieden widersprach: Die Situation der Länder des globalen Südens ist kein retardiertes Stadium, das mithilfe einer nachholenden Entwicklung zu überwinden wäre, sondern eine Situation der Abhängigkeit von den ökonomischen Zentren. Die »Unterentwicklung« der Länder der Peripherie ist lediglich die Kehrseite der »Entwicklung« des Zentrums. Theologisch brisant daran war aber die Einsicht: Eine Theologie, die ihr Subjekt nicht verfehlen will, muss dieses Subjekt in seinen konkreten historischen Bedingungen wahrnehmen. Eine Theologie, die nicht unbewusst und ungewollt zur Ideologie der Herrschenden werden will, muss mit einer ökonomischen Analyse als ihrem ersten methodischen Schritt beginnen. Allerdings: Die Wahl des analytischen Instrumentariums ist nicht beliebig. Sie hängt vom eigenen gesellschaftlichen Standort ab. Jede Gesellschaftsanalyse hat zu bedenken: Derjenige, der sie analysiert, gehört ja selbst dem untersuchten Gegenstand an. »Objektivität« im landläufigen Sinne ist hier nicht möglich. Und hier kommt das zentrale Stichwort der Befreiungstheologen ins Spiel: die vorrangige Option für die Armen. Eine Gesellschaft offenbart ihren wahren Charakter erst vom Standpunkt derer aus, die faktisch von ihr ausgeschlossen sind. Bibeltheologisch begründen die Befreiungstheologen diese Einsicht mit der Erkenntnis, dass der biblisch bezeugte Gott durchaus parteiisch ist, im gesellschaftlichen Konflikt unbezweifelbar auf der Seite der Armgemachten steht. Vom Exodusereignis als dem Grunddatum der ersttestamentlichen Gotteserfahrung bis zur Reich-Gottes-Botschaft Jesu selbst lässt sich zeigen, dass die Universalität des Heilsangebots genau diese Parteilichkeit zur Voraussetzung hat: Gerade weil Gott das Leben aller will, offenbart er sich zuerst bei denen, die faktisch von diesem Leben ausgeschlossen sind.

Damit ist bereits der zweite methodische Schritt der Befreiungstheologie bezeichnet: Die »sozialanalytische Vermittlung«, also die ökonomische Analyse der Situation, ist begleitet von der »hermeneutischen Vermittlung«, der Beurteilung dieser Situation im Licht der eigenen biblischen Tradition. Die Befreiungstheologen laufen hier keineswegs in die Falle eines biblischen Fundamentalismus. Der konsequente Standort bei den Armgemachten ermöglicht jedoch die Wiederentdeckung zentraler Grundmotive, die in einer allzu sehr den Herrschenden verpflichteten Theologie verschüttet waren. So etwa machen uns die Befreiungstheologen auf den vom ersten bis zum letzten Buch der Bibel zentralen Gegensatz zwischen dem »Gott des Lebens« und den »Götzen der Unterdrückung« aufmerksam und zeigen, wie Letztere dem Grundcharakteristikum der kapitalistischen Ökonomie korrespondieren, seinem »Fetischcharakter«: Das, was aus den Köpfen und Händen der Menschen selbst hervorgeht, verselbstständigt sich, gewinnt Gewalt über sie, entfaltet seine Eigendynamik, und die Menschen werfen sich davor »in den Staub«.

Theologische Reflexion schwebt nicht im luftleeren Raum. Sie hat ihren gesellschaftlichen Ort, ihre Verankerung in einer konkreten gesellschaftlichen Praxis. Sie ist ein »Moment« dieser Praxis selbst, oder wie Gustavo Gutiérrez, der »Vater« der Befreiungstheologie, formuliert hat, »kritische Reflexion einer historischen Praxis im Lichte des Glaubens«. Die Subjekte der Theologie sind nicht in erster Linie die professionellen Theologen, sondern die Armgemachten selbst, die sich in vielfältigen Formen – Basisgemeinden, Landlosenbewegung usw. – solidarisch organisieren. Mit diesem »Primat der Praxis« setzen die Befreiungstheologen die erkenntnistheoretische Einsicht um, dass Denken immer schon eingebettet ist in die reale Lebenstätigkeit der Menschen und ihre emanzipatorischen Bestrebungen.

Auch nach 50 Jahren ist die Befreiungstheologie höchst lebendig und fruchtbar. Der überzeugendste Ausdruck ihrer Lebensfähigkeit ist ihre Weiterentwicklung zu einer »Ökotheologie der Befreiung«, wie sie vor allem Leonardo Boff geleistet hat. Die dringendste soziale Frage weltweit gesehen – so Boff – ist die ökologische Frage, die nicht einfach durch eine neue Technik zu bewältigen ist, sondern ein neues Paradigma unseres Weltverhältnisses erfordert.

Bruno Kern ist Verfasser von »Theologie der Befreiung« (utb). Er arbeitet als Lektor, Übersetzer und Autor

Eine symbiotische Beziehung

Mission und Kolonialismus sind seit Beginn der Europäischen Expansion aufs Engste strukturell verbunden

JÜRGEN ZIMMERER

Die Bundesregierung muss mit Namibia über eine Anerkennung des Völkermordes an den Herero und Nama verhandeln. Das noch gar nicht eröffnete Humboldt Forum hat große Mühe, die wachsenden Vorwürfe, es herrsche dort koloniale Amnesie, zu entkräften. Und Befürworter eines menschlichen Umgangs mit der Geflüchtetenkatastrophe im Mittelmeer verweisen auf die Verantwortung aus dem Kolonialismus, als einer der Ursachen für tausendfache Flucht aus dem Globalen Süden. Die postkoloniale Debatte ist zu einer der zentralen Identitätsdebatten der Gegenwart geworden – und zwar in ganz Europa. Nur die Kirchen sind dabei seltsam abwesend.

Zwar gibt es Schuldbekenntnisse, wie etwa von Papst Franziskus, der 2015 um Verzeihung für die Verbrechen und Sünden der katholischen Kirche während der kolonialen Eroberung Lateinamerikas bat, oder der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die sich 2017 dafür entschuldigte, nicht vehementen Widerstand gegen den Völkermord an den Herero und Nama geleistet zu haben, eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle im Jahrtausendprojekt der kolonialen Globalisierung ist das jedoch noch nicht.

Dabei sind Mission und Kolonialismus seit Beginn der Europäischen Expansion vor mehr als 500 Jahren aufs Engste strukturell verbunden. Schon Portugiesen und Spanier wollten Mission und Gewürzhandel vorantreiben, Gold und Seelen gewinnen, wobei in diesem Zusammenhang unerheblich ist, was Vorrang hatte, und was der Legitimation diente. Kolonialismus und Mission, das war eine symbiotische Beziehung: Kolonialismus brauchte die Legitimation, die die kirchliche Lehre bot, zumindest bis sie im 19. Jahrhundert von Rassenlehren abgelöst wurde. Und die Mission profitierte von den Rahmenbedingungen der europäischen Herrschaft. Den zu Bekehrenden ließ das oft kaum eine Wahl als sich zwischen Schwert und Bibel zu entscheiden.

Das eine bedeutete den physischen Tod, das andere die Aufgabe vieler, wenn nicht aller Traditionen, und letztendlich der eigenen Identität. Dass diese Entwicklung grausam und entrechtend war, war und ist den heute Verantwortlichen klar: So rechtfertigte Papst Johannes Paul II. 1992 die gewaltsamen Züge der »bewundernswerten Evangelisierung« Amerikas durch die dadurch erfolgte »Ausweitung der Heilsgeschichte« und nannte sie deshalb eine »glückliche Schuld«. Die Bevölkerung der Amerikas habe sich »im Stillen nach der Christianisierung« gesehnt, meinte sein Nachfolger Benedikt XVI. noch 2007. Franziskus, als erstes Oberhaupt der katholischen Kirche aus Lateinamerika, scheint da kritischer.

Auch wenn sich mit zunehmender Säkularisierung und simultanem Aufstieg der Rassenideologien die Wirkmächtigkeit der Missionen abschwächte, die Saat der binären Opposition »Christen-Heiden« war gelegt, Dichotomien wie »zivilisiert-barbarisch«, »entwickelt-unterentwickelt« leben bis heute fort und entfalten Wirkung. Ohne sie gäbe es keine koloniale Herrschaft. Jede grundsätzliche Auseinandersetzung über die Rolle der Kirchen und Missionen im Kolonialismus, gar eine wirkliche Dekolonisierung, muss sich der Frage stellen, wie man mit dieser Binarität umgeht. Das ist schwierig und schmerzhaft, ist die Missionsarbeit für das Selbstverständnis der Kirchen doch konstitutiv, und entsprechend positiv besetzt.

Trotz Bedeutungsverlust der legitimatorischen Unterfütterung des kolonialen Ausgreifens im Laufe des 19. Jahrhunderts waren die Missionare wichtiger für das koloniale Projekt, als individuelle Schuldzuweisungen wie die EKD-Erklärung glauben machen will. Hier bietet der deutsche Kolonialismus in Namibia ein gutes Beispiel. Die Verantwortung der Missionen und Kirchen liegt nicht nur darin, dass sie im genozidalen Unterfangen Lothar von Trothas Mitläufer waren, und ihm nicht entschieden genug entgegentraten – Missionare gehörten zu den wenigen Kritikern seiner Vernichtungspolitik, die es vor Ort überhaupt gab –, sondern dass ihre Rolle beim Aufbau der Kolonie und als deren Nutznießer nicht reflektiert wird. Immerhin gehörten evangelische wie katholische Mission zu den größten Grundbesitzern in Deutsch-Südwestafrika.

Die an Bedeutung nicht zu überschätzende Rheinische Mission war zudem schon 42 Jahre vor den Vertretern des Deutschen Reiches in der Region tätig und befeuerte das Interesse daran. Es war zudem mit Missionsinspektor Friedrich Fabri einer der Ihren, der mit seiner Schrift »Bedarf Deutschland der Kolonien?« wichtiger Ideengeber der deutschen Kolonialbewegung wurde, ohne die es weder Kolonialismus noch Völkermord in Südwestafrika gegeben hätte. Missionare bereiteten vor Ort die Errichtung der Kolonialherrschaft ganz praktisch mit vor, als Übersetzer und Mittelsmänner, auf die die deutsche Kolonialverwaltung gerne zurückgriff, ja anfänglich angewiesen war. Davon findet sich aber kein Wort im Schuldbekenntnis der EKD.

Die Auseinandersetzung folgt sehr spät und konzentriert sich auf individuelles Fehlverhalten statt systemische Ursachen

Die EKD spricht dagegen vom Fehlverhalten Einzelner und nicht vom Unrechtssystem Kolonialismus an sich. Das wiederum ist in vielerlei Hinsicht symptomatisch für den derzeitigen Umgang mit dem kolonialen Erbe in Deutschland: Die Auseinandersetzung folgt sehr spät und konzentriert sich auf individuelles Fehlverhalten statt systemische Ursachen. Das ist die gläserne Decke des Umgangs mit dem kolonialen Erbe, die derzeit, so scheint es, in Deutschland noch nicht durchstoßen werden kann. Hier sind die Kirchen dann doch Abbilder der Gesellschaft.

Jürgen Zimmerer ist Professor für Globalgeschichte mit dem Schwerpunkt Afrika an der Universität Hamburg und Leiter der dortigen Forschungsstelle »Hamburgs (post-)koloniales Erbe/Hamburg und die (frühe) Globalisierung«

»Das Afrika, das wir wollen«

Das missionarische Erbe in Tansania

FIDON MWOMBEKI

Tanganjika wurde als Deutsch-Ostafrika unter deutscher Kolonialherrschaft gegründet. Infolgedessen wurden viele Missionsdienste in Deutschland begründet, um den christlichen Glauben in der neuen Kolonie zu etablieren und humanitäre Dienste sowie Entwicklungsdienste für sie zur Verfügung zu stellen.

Ich stamme aus Bukoba am Ufer des Viktoriasees, wo die Evangelische Mission für Deutsch-Ostafrika im Jahr 1890 eine Kirche gründete. Andere Missionsdienste arbeiteten schon etwas früher in anderen Bereichen von Tansania. In dieser Zeit gewährleisteten die Kolonialmächte auch den Schutz der Missionsarbeiter.

Obwohl Kolonisten und Missionare Hand in Hand arbeiteten, nahmen die Menschen in meiner Heimat einen großen Unterschied zwischen ihnen wahr. Die Missionare blieben nicht in den Städten in der Nähe staatlicher Stellen, sondern bauten verschiedene Missionsstationen in ländlichen Gebieten auf, wo sie begannen, den Menschen Bildung und medizinische Versorgung anzubieten. Kolonialisten machten das nicht. Die Missionare liebten die Menschen, lernten unsere unterschiedlichen Sprachen und stellten Bücher in unseren Sprachen her. Die Missionare luden sogar Einheimische zu sich ein, denn sie aßen auch unser Essen in unseren Häusern.

Das ist der Grund, warum die Ankunft der Kolonisten nie gefeiert wurde, während die Ankunft der ersten Missionare noch bis heute gefeiert wird. Hingegen feiern wir den Tag, an dem der letzte Kolonist wegging, aber in keiner Gemeinschaft wird der Umstand gefeiert, dass uns die Missionare wieder verlassen haben. Als die deutschen Missionare nach dem Ersten Weltkrieg von den Briten vertrieben wurden, war es mein Volk in Bukoba, das sich bei den neuen britischen Kolonisten für die Rückkehr deutscher Missionare einsetzte. Bis heute sind die Unterschiede für uns spürbar.

Als Ergebnis der Missionsarbeit wurden Kirchen gegründet und eine große Mehrheit der Tansanier sind nunmehr Christen verschiedener Konfessionen. Nachdem die Missionare gegangen waren, wurden die Kirchengemeinden größer, da die Menschen, die jetzt Christen waren, den Geist der Mission in ihr eigenes Volk weitertrugen. Kirchen sind inzwischen völlig indigen geworden und werden von Einheimischen geführt. Kirchen sind Teil der Gemeinschaft und die einzige Einrichtung mit einer gut strukturierten Organisation sowohl auf Dorfebene bis hin zur staatlichen Ebene und sogar darüber hinaus geblieben. Kirchen sind nach wie vor äußerst angesehene Einrichtungen. Sie sind dafür bekannt, dass sie sich nicht nur in geistlichen Angelegenheiten, sondern auch in Bezug auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Menschen engagieren. Insbesondere die Kirchen haben einen großen Anteil an sehr guten und innovativen Bildungs- und Gesundheitsangeboten, auch in entlegenen Gebieten. In letzter Zeit übernehmen jedoch staatliche Stellen in vielen afrikanischen Ländern mehr Verantwortung für soziale Leistungen, weshalb der Anteil der von den Kirchen angebotenen Leistungen in verschiedenen Ländern weiter abnimmt. Die Träger der besten Schulen, Universitäten und Fachkliniken sind heutzutage jedoch immer noch die Kirchen.

Mit einer aktiven Kapazitätsentwicklung für an der Basis tätige Menschen in Bezug auf aktuelle Themen wie die Agenda 2063 der Afrikanischen Union (AU) – »The Africa We Want« – und mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung, den Social Development Goals, gehören die Kirchen zur breit aufgestellten Zivilgesellschaft, wenn es um die Zusammenarbeit mit der Regierung in vielerlei Hinsicht geht. Die Arbeit und die Stimme der Kirchen zu Themen wie Klimawandel, Menschenrechten, rechtebasiertem Ansatz für die Erbringung von Leistungen sollten nicht unterschätzt werden. 2018 gab die katholische Kirche einen Hirtenbrief zu mehreren nationalen Themen zu Beginn der Fastenzeit heraus, die lutherische Kirche tat es ihr am Ostersonntag gleich.

Diese Hirtenbriefe konnten in allen Gemeinden im ganzen Land an einem bestimmten Tag gelesen werden. Keine andere Einrichtung in Politik, Regierung oder Zivilgesellschaft verfügt über eine so gut angelegte landesweite Struktur. Aufgrund der Sensibilität der vorgenannten Themen konnten diese Briefe nicht ignoriert werden. Sie führten zu wichtigen Debatten, die definitiv einige politische Strömungen zu Themen beeinflussten, mit denen die Menschen nicht besonders zufrieden waren. Dies trug nicht gerade zur Beliebtheit der beiden Kirchen im politischen Lager bei.

Aus solchen Gründen erkennt die Afrikanische Union an, dass unterschiedliche Religionen einen wichtigen Platz in Afrika einnehmen. Da sie sowohl eine negative als auch eine positive Rolle spielen können, will die Afrikanische Union religiöse Organisationen ernst nehmen und sie zu Instrumenten des Friedens und der Entwicklung machen, da sie Millionen von Afrikanern vertreten. Die All Africa Conference of Churches (AACC) erhielt besondere Anerkennung, ebenso wie das Symposium der Bischofskonferenzen in Afrika und Madagaskar (SECAM), das Katholiken auf dem Kontinent vertritt: Beide haben einen Beobachterstatus innerhalb der Afrikanischen Union. Auf diese Weise sind wir eingeladen und aufgefordert, an verschiedenen Prozessen der Afrikanischen Union – einschließlich des AU-Sicherheitsrates – und als aktive Förderer der Agenda 2063 teilzunehmen.

Wir haben ein Büro in Addis Abeba, das Themen verfolgt und sicherstellt, dass wir unseren Beitrag zu verschiedenen Prozessen leisten. Wir sind gleichzeitig Teil des Interreligiösen Forums der Afrikanischen Union, zu dem auch andere Religionen auf dem Kontinent gehören, die alle nach friedlichen Entwicklungswegen suchen und sicherstellen, dass die Politiker die Rolle des Glaubens berücksichtigen.

Fidon Mwombeki ist Generalsekretär der All Africa Conference Of Churches (AACC)

Aus dem Englischen übersetzt von Karin Marx

Die Stimmen der Steine

Tansania heute nach Mission und Aufbruch

CARSTEN BOLZ

Hier ungefähr muss er gestanden haben, Chief Mkwawa – gesessen, gelegen, um sich mit den Geistern seiner Ahnen zu beraten. Weit über 100 Jahre ist das her, hier auf den Gangilonga-Felsen hoch über der Stadt Iringa im südlichen Hochland von Tansania in Ostafrika. Wegen der günstigen Lage in rund 1.500 Meter Höhe war sie in der Kolonie Deutsch-Ostafrika seit den 1890er Jahren Hauptstadt eines Militärbezirks. Die alte »Boma«, das Gerichtsgebäude der deutschen Herrscher, kann heute als kleines Museum unten in der Stadt besichtigt werden. Hier oben an den Gangilonga-Felsen – dem »sprechenden Stein« – so die Legende, soll Chief Mkwawa, Anführer des Hehe-Volkes, auf die Stimmen seiner Ahnen, auf die Weisheit der »sprechenden Steine« gelauscht haben, wie die Deutschen am besten zu besiegen seien. Unter Mkwawas Führung setzten die Hehe den Kolonialherren einige Jahre lang heftig zu, bis diese dann 1898 schließlich doch gewannen und Chief Mkwawa sich – so sagen es heute die Historiker – von seinem letzten treuen Krieger umbringen ließ, um seinen Verfolgern nicht in die Hände zu fallen. Nicht verhindern konnte er allerdings, dass sein Leichnam den Deutschen in die Hände fiel. Er wurde enthauptet und sein Schädel als Trophäe nach Deutschland gebracht, wo er trotz anderer Zusagen im Versailler Vertrag bis 1954 verblieb. Erst dann wurde er von Deutschland über die britische Protektoratsmacht nach Tanganjika zurückgegeben, noch bevor dieses Land 1961 als Tansania seine Unabhängigkeit erlangte. Seither ist der Schädel in einem kleinen Museum nahe Iringa ausgestellt und gibt, so ein Mitarbeiter des Museums, Tansanierinnen und Tansaniern die Möglichkeit, auf die Menschen stolz zu sein, die den Kolonisatoren widerstanden haben.

Heute stehe ich hier auf den Gangilonga-Felsen, denke an Chief Mkwawa und seinen Widerstand gegen deutsche Kolonisatoren. Und ich denke auch an die deutschen Missionare, die in der Folge der Kolonisatoren in den Süden Deutsch-Ostafrikas kamen. Hätte es sie nicht gegeben, wäre ich heute nicht hier. Seit 1891 war die Berliner Missionsgesellschaft im Süden Deutsch-Ostafrikas tätig, entsandte Missionare, die Missionsstationen gründeten und das Evangelium von Jesus Christus verkündigten. Dazu gehörte es nach deren Auffassung auch, die indigene Bevölkerung »zu erziehen« und sie so zu besseren Menschen zu machen. Dass die Missionare durch regelmäßige Investition in die Bildung, wie die Gründung von Schulen, und das Gesundheitswesen, wie den Aufbau von Krankenstationen, auch einen Beitrag dazu leisten wollten, die Kolonien profitabel zu entwickeln, zeigen Flugschriften wie z. B. die des späteren Inspektors der Berliner Missionsgesellschaft, Alexander Merensky, mit dem sprechenden Titel »Wie erzieht man am besten den Neger zur Plantagenarbeit?« von 1886. Als die ersten Missionare der Berliner Mission in die Gegend von Iringa kamen, war Chief Mkwawa allerdings schon tot; die deutsche Herrschaft im Südwesten des Landes war gefestigt. Seit 1899 wurden die ersten Missionsstationen im Gebiet der Hehe gegründet. Sie entwickelten sich gut und werden noch heute von den Geschwistern in unserer tansanischen Partnerkirche als Ursprungsorte ihrer Glaubensgeschichte hoch geschätzt. »Es sind Orte, die uns erinnern, dass ihr uns das Evangelium von Jesus Christus – und damit auch Bildung und Gesundheitswesen nach Afrika gebracht habt!«, sagt mir der befreundete Pfarrer aus Iringa, der jetzt neben mir auf dem Gangilonga steht.

Da stehen wir also – ich, der Superintendent eines evangelischen Berliner Kirchenkreises, gemeinsam mit meinem tansanischen Kollegen auf diesen »sprechenden Steinen«. Wir fragen uns, was sie uns heute wohl zu sagen haben – diese Steine, die »Stimmen« unserer Vorfahren. Von unserer gemeinsamen Geschichte erzählen sie uns – einer schwierigen Geschichte von Unterdrückung und Widerstand und gleichzeitig von einer inspirierenden Geschichte von Aufbruch und gemeinsamer Entwicklung. Der tansanische Kollege wird nicht müde zu betonen, wie gut und wichtig die Mission in seinem Land gewirkt hat. Ich frage dagegen nach zerstörter Kultur und ausgebeuteten Menschen und lerne: Wir werden den Widerspruch aushalten müssen!

FOTO: VITJITUA NDJIHARINE

»Running Women«, 2015, mixed media

Und wir versuchen das seit rund 40 Jahren in Partnerschaft unserer Kirchen, unserer Kirchenkreise. Nach der Unabhängigkeit des Staates Tansania wurden Zug um Zug auch die Missionskirchen unabhängig. Aus den Missionskirchen deutscher Missionsgesellschaften entstand 1963 die Evangelisch-Lutherische Kirche von Tansania (ELCT) – mit inzwischen über 6,3 Millionen Mitgliedern (Stand 2013) heute die zweitgrößte lutherische Kirche der Welt. Mit der Unabhängigkeit veränderten sich auch die Beziehungen: eine Partnerschaft entwickelte sich, die heute zwischen dem Evangelischen Kirchenkreis Charlottenburg-Wilmersdorf in Berlin und dem Kirchenkreis Iringa-West in Iringa fortbesteht und mich hierher geführt hat. In der grundlegenden Überzeugung, dass wir in der Kirche Jesu Christi weltweit verbunden sind, versuchen wir diese Partnerschaft durch gegenseitige Besuche, Gebete und gemeinsame Projekte zu gestalten. Inzwischen ist sie durch Kontakte der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Amerika (ELCA) nach Iringa zu einer dreiseitigen Partnerschaft gewachsen. Neben dem regelmäßigen Austausch, gemeinsamen Konferenzen von Pfarrpersonen und Laien aus diesen drei Regionen, engagieren wir uns seit 1994 insbesondere in einem gemeinsamen Projekt, dem Huruma-Centre, einem Lebensort für Straßenkinder aus Iringa, die oft aufgrund der Aids-Pandemie nicht mehr in ihren Herkunftsfamilien versorgt werden können. Rund 40 Kinder leben hier derzeit ähnlich wie in einem SOS-Kinderdorf. Vorbild dafür ist das traditionelle Zusammenleben einer Großfamilie im Dorf. Die drei Partner aus Iringa, USA und Berlin tragen die Finanzierung gemeinsam. Die Leiterin des Huruma-Centre ist überzeugt, dass das ein sehr gutes Beispiel für die Früchte ist, die die Missionsarbeit unserer Vorfahren gebracht hat – ein kleiner, aber erheblich wichtiger Beitrag für die Entwicklung dieses Landes, das einmal eine deutsche Kolonie war.

Es tut gut, auf dem Gangilonga zu stehen und beim Blick über die moderne Stadt Iringa auf die Stimmen der Steine zu hören.

Carsten Bolz ist evangelischer Pfarrer und arbeitet als Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Charlottenburg-Wilmersdorf in Berlin

Mehr unter bit.ly/2Mpd7eW

Unvergessliche Zeugnisse besonderer Kulturen

Ethnologische Sammlungen im Museum »Haus Völker und Kulturen« in St. Augustin

JERZY SKRABANIA

Die Steyler Missionare, Societas Verbi Divini, kurz SVD, hatten den Auftrag, die indigenen Völker gründlich zu studieren. Durch die Initiativen der Steyler-Ethnologen, Wilhelm Schmidt SVD und seiner Ordensbrüder der »Wiener Schule« für Kulturtheorie, wurde die ethnologische Forschung ein sehr wichtiger Aspekt in den Missionsaktivitäten, quasi ein Orientierungspunkt, des Ordens. Es war eine wichtige Voraussetzung für die Missionare, den unterschiedlichen kulturellen Kontext kennenzulernen, im Respekt gegenüber der Mentalität und des Glaubens fremder Menschen, bevor sie das Evangelium Jesu Christi im gegenseitigen Verständnis verkündeten.

Die Erforschung alter außereuropäischer Kulturen führte zu vielen Sammlungen wertvoller kultureller und ethnologischer Ressourcen, die dann in Missionshäusern ausgestellt wurden.

Haus Völker und Kulturen: Entstehung und Wirkung

Die Gründung des Museums für die ethnologische Sammlung in St. Augustin entstammt dem Missionsgeist. Der jahrzehntelange Wunsch, die von SVD-Missionaren gesammelten kunst- und ethnologischen Objekte in einem separaten Gebäude auszustellen und der interessierten Öffentlichkeit und Fachwissenschaft zugänglich zu machen, hat sich erfüllt. Am 16. November 1973 wurde das Museum Haus Völker und Kulturen (HVK) eröffnet.

Es entspricht einem völkerkundlichen Museum, ohne es im herkömmlichen Sinne zu sein. Es ist eine Sammlung von Exponaten aus Kulturen fremder Völker.

Der Ursprung einer ethnologischen Sammlung im Missionshaus St. Augustin geht auf Francis Joseph Heinemans SVD und August Knorr SVD zurück, Missionare in Neuguinea, die bereits viele lokale Artefakte von Wewak und Ulupu aufbewahrt hatten. Heinemans und Knorr schrieben Anfang der 1960er Jahre in höchster Aufregung an Wilhelm Saake SVD, den damaligen Direktor des Anthropos Instituts in Sankt Augustin, dass man Kunstgegenstände der Einheimischen gesammelt habe, und zwar im Korewori/Sepik-Gebiet. Es wurden zugleich auch Fotos über den Yams-Kult, von Männerhäusern sowie von Jagd-und Beschneidungsriten geschickt.

Bis zum Ende der 1950er Jahre wurde diese Korewori-Kunst verkannt und als »primitiv« eingestuft. Anfang der 1960er Jahre haben einige nordamerikanische und europäische Ethnologen und Forscher entdeckt, z. B. Alfred Bühler, dass es sich hier um eine eigenständige, einmalige und durchaus nicht »primitive« Kunst handelt. In der Folge erwarben sie vor Ort zahlreiche Kunstobjekte und brachten diese in die USA oder Schweiz, um sie in Museen auszustellen oder zu verkaufen, weil viele Artefakte wegen des Cargo-Kultes in vielen Dörfern des Sepik-Gebietes zerstört wurden.

Heinemans und Knorr waren der Meinung – auch vor dem Hintergrund, dass ihr Missionsgebiet, bis 1918 als Kaiser Wilhelmsland, einmal deutsch gewesen war –, es sei dringend angeraten, Kunstschätze aus Neuguinea nach Deutschland zu bringen. Dort sollten sie als unvergessliche Zeugnisse einer ganz besonderen, noch steinzeitlichen Kultur aufbewahrt werden. Wer sei dazu besser geeignet als das Anthropos Institut?

Die heutige Volkswagen Stiftung erklärte sich bereit, das Projekt mit Finanzmitteln zu unterstützen. Außerdem überreichte im Februar 1964 Saake dem Rektor des Missionshauses Josef Stobb SVD einen Antrag, um ein ethnologisches und missionswissenschaftliches Museum zu gründen. Bereits zu dieser Zeit wurde eine Ausstellung der Kunstgegenstände aus Asmat/Irian-Barat, West Irian, erworben durch P. Segward SVD aus Pirimapoen, in Bonn-Beuel präsentiert.

Im Mai 1964 reiste Saake nach Papua-Neuguinea, um mit dem Geld der Stiftung und eigenen Missionsmitteln für eine Ausstellung in St. Augustin wertvolle und geeignete Objekte aus der Wewak-Sammlung im Sepik-Gebiet auszuwählen und zu kaufen. Es waren mehr als 537 Objekte.

Auch andere Missionare in der Wewak-Mission interessierten sich für die ethnologischen Artefakte und trugen zu der Sammlung bei. Einer von ihnen war Heinrich Lehner SVD, ein Missionar der Marienberg-Mission am Sepik-Fluss und ein großer Freund der Ureinwohner, der ebenfalls viele Objekte sammelte. Sein Schnellboot bot ihm die Möglichkeit, selbst die entferntesten einheimischen Siedlungen der Zuflüsse des oberen Sepik-Flusses zu erreichen. Von Lehner stammt das Kultkrokodil, das ihm ein christliches Dorf gegeben hat.

Ein weiterer Missionar, der beim Sammeln von Gegenständen half, war Karl Wand SVD in Timbunke, in dessen Missionsgebiet Korewori war, aus der die bekannten Hakenfiguren stammen. So kam es zur kostbaren Korewori-Sammlung im Haus Völker und Kulturen, die etwa 40 Objekte umfasst. Heute ist es nicht mehr möglich zu wissen, wer die Künstler dieser Figuren waren. Einige der Gegenstände wurden teilweise in schwer zugänglichen Höhlen am oberen Quellgebiet des Flusses gefunden. Viele der Objekte sind wahrscheinlich mehrere Jahrhunderte alt, ein sehr seltener Fall in der Kunst der Naturvölker.

Von Knorr stammen keine ethnologischen Objekte, sondern wertvolle Objekte aus der Kultur Neuguineas. Er war ein Missionar in Maprik und in seinem Missionsgebiet befanden sich die für diese Gegend charakteristischen Geisterhäuser mit hohen dreieckigen bemalten Fassaden. Knorr lernte einen alten Mann kennen, der die Kunst der Maler verstand, die die Geisterhäuser schmückten. Er gab ihm Papier und ließ sich Figuren und Gegenstände an der Fassade dieser Häuser malen. So schulden wir Knorr eine ganze Sammlung Kunstrollen, die als Seltenheit gelten.

Es war Heinemans zu verdanken, dass vor allem eine umfassende und wertvolle Sammlung von Ethnologica den Weg nach St. Augustin fand. Als Distriktoberer der SVD Mission und Generalvikar des Bistums Wewak half Heinemans vor allem bei dieser Frage. Er forderte die Missionare auf, ethnologische Gegenstände von den Einheimischen zu kaufen und sie dem Missionsquartier zur Verfügung zu stellen. Die Missionare reagierten auf den Anruf ihres Vorgesetzten und schickten die Gegenstände der Ethno-Kultur von allen Seiten nach Wewak. Aus dieser Sammlung durfte Saake wählen, was er mochte.

Zwischen 1966 und 1970 wurde zudem Pfarrer Leonhard Meurer aus Rölsdorf, der ein »Connaisseur of African art« war, beauftragt, nach Afrika zu reisen, um sowohl afrikanische Kunstgegenstände als auch Kunst der Steyler Mission aus Westafrika und dem Kongo zu sammeln und nach St. Augustin zu bringen. Außerdem hat man Kunstobjekte aus Indonesien, Indien, den Philippinen, China und Japan für das HVK erworben, um sie im Museum auszustellen.

Die umfangreiche Sammlung zeigt Objekte aus den Regionen, in denen die Steyler Missionare gewirkt haben, vorwiegend Kunst aus dem religiösen und kulturellen Alltag sowie einige wertvolle Kunstobjekte. Sie repräsentieren vor allem Ahnenkult und Synkretismus. Das Haus Völker und Kulturen stellte seine Objekte in Ehrfurcht und Würde aus; das ginge nicht, wenn es sich um Raubkunst handelte.

Heutzutage in unserer multikulturellen Gesellschaft und angesichts eines neuen Verständnisses der christlichen Mission ist es Aufgabe des Museums, auf die Interkulturalität der Völker und die missionarische Bewusstseinsbildung hinzuweisen

Missionarische Bewusstseinsbildung

All diese Objekte haben dann einen Platz im dem neu errichteten Gebäude, dem ordenseigenen HVK-Museum, gefunden – das im November 1973 der Öffentlichkeit seine Türen geöffnet hat. Das Museum hat einen völkerkundlichen und missionarischen Charakter, sowohl in seiner wissenschaftlichen Orientierung als auch in seiner technischen Ausstattung. Die missiologische Ausrichtung legt den Akzent besonders auf die Darstellung verschiedener Religionsformen unter Einschluss der Hochreligionen. Die völkerkundliche Ausrichtung sollte vor allem Kulturen schriftloser Völker zur Darstellung bringen, die in oft jahrzehntelangem engem Zusammenleben von Missionaren mit den Eingeborenen in ihren verschiedenen Ausprägungen studiert werden konnten. In diesem Sinn wollen das HVK-Museum und auch die Missionsmuseen in Deutschland zeigen, dass das Christentum die einheimische Kultur nicht zerstört, sondern erforscht hat.

Heutzutage in unserer multikulturellen Gesellschaft und angesichts eines neuen Verständnisses der christlichen Mission ist es Aufgabe des Museums, auf die Interkulturalität der Völker und die missionarische Bewusstseinsbildung hinzuweisen. Sie zeigen zudem ein Stück deutscher Geschichte – und wie die Kirche über Europa hinaus wirkt. Es handelt sich um einmalige Schätze, ein Weltkulturerbe. Das muss man unbedingt bewahren.

Rückgabe von Sammlungsobjekten

Unsere Exponate in HVK St. Augustin sind nicht aus der Kolonialzeit, sondern wurden Mitte den 1960er Jahre käuflich in Papua-Neuguinea und Westafrika erworben. Ein kleiner Teil sind Schenkungen oder Nachlässe der wissenschaftlichen Erforschung der Mitbrüder. Sie wurden alle auf legalen Wegen zu uns gebracht, z. B. durch den Bremer Hafen. Wir haben das große Glück, dass wir zu unseren Exponaten Dokumente besitzen, die über die Herkunftsregion Auskunft geben. Außerdem gibt es noch lebende Zeugen, die den Kauf der Exponate Mitte der 1960er Jahre begleitet haben und uns über die Herkunft detaillierte Informationen geben konnten. Darum haben wir auch keine Rückgabefragen.

Im HVK-Museum haben wir Menschenschädel aus Neuguinea sicher ausgestellt. Wir sind als Missionare bis heute in Papua-Neuguinea aktiv und stehen mit den betreffenden Gemeinschaften in einem engen Kontakt. Die Menschen vertrauen uns, dass wir angemessen und menschenwürdig damit umgehen. Und sie wissen, welchen Wert solche Objekte für die Forschung und damit für das Wissen um ihre Kultur und letztlich deren Erhalt haben.

FOTO: VITJITUA NDJIHARINE

Hintergrundbild für »Untitled«, magazine image collage

Jerzy Skrabania SVD ist Direktor des Museums Haus Völker und Kulturen

Das Ziegenbalghaus

Die interkulturelle Arbeit der Franckeschen Stiftungen in Südindien

THOMAS MÜLLER-BAHLKE

»Untitled«, 2015, mixed media

FOTO: VITJITUA NDJIHARINE

Im Zuge des Wiederaufbaus der Franckeschen Stiftungen in Halle nach der Wende wurden auch die internationalen Verbindungen wieder aufgenommen, die seit dem 18. Jahrhundert bestanden hatten. Mitte der 1990er Jahre besuchten erste Delegationen der südindischen Tamil Evangelical Lutheran Church (TELC), die aus der ursprünglichen Dänisch-Halleschen Mission erwachsen war, die Stiftungen und machten deutlich, dass sie hier ihre geistigen und geistlichen Wurzeln sahen. Gleichzeitig bekundeten sie großes Interesse vor allem an den schriftlichen Überlieferungen aus der Missionszeit. Es stellte sich heraus, dass im Archiv der Franckeschen Stiftungen heute mehr Informationen über Teile der südindischen Geschichte des 18. Jahrhunderts zu finden sind als in indischen Quellensammlungen. Das berechtigte Interesse der indischen Partner aus Kirche und Wissenschaft an einem adäquaten Zugang zu den einschlägigen Überlieferungen führte zu einer umfassenden Erschließung und Mikroverfilmung von mehr als 30.000 Handschriften in der Indienabteilung des Stiftungsarchivs. Zum 300. Gründungsjubiläum der Dänisch-Halleschen Mission im Jahr 2006 übergaben die Franckeschen Stiftungen Mikrofilmkopien ihres Indienarchivs an eine indische Partnerhochschule, um die Quellen der Forschung vor Ort zugänglich zu machen.

Während des offiziellen Deutschland-Indien-Jahres 2012 konnten die Stiftungen ihre wissenschaftlichen und kulturellen Kooperationen mit Südindien weiter ausbauen. In Tharangambadi, einst ein dänischer Handelsstützpunkt und Ursprungsort der Dänisch-Halleschen Mission in Südindien, entstand der Plan, in dem historischen Wohnhaus des ersten halleschen Missionars, Bartholomäus Ziegenbalg, ein Museum für den interkulturellen Dialog einzurichten. Dem Evangelisch-Lutherischen Missionswerk in Niedersachsen (ELM) gelang die Einwerbung einer Entwicklungshelferstelle erstmals für kulturelle Zwecke, um das Projekt mit einer Fachkraft vor Ort aufzubauen und zu leiten. Für die Aufgabe konnte die Kulturwissenschaftlerin Jasmin Eppert gewonnen werden, die in den Franckeschen Stiftungen auf ihre Arbeit vorbereitet wurde und seit 2016 das Projekt vor Ort leitet. In enger Zusammenarbeit mit der TELC und der indischen Denkmalschutzorganisation INTACH sowie mit zwei evangelischen Missionswerken in Deutschland und mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes

Wichtigstes Ziel ist die gemeinschaftliche Bewahrung der Überlieferungen

gelang es 2016, das historische Gebäude, das zuvor dem Verfall preisgegeben war, denkmalgerecht zu sanieren. Anschließend wurde dort eine erste Dauerausstellung eingerichtet, welche von englischsprachigen Informationstafeln begleitet wurde. Das Museum für den interkulturellen Dialog nahm am 15. Juli 2017 seinen Betrieb auf.

Das besondere Augenmerk des Projektes liegt auf dem interkulturellen Ansatz, der diese weltweit erste lutherische Missionsunternehmung auszeichnet und der weit über die Kernbelange einer christlichen Mission hinausreicht. Die Dänisch-Hallesche Mission genießt bis heute hohes Ansehen in der südindischen Öffentlichkeit. Die Missionare machten sich um die Weiterentwicklung der südindischen Schriftsprachen verdient. Die Einführung und nachhaltige Verbreitung der Druckerkunst über ganz Indien erfolgte durch die hallesche Missionsdruckerei von Tharangambadi aus. Hochrangige – wohlgemerkt nicht christliche – Vertreter der indischen Druckervereinigung betrachten die Franckeschen Stiftungen als Ursprungsort ihres Berufsstandes und das Ziegenbalghaus erfährt durch Leihgaben, Sachleistungen und Publicity vonseiten der Druckerlobby erhebliche Unterstützung. Es gehört mit zu den wichtigen Erfolgen des Museums, dass es die Brücke von der christlichen Missionsgeschichte bis tief in die südindische Kulturgeschichte baut, für christliche und nicht christliche Besucher gleichermaßen zugänglich, interessant und ansprechend ist, und so auch von nicht christlicher Seite in Indien Unterstützung erfährt. Das bietet die Voraussetzung für einen gelingenden interkulturellen und interreligiösen Dialog.

Für die Franckeschen Stiftungen ist das Ziegenbalghaus zu einem wertvollen Ausleger ihrer internationalen Kultur- und Wissenschaftsarbeit geworden. Sie unterstützen den weiteren Ausbau hin zu einem lebendigen Zentrum des interkulturellen Austausches. Es werden Wechselausstellungen, Vorträge und Musikveranstaltungen angeboten, die von indischen und europäischen Touristen, deren Zahl in dem historisch bedeutsamen Küstenort seit Jahren wächst, gleichermaßen genutzt werden. Seit Kurzem organisiert das Ziegenbalghaus stadtgeschichtliche Rundgänge durch Tharangambadi. Im Obergeschoss des Gebäudes entsteht derzeit eine Bibliothek mit Literatur zur deutsch-indischen Geschichte sowie mit Digitalisaten historischer Quellen aus den Franckeschen Stiftungen wie etwa der Sammlung Hunderter Palmblattmanuskripte aus dem 18. Jahrhundert in Tamil und Telugu. Durch die enge Zusammenarbeit mit dem Ziegenbalghaus können seitens der Stiftungen neue Projekte des interkulturellen Austausches erheblich einfacher initialisiert werden. Dazu gehört die Erforschung der gegenseitigen musikkulturellen Beeinflussung im Zuge der Dänisch-Halleschen Mission, für die ein eigenes DFG-Projekt geplant ist, sowie der mediale Austausch zwischen Kindern und Jugendlichen in den Bildungseinrichtungen der Franckeschen Stiftungen mit Gleichaltrigen in Südindien und nicht zuletzt die Auswahl und Vorbereitung von jungen Leuten in Südindien, die im Zuge des Süd-Nord-Austausches des Bundesprogrammes »weltwärts« für ein Jahr in die Franckeschen Stiftungen kommen, um hier berufliche und kulturelle Erfahrungen zu sammeln, so wie es umgekehrt in westlichen Ländern schon seit mehreren Generationen üblich ist.

In Zusammenarbeit mit der Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt werden 2019 zwei neue Projekte des interkulturellen Austausches durchgeführt. Zum einen reisen zwei Künstler für einen mehrmonatigen Aufenthalt nach Südindien. Deren Arbeiten werden anschließend sowohl im Ziegenbalghaus als auch in Halle gezeigt. Zum anderen wurde eine indische Künstlerin beauftragt, einen sogenannten Deutschlandschrank für das Museum in Tharangambadi zu entwerfen. Ausgangspunkt dafür bietet der historische Indienschrank in der Kunst- und Naturalienkammer der Franckeschen Stiftungen aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Dieser Schrank wurde damals in der Absicht angelegt, den Stiftungszöglingen ebenso wie einem halböffentlichen Museumspublikum einen Eindruck von der südindischen Kultur zu vermitteln. Die Missionare hatten Gegenstände gesammelt, käuflich erworben oder als Geschenk erhalten, die sie für landestypisch, für interessant und bisweilen für kurios hielten. Für sich genommen waren die Objekte nicht von hohem materiellem oder kulturellem Wert, etwa der Fliegenwedel aus Pfauenfedern oder ein exotisch anmutendes Öllämpchen. Der besondere Wert dieser Objekte liegt vielmehr in den begleitenden Beschreibungen der Missionare, die den Zweck und Gebrauch erläuterten und so auch heute noch eine kulturgeschichtliche Einordnung ermöglichen.

Im Archiv sind mehr Informationen über Teile der südindischen Geschichte zu finden als in indischen Quellensammlungen

300 Jahre später kommt nun die indische Künstlerin Asma Menon vice versa von August bis November dieses Jahres nach Deutschland, um in ihren Augen landestypische oder aus indischer Sicht kuriose Objekte zu sammeln und diese künftig in einem eigens hierfür zu konstruierenden Deutschlandschrank im Ziegenbalghaus dem indischen Museumspublikum zu präsentieren. Einerseits wird so die etablierte, meist männliche europäische Perspektive auf Südindien mit zeitgenössischen Stilmitteln gegenbetrachtet, andererseits entsteht ein kritischer Dialog über gegenseitige Wahrnehmungsmuster in Geschichte und Gegenwart.

Das Ziegenbalghaus im südindischen Tharangambadi begreift die facettenreiche Geschichte der Dänisch-Halleschen Mission als gemeinsames europäisch-indisches Erbe und setzt sich für dessen Bewahrung, Erforschung und Vermittlung als eine gemeinschaftliche Aufgabe ein, bei der alle Beteiligten ihre spezifischen Kompetenzen einbringen. Allen beteiligten Seiten muss dafür ein geeigneter Zugang zu den Überlieferungen ermöglicht werden, um sich damit sowohl selbstständig als auch in Kooperationen wissenschaftlich oder kulturell befassen zu können. Zum anderen muss als wichtigstes Ziel die gemeinschaftliche Bewahrung der Überlieferungen stehen. Letztlich handelt es sich bei allen historischen Überlieferungen immer um ein Stück des gemeinsamen kulturellen Menschheitserbes.

Thomas Müller-Bahlke ist Direktor der Franckeschen Stiftungen

BILDER IM SCHWERPUNKT

Die bildende Künstlerin Vitjitua Ndjiharine stellt in ihren Werken historischen Kolonialfotografien verschiedene Elemente wie Bilder aus Zeitschriften oder Illustrationen gegenüber und kontextualisiert sie somit neu. Somit will die namibische Künstlerin zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema Kolonialismus anregen. Dabei entwickelt sie Strategien, um die pädagogische Wirkung von Texten und Bildern kolonialer Archive zu dekonstruieren. Einige ihrer Werke sind im Schwerpunkt dieser Ausgabe von Politik & Kultur auf den Seiten 17 bis 29 zu sehen.

Ndjiharine arbeitet multidisziplinär mit unterschiedlichen Medien. Um ihre Arbeitsweise zu illustrieren, wurden im Schwerpunkt auf Wunsch der Künstlerin einigen ihrer Werke deren Hintergrundbilder gegenübergestellt. Ndjiharine, eine Herero, nutzt oft Modekampagnen aus zeitgenössischen Magazine und fügt sie mit Bildern und Illustrationen aus der Kolonialzeit zusammen. Beispielsweise schneidet sie die abgebildeten Personen aus, ersetzt diese durch Spiegelfolie, Farbflächen oder projiziert sie größer.

2018 erhielt Ndjiharine ein Forschungsstipendium der Gerda Henkel Stiftung, in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle »Hamburgs (post-) koloniales Erbe« der Universität Hamburg, und stellte unter anderem im MARKK Museum und der Galerie M.Bassy in Hamburg aus.

Auf der Seite 8 dieser Ausgabe spricht Behrang Samsami mit Vitjitua Ndjiharine unter anderem über ihre Arbeit.

THEMA

Zwischen Gründungstradition und Selbstkritik

Arbeit und Auftrag des Berliner Missionswerkes

»Auswärtiges Amt« der Trägerkirchen, ökumenisches Kompetenzzentrum, Schaltzentrale für Freiwilligenaustausch – das sind einige Beinamen, die das Berliner Missionswerk guten Gewissens für sich in Anspruch nehmen kann. Theresa Brüheim spricht mit Christof Theilemann. Er steht Missionsgesellschaft seit Mai dieses Jahres vor.

Theresa Brüheim: Herr Theilemann, ich bin heute zu Gast beim Berliner Missionswerk. Was macht dieses?
Christof Theilemann: Das Berliner Missionswerk ist das Ökumenische Zentrum der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) und der Evangelischen Landeskirche von Anhalt. Wir organisieren und begleiten sowohl Mission und Ökumene im Inland als auch die Beziehung beider Landeskirchen nach außen, das heißt in die weltweite Christenheit. Wir sind z. B. in Kontakt mit der römisch-katholischen Kirche und der orthodoxen Kirche. Außerdem organisieren wir einen Freiwilligenaustausch. Themen, die uns aktuell beschäftigen sind: Nachhaltigkeit, Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung, Menschenrechte.

Interessant ist, dass die EKBO und die Evangelische Landeskirche Anhalt die Trägerkirchen sind. Wie kam es gerade zu diesen beiden?
Die Berliner Mission war ursprünglich mit verschiedenen preußischen Landeskirchen verbunden. Durch die politische Entwicklung vor allem in der 1960er und 1970er Jahren hat sich manches geändert. Aber die Evangelische Landeskirche Anhalt ist uns als Trägerkirche aus diesem ehemals preußischen Verbund treugeblieben.

Die damalige Berliner Mission wurde 1824 gegründet. Wie es kam dazu?
Die frühere Berliner Mission wurde von sehr frommen, aber auch kirchenkritischen Christen gegründet. Sie meinten, die Kirche tue nicht genügend, um Menschen in fernen Ländern für das Christentum zu gewinnen. Das waren im Wesentlichen Juristen und Verwaltungsbeamte, aber auch einige Adlige. Es war nur ein Theologe dabei. Gemeinsam haben sie Missionare in andere Länder geschickt, angefangen mit Südafrika. Später kamen China und das östliche Afrika hinzu.

Inwieweit sehen Sie sich heute noch in dieser Gründungstradition?
Die Gründer der Berliner Mission wollten die Menschen in der Ferne erreichen. Nach ihrer Ankunft haben die Missionarinnen und Missionare zuerst eine Kirche, eine Schule und eine Krankenstation aufgebaut. Die Geschichte der Mission begann also mit Bildungsarbeit. Die Kirchen, die aus der Mission entstanden, gehören heute zu unseren Partnerkirchen.
Im Bildungsauftrag wird auch die Gründungstradition deutlich: Heute unterhält unser Werk eine Schule in Beit Jala in Palästina mit ca. 800 Schülerinnen und Schülern. Sie kommen sowohl aus muslimischen als auch aus christlichen Familien. Bildung im Heiligen Land ist auch Friedensarbeit, sie will Toleranz vermitteln und ein gemeinsames »Miteinander-Leben« erzielen.
In diesem Sinn etwa stehen wir in der Gründungstradition. An bestimmten Stellen müssen wir sicher aber auch Selbstkritik üben.

»Conflict Costume«, 2015, mixed media

FOTO: VITJITUA NDJIHARINE

Welche Stellen sind das?
Z. B. wurde eine Verquickung von Mission mit einer bestimmten Vorstellung von Zivilisation oder Kultur vorgenommen. Selbstverständlich prägt Kultur den Glauben. Nehmen Sie z. B. diese Tatsache: Ich bin Deutscher und mag die Art, wie wir Weihnachten feiern, sehr. Das prägt natürlich meinen Glauben, aber es schafft nicht meinen Glauben. In erster Linie bin ich Christ und erst in zweiter Linie Deutscher bzw. Europäer. Man muss die Kultur des anderen anerkennen. Das wurde in der Mission nicht immer so ernstgenommen, wie es notwendig gewesen wäre.
Außerdem muss man Mission auch im Kontext des Kolonialismus betrachten: Die Deutschen fingen erst nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870 mit der kolonialen Eroberung an. Bis dahin gab es für die Missionen keinerlei koloniale Unterstützung. Danach gab es diese streckenweise, aber oft saßen die Missionarinnen und Missionare zwischen den Stühlen. Die deutschen Kolonialregimes haben die Mission an vielen Stellen heftig kritisiert, weil ihnen die Zuwendung zur Bevölkerung vor Ort zu weit ging.

Das Berliner Missionswerk hat die eigene Geschichte aufgearbeitet und legt sie auch auf der eigenen Webseite dar. Wieso war und ist das wichtig?
Selbstkritik muss laufend unsere Arbeit begleiten. Es gibt auch immer wieder Einschnitte, z. B. die beiden Weltkriege, die aufgearbeitet werden müssen. Ein anderes Beispiel ist die Chinamission. Hier wurde schnell deutlich, dass man die Mehrzahl der Menschen nicht erreicht, wenn nicht Einheimische, die bereits für das Christentum gewonnen wurden, selbst die Mission fördern. Das heißt, in China wurden sehr bald Chinesen zu Predigern ordiniert. Man hat auch Frauen gebeten, Predigerdienste zu übernehmen, um die Bevölkerung anders erreichen zu können. So zeigte die Chinamission sehr gut, dass manche patriarchalische Vorstellung aus Deutschland in China nicht funktionierte.

Zurück in die Gegenwart: Was kennzeichnet die heutige Arbeit des Berliner Missionswerks?
Das ist vor allem die Verbindung zu unseren Partnern in der ganzen Welt: USA, Kuba, Ägypten, Äthiopien, Tansania, Südafrika, Palästina, Israel, Russland, Tschechien, Polen, Rumänien, Frankreich, England, Schweden, Japan, Südkorea, Taiwan und jetzt auch China.
Das ist das Stammkapital, mit dem wir arbeiten. Hinzu kommt der Freiwilligenaustausch mit Jugendlichen. Viele deutsche Jugendliche gehen in diese Länder, und mittlerweile kommen auch Jugendliche aus den Partnerländern zu uns nach Deutschland. Im Moment sind junge Menschen aus Schweden, Südafrika, Kenia und Taiwan hier. Diese Gegenbewegung ist sehr wichtig. Faktisch haben wir auch Vertreter von Partnerkirchen hier im Land. Das sind die vielen Gemeinden mit unterschiedlicher Sprache und Herkunft. Allein in Berlin gibt es 180 fremdsprachige Gemeinden, die zum Teil unsere Partner im Inland sind.

Sie nennen sich online gleichsam auch das »Auswärtige Amt« der EKBO und der Evangelischen Landeskirche Anhalts. Wie kam es zu dieser Selbstbezeichnung?
Damit wollen wir den Menschen klarmachen, dass wir das Ökumenische Zentrum dieser Landeskirchen sind, welches die Auslandsarbeit organisiert. Das bedeutet z. B., dass Gruppen aus dem Ausland zu uns nach Berlin kommen, die sich bei uns über bestimmte Themen informieren wollen. Wir begleiten sie dann, organisieren Vorträge usw. Des Weiteren stimmen wir uns auch mit den Partnerkirchen über unsere Arbeit ab, wie z. B. mit den schwedischen Partnern zu unserer Arbeit in Südafrika oder mit den amerikanischen und schwedischen Partnern zum Nahen Osten. Wir organisieren mit unseren internationalen Partnerkirchen auch gemeinsame Konferenzen zu Themen wie Musik und Religion und internationalen Chor- oder Arbeitsaustausch.

Inwieweit sehen Sie sich dabei als Akteur der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik?
Es gibt die Trennung von Kirche und Staat. Das heißt, wir sind nicht selbst Akteur der deutschen Außenpolitik. Es gibt aber Bereiche, in denen eine Grundsolidarität zwischen dem deutschen Staat und den deutschen Kirchen herrscht, was die Zusammenarbeit im Ausland angeht. Z. B. fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Entwicklungszusammenarbeit. Auch wir sind in diesem Feld aktiv. Durch unsere Partnerkirchen im Ausland sind wir an manchen Stellen näher dran als staatliche Akteure wie das Auswärtige Amt, das natürlich nicht in die Einzelarbeit vor Ort gehen kann. Wir fördern beispielsweise ein Krankenhaus in Tansania und eine Aids-Waisen-Hilfe in Südafrika und wir sind Träger der Schule Talitha Kumi in Palästina. Auch am Freiwilligenaustausch des Weltwärts-Programms sind wir beteiligt. Wir machen nicht direkt Politik, aber setzen uns für Bildung, sozialdiakonisches Handeln, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung vor Ort ein. Das hilft auch der deutschen Politik.

Herr Theilemann, seit Mai dieses Jahres sind Sie der neue Direktor des Berliner Missionswerks, zuvor waren Sie stellvertretender theologischer Direktor. Welche Akzente wollen Sie nun setzen?
Als ersten Punkt möchte ich die Gemeinden unterschiedlicher Sprache und Herkunft hervorheben. Die Kirche sollte offener für diese Menschen werden. Sie brauchen an vielen Stellen unsere Hilfe, an vielen Stellen können sie aber auch uns helfen. Auf beiden Seiten gibt es Potenzial für mehr Zusammenarbeit. Wir profitieren etwa sehr von dem Know-how, das diese Menschen mitbringen. Beispielsweise bringt die koreanische Gemeinde in Berlin durch ihre Vielzahl an Mitgliedern, die Musik studieren, umfassende musikalische Möglichkeiten mit. Das bereichert auch uns; es wäre also schön, die Zusammenarbeit noch viel enger würde.
Das zweite Thema, das mir am Herzen liegt, ist der Umgang von Christen mit Menschen, die anders denken – also die Frage nach Mission. Es sollte ein Dialog und eine Partnerschaft auf Augenhöhe sein, begleitet durch den Respekt vor der Selbstbestimmtheit des anderen Menschen.
Ein drittes Thema ist der interreligiöse Dialog. Als Kompetenzzentrum der Landeskirche, helfen wir, hier voranzukommen.
Viertens ist mir auch der Freiwilligenaustausch ein besonderes Anliegen. Die nächste Generation braucht diesen Austausch mit Jugendlichen in anderen Ländern.

Vielen Dank.

Christof Theilemann ist Direktor des Berliner Missionswerkes. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Jeder Einzelne zählt

Das Entwicklungswerk der evangelischen Kirchen »Brot für die Welt«

CORNELIA FÜLLKRUG-WEITZEL

Barmherzigkeit und Gerechtigkeit, Beendigung von kolonialer Bevormundung, Hilfe zur Selbsthilfe, Befähigung zu einer selbstbestimmten Entwicklung in Würde – das waren wichtige Motive, an denen sich die Gründungsväter von Brot für die Welt orientierten. Im Kontext der Entkolonialisierungsprozesse in Afrika wurde Brot für die Welt von allen evangelischen Landes- und Freikirchen in Deutschland 1959 ins Leben gerufen. Der Spendenaufruf 1959 war als Zeichen der Versöhnung und Umkehr gedacht. Die Sammelaktion wurde bewusst nicht bei den Missionsgesellschaften angesiedelt, sondern im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland – das später im Diakonischen Werk der EKD aufging – als Instrument der »ökumenischen Diakonie«.

Diakonie bezeichnet die Aufgabe der Kirchen, Menschen in Not jeder Art beizustehen. Wie auch von Brot für die Welt von Anfang an praktiziert, kommt die Unterstützung Menschen ausschließlich nach dem Maß ihrer Not zugute – unabhängig von ihrer nationalen, religiösen oder ethnischen Herkunft und ihres Geschlechtes. Hilfe wird nicht religiös konditioniert. Das ist auch das Verständnis der kirchlichen Partner, mit denen wir – neben zivilgesellschaftlichen Akteuren – kooperieren. Wir werden nicht selbst in anderen Ländern tätig, sondern unterstützen die Zivilgesellschaft dort, ihren eigenen Weg zu gehen. Brot für die Welt hat nichts mit »Missionierung« im Sinne einer strategischen Mitgliederwerbung oder Instrumentalisierung der Hilfe für Evangelisationszwecke zu tun. Für die Unterstützung der ausländischen Partnerkirchen bei deren missionarischen und Verkündigungsaufgaben wurden die landeskirchlichen Missionswerke mandatiert. Mission und Diakonie sind – auch schon den biblischen Wurzeln nach – zwei unterschiedliche Aufgaben der Kirche.

Das Wort Ökumene bezeichnet nicht nur interkonfessionelle Beziehungen, sondern – im Sinne des griechischen Begriffes »oikumene« – auch den gesamten bewohnten Erdkreis, der – biblisch – als Herrschaftsraum Gottes, wie in Psalm 24,1, und zugleich als Verantwortungsraum des Menschen gilt.

Ökumenische Diakonie bedeutet demgemäß die Sorge für das Wohl aller Menschen und der Völkergemeinschaft. Schon für die Urkirche galt, dass die Verantwortung der Christen nicht nur den Nahen gilt. Das wurde aber in Zeiten von Nationalismus und Kolonialismus verdrängt und erst nach dem Ersten Weltkrieg von den Kirchen weltweit wiederentdeckt. So

Diakonie bezeichnet die Aufgabe der Kirchen, Menschen in Not jeder Art beizustehen

wurde das »Europäische Zentralbüro für zwischenkirchliche Hilfe« in Genf für die Flüchtlings- und Aufbauhilfe gegründet.

Der 1948 gegründete Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) in Genf, dem weltweit Hunderte Kirchen angehören, war nach dem Zweiten Weltkrieg ein zentrales multilaterales Instrument der ökumenischen Diakonie. Er unterstützte auch die Kirchen im kriegszerstörten Deutschland dabei, Not zu lindern. Weltweit zu teilen wird von den Kirchen als Selbstverständlichkeit gesehen, da sie davon ausgehen, dass alle Ressourcen letztlich Gottes Gaben und nicht der eigene »Verdienst« und Besitz einer Nation oder Kirche sind. Das Geber-Nehmer-Verhältnis geschieht also im Rahmen einer Dreiecksbeziehung mit Gott. Das fördert – idealerweise – Demut und ein antihegemoniales Verständnis der zwischenkirchlichen Beziehungen.

Bedürfnisse, Potenziale und Rechte aller Bevölkerungsgruppen müssen gleichermaßen berücksichtigt werden

Brot für die Welt setzte in den ersten Jahrzehnten einen Großteil seiner Hilfe für die – sich parallel von den Missionsgesellschaften des Nordens unabhängig machenden – sogenannten »jungen Kirchen« des Südens über den ÖRK als multilateralem Hilfsinstrument der Kirchen um. Die Auseinandersetzung der ÖRK-Mitglieder mit den strukturellen Gründen und Möglichkeiten der Überwindung der Armut in den ehemaligen Kolonien führte zur Überzeugung, dass Nothilfe als Methode der ökumenischen Diakonie nicht ausreichte. Stattdessen waren langfristige strukturelle Armutsbekämpfung und die Mitwirkung am Aufbau angemessener gerechter Gesellschafts- und Sozialstrukturen in den sogenannten »jungen Nationen« angesagt. Ab Anfang der 1960er Jahre waren Emanzipations-, Befreiungs- und antirassistische Bewegungen aktiv in die Diskussionen einbezogen. Der Leitbegriff »Entwicklungsverantwortung«, mit dem diese Aufgabe ökumenischer Diakonie für die Kirchen des Nordens seit Ende der 1950er Jahre umschrieben wurde, hatte deshalb in der Theorie immer einen anti-kolonialen emanzipativen Grundton. Das galt auch für Brot für die Welt. Nicht die Steigerung des Bruttosozialproduktes eines Landes gilt als Anhaltspunkt für »Entwicklung«, sondern die Frage, ob die Bedürfnisse, Potenziale und Rechte aller Bevölkerungsgruppen gleichermaßen berücksichtigt werden. Die Würde und Rechte jedes Einzelnen zählen. »To leave no one behind« – das Motto der Agenda 2030 der Vereinten Nationen – gilt für Brot für die Welt seit Beginn. Armutsbekämpfung ist ohne gleichberechtigte Teilhabe von Frauen, ohne Frieden, ohne Nachhaltigkeit, ohne den Stopp des Klimawandels, ohne eine sozialökologische Transformation weltweit und in unserem Land nicht möglich. Entsprechend sind Gendergerechtigkeit, gerechter Frieden und Klimagerechtigkeit Facetten unserer heutigen praktischen und politischen Arbeit gemeinsam mit an die 1.500 kirchlichen und nicht-kirchlichen Partnern.

Cornelia Füllkrug-Weitzel ist Präsidentin von Brot für die Welt

FOTO: VITJITUA NDJIHARINE

»Costume Change«, 2015, mixed media

Im Mittelpunkt steht der Mensch

Die Arbeit von Misereor

MARKUS BÜKER

Hunger, Krankheiten, Klimawandel, der Verlust an Biodiversität und nicht zuletzt die rücksichtslose Ausbeutung von Bodenschätzen bedrohen heute das Leben auf der Erde. Häufig sind die Probleme von Menschen verursacht. Ihren Ursprung haben sie in den weltweit dominierenden ungerechten und zerstörerischen Lebens- und Produktionsweisen. Nutznießer und Opfer leben im geografischen Norden wie im Süden. Ehemals lokale Fragestellungen wie z. B. der Zugang zu Nahrung sind zu globalen Herausforderungen geworden, wenn es um politische, wirtschaftliche und technologische Entscheidungen zu Gentechnik, Agrarindustrie, ökologischer Landwirtschaft, regionaler Produktion oder Fleischkonsum geht.

Religionen können mit Bezug auf Gott – oder wie auch immer der letzte Bezugspunkt für eigene Sinn- und Wertkonstruktionen genannt wird – unterschiedliche Rollen im menschlichen Miteinander spielen. Religionsgemeinschaften können in Konflikten zu Gewalt aufrufen oder zu friedlicher Transformation beitragen. Misereor als Werk der katholischen Kirche baut auf den positiven Potenzialen auf. Es will aus christlichem Glauben heraus weltweit das Gemeinwohl durch Gerechtigkeit, Frieden und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen fördern. Unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht und Religion setzt sich Misereor für Menschen ein, denen das Recht auf ein Leben in Würde, Freiheit und ausreichender und gesunder Versorgung verwehrt bleibt.

Im Juni 2015 hat Papst Franziskus mit dem Schreiben »Laudato si'« (LS) das Programm einer »integralen Ökologie« skizziert, theologisch wie naturwissenschaftlich fundiert. Es ist der katholische Blick auf die UN-Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen – unterstützend, erweiternd. Wer den »Schrei der Erde« und den »Schrei der Armen« heute hört, wie es in LS 49 heißt, der sieht, dass soziale und ökologische Fragen nicht mehr zu trennen sind. Christliche Grundlagen sind erstens die Parteilichkeit zugunsten der Armen, besser: der Armgemachten, und zweitens das erneuerte Bewusstsein, nicht Besitzer, sondern Hüterinnen und Hüter der Erde zu sein (LS 67). Alles steht mit allem in einer wechselseitigen Beziehung. Deswegen akzentuiert Misereor, 1958 als Fastenaktion gegründet, heute in der Debatte um Wachstum und Nachhaltigkeit den Aspekt der Suffizienz, wissend, dass es auch um Effizienz und Konsistenz geht. Aber die Effizienzversprechen zur Bewältigung globaler Krisen werden nicht eingehalten. So ist es vernünftig, suffiziente Lebens- und Produktionsstile zu stärken, soll das Leben auf der Erde Zukunft haben.

In der Sorge um die Erde und die Lebensbedingungen auf ihr verbinden sich Christinnen und Christen mit allen Menschen. Folglich verändert sich das Verständnis von Entwicklung. Weg von der traditionellen Entwicklungshilfe hin zu internationaler Zusammenarbeit. Die weltweite Präsenz der katholischen Kirche ist hierfür eine Stärke. Misereor schafft Räume, damit Menschen über Kontinente hinweg interagieren, sich artikulieren, Klagen vorbringen und

Für Augenhöhe sind permanenter Dialog und die Bereitschaft voneinander zu lernen entscheidend

hören können. Es sind Räume, in denen Alternativen entstehen können. Misereor arbeitet mit kirchlichen wie nichtkirchlichen Partnerorganisationen zusammen, säkularen wie solchen mit anderen religiösen Hintergründen. Proselytismus, die Abwerbung von Menschen mit anderen Werten oder aus anderen Religionen war und ist nicht das Ziel Misereors und seiner Partner. Parteilich für die Interessen der Armgemachten und Ausgeschlossenen einzustehen, heute ergänzt um die Bewahrung der Schöpfung – darum geht es. Misereor arbeitet so, eben weil es katholisch ist und nicht, obwohl es katholisch ist.

Misereor unterstützt mit Entwicklungsprojekten in Afrika, Asien und Lateinamerika Menschen dabei, ihr Leben aus eigener Kraft positiv zu verändern. Diese Projekte greifen lokale Initiativen auf, bestärken und ermutigen Menschen als Subjekte ihrer eigenen Entwicklung und Geschichte. Die Arbeit basiert auf der Hilfe zur Selbsthilfe. Verständnis und Konzept von Selbsthilfe und Selbsthilfeförderung haben sich im Laufe der Jahrzehnte gewandelt. Die Suche nach einer gelingenden Praxis ist eine permanente Herausforderung und es gibt keine immer und überall geltenden Antworten und Rezepte.

Für Misereor steht der Mensch im Mittelpunkt. Menschen haben eine unverlierbare Würde und sind darin alle gleich. Diese Würde ist Menschen geschenkt, unabhängig von aller Leistung, einfach qua ihres Menschseins. Entwicklung ist nie nur wirtschaftliche oder technologische Angelegenheit, sondern stets auch individuelle, gemeinschaftliche und strukturelle, politische und kulturelle Aufgabe.

In der globalen Wirtschaft und Politik scheinen wir von der notwendigen Augenhöhe in jeglichem menschlichen Miteinander immer noch sehr weit entfernt. Dabei müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass koloniales Erbe in den Ländern des Südens, aber gerade auch in unserer tief verwurzelten Sicht auf diese Länder als »Entwicklungsländer« fortwirkt – auch in der Entwicklungszusammenarbeit. Umso mehr müssen wir uns die Praxis von Partnerschaft kritisch ansehen, Machstrukturen aufdecken und die Richtung gleichberechtigter Teilhabe verändern. Für Augenhöhe ist permanenter Dialog entscheidend, die Bereitschaft, voneinander zu lernen, keine Modelle überzustülpen.

Markus Büker bearbeitet Theologische Grundfragen in der Stabsstelle bei Misereor

Christliche Mission immer neu denken

Das Internationale Institut für missionswissenschaftliche Forschungen (IIMF)

KLAUS VELLGUTH

Das Internationale Institut für missionswissenschaftliche Forschungen (IIMF) mit Sitz in Münster ist eine Vereinigung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie von Freunden und Förderern der Missionswissenschaft und der Erforschung interkultureller Beziehungen und Entwicklungen. Die Vereinigung wurde vor mehr als hundert Jahren von katholischen Missionswissenschaftlern gegründet, ist ökumenisch offen und pflegt den interdisziplinären Austausch.

Gegründet wurde das Internationale Institut für missionswissenschaftliche Forschung im Jahr 1911 in Mainz als erstes missionswissenschaftliches Institut in der katholischen Welt durch eine Gruppe von Missionswissenschaftlern bzw. Förderern der Missionswissenschaft. Die Gründung ging seinerzeit auf eine Anregung des Reichstagsabgeordneten Matthias Erzberger und auf die Initiative des Reichstagsabgeordneten Alois Fürst zu Löwenstein zurück, der die Gründung des Vereins im Rahmen der Berliner Konferenz des Missionsausschusses des Zentralkomitees der Katholikenversammlung Deutschlands im Januar 1911 beantragt hatte.

Im selben Jahr wie das IIMF wurde auch die vom Institut publizierte Zeitschrift für Missionswissenschaft und Religionswissenschaft (ZMR) als erste katholische Fachzeitschrift der damals neuen theologischen Disziplin gegründet. Erster Schriftleiter war der Münsteraner Missionswissenschaftler Joseph Schmidlin. Bis heute besteht eine der wesentlichen Aufgaben des IIMF in der Herausgabe dieser missionswissenschaftlichen Zeitschrift, die gegenwärtig von Mariano Delgado als Schriftleiter verantwortet wird. Zur bewegten Geschichte dieser missionswissenschaftlichen Zeitschrift gehören Namensänderungen, zwangsweise Einstellungen in der NS-Zeit sowie Neugründungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Nachdem die Zeitschrift für Missionswissenschaft im Jahr 1947 wieder erscheinen konnte, gab sie sich 1950 den Namen »Zeitschrift für Missionswissenschaft und Religionswissenschaft« (ZMR).

Heute fördert das IIMF die wissenschaftliche Erforschung theoretischer und praktischer Fragestellungen im Umfeld von Mission, Evangelisierung, Inkulturation und Kommunikation des christlichen Glaubens. Eine wesentliche Herausforderung besteht für das IIMF gegenwärtig darin, Missionswissenschaft neu zu denken und dabei die Reflexionen der interkulturellen Forschungen ebenso wie die Impulse des Postkolonialismus aufzugreifen – und diese in die Missionswissenschaft zu integrieren. Da die christliche Mission in früheren Jahrhunderten auch vom Zeitalter des Kolonialismus geprägt war, trägt derzeit insbesondere der Postkolonialismus mit seiner Akzentuierung der nachhaltigen Dekolonisierung ehemaliger Kolonien gegenüber ihren Kolonialmächten einerseits und seiner Fokussierung auf das Fortbestehen imperialistischer Strukturen in verschiedenen Lebensbereichen andererseits zu einer qualifizierten Weiterentwicklung der missionswissenschaftlichen Reflexion bei. Dabei wird Postkolonialismus heute auch im missionswissenschaftlichen Kontext nicht linear-historisch, sondern als eine in interdependenten Prozessen sich realisierende Realität verstanden, die dazu beiträgt, weithin unreflektiert Machtstrukturen zu etablieren und Menschen zu marginalisieren. Der Postkolonialismus lädt auch die Missionswissenschaft zur Dekonstruktion von Beziehungen sowohl in den früheren Kolonien des Südens als auch in den früheren Kolonialländern des Nordens ein, um Systeme der Unterdrückung in Kirche und Gesellschaft zu durchbrechen. Damit korrespondiert der postkoloniale Ansatz mit einem Verständnis einer relationalen Missionswissenschaft, deren Ziel die Verkündigung einer christlichen Botschaft ist, bei der die menschliche Befreiung und Entfaltung im Zentrum steht. Erforscht werden dabei insbesondere die Erfahrungen von politischer, wirtschaftlicher und kultureller Unterdrückung, durch das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung bestimmte hierarchische Beziehungen, ethnische Dominanz und Subordination, durch Migration bestimmte Kontexte, von hierarchischem und anthropozentrischem Denken geprägte Beziehungen zur Schöpfung, Formen akademischer Diskurse etc.

Diese Reflexionen fließen in die missionswissenschaftlichen Diskurse des IIMF ein, die sich als akademische Beiträge zu der Frage verstehen, wie sich die christliche Mission im 21. Jahrhundert angemessen realisiert. Diese Frage ist für die Kirche in Deutschland ebenso wie für die Weltkirche umso bedeutender, als Papst Franziskus die Mission der Kirche in eindrucksvoller Weise ins Zentrum seines Pontifikats gestellt hat.

Um die qualifizierte Reflexion missionswissenschaftlicher Themen zu fördern, veranstaltet das IIMF wissenschaftliche Symposien und Konferenzen, wirkt an einschlägigen Tagungen mit und fördert die Publikation missiologischer und religionswissenschaftlicher Veröffentlichungen. Die katholischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im IIMF bilden einen Arbeitskreis, der zugleich die von kirchlichen und gesellschaftlichen Vertretern anerkannte »Arbeitsgemeinschaft Missionswissenschaft und Religionswissenschaft« unter den katholisch-theologischen Disziplinen bildet.

Klaus Vellguth ist Professor für Missionswissenschaft an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar (PTHV) und Vorsitzender des Internationalen Instituts für missionswissenschaftliche Forschungen (IIMF)

AUSGEWÄHLTE DEUTSCHE MISSIONSWERKE

Ausgewählte deutsche Missionswerke und -gemeinschaften:

- *Berliner Missionswerk*
  unterstützt Kirchen und Entwicklungsprojekte im Nahen Osten, in Afrika, Ostasien, Russland, Kuba, Nordamerika und Europa
- *Evangelisch-lutherischen Missionswerk in Niedersachsen (ELM)*
  Netzwerk aus 23 evangelischen Kirchen in 19 Ländern in Europa, Afrika, Asien und Lateinamerika
- *Evangelisches Missionswerk in Deutschland*
  Dach- und Fachverband von evangelischen Kirchen, Missionswerken, Freikirchen, missionarischen Vereine und Verbänden
- *Gossner Mission*
  engagiert sich in Indien, Nepal, Sambia, Uganda sowie Deutschland
- *Vereinte Evangelische Mission (ehemals Rheinische Mission)*
  umfasst 38 protestantische Kirchen aus Afrika, Asien, Deutschland sowie die v. Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel
- *Steyler Missionare*
  zwölf Niederlassungen in Deutschland; über 6.000 Steyler Missionare aus über 50 Ländern sind weltweit tätig

Der erste protestantische Missionar in Korea

Die Bedeutung Karl Gützlaffs

HYUN KI OH

Am 17. Juli 1832 kam ein westliches Schiff an die koreanische Küste. Der Name des Schiffes war Lord Amherst, es war das erste Schiff aus dem Westen, das für einen formellen Handel mit dem Ausland nach Korea kam. An Bord war auch der deutsche Missionar Karl Friedrich August Gützlaff. Er war mit pietistischer Missionstheologie ausgerüstet und fuhr als Schiffsarzt und Dolmetscher auf der Lord Amherst mit.

Seine Ausbildung hatte Gützlaff an der 1800 gegründeten Berliner Missionsschule empfangen. Danach studierte er kurzzeitlich an der Berliner Universität. Drei Jahre lang machte er ein Missionspraktikum bei der 1797 gegründeten »Netherlands Missionary Society« in Rotterdam. Danach wirkte er als selbstständiger Freimissionar.

Mit drei Missionsreisen verwirklichte er seinen Wunsch nach Tätigkeit in der ostasiatischen Mission – von China bis Korea und Japan. Zu seiner zweiten Missionsreise ging er 1832 an Bord des 507-Tonnen-Seglers Lord Amherst der Ostindien-Kompanie.

Am Nachmittag des 17. Juli 1832 ging die Lord Amherst an der koreanischen Insel Monggeumdo, Hwanghae Provinz, vor Anker. Anschließend segelte die Lord Amherst an der westlichen Küste der koreanischen Halbinsel entlang. Am 25. Juli 1832 erreichte das Schiff die Insel Godaedo in der Provinz Chungcheong und ankerte in der »Gan-keang« oder »Gang-kiang«, was übersetzt »ein sicherer Ankerplatz« bedeutet. Von diesem Platz aus entwickelte Gützlaff einen intensiven Austausch mit den einheimischen Insel- und Küstenbewohnern.

Obwohl Gützlaff nur für einen Monat, vom 17. Juli bis 17. August 1832, in Korea war, hat er in der koreanischen Missionsgeschichte bedeutende Spuren hinterlassen.

Dazu werden folgende sechs, für die Geschichte Koreas bedeutsame Meilensteine gezählt: Erstens war er der erste protestantische Missionar und zugleich der erste Deutsche in Korea. Gützlaff kam 34 Jahre vor dem später ermordeten englischen Missionar Robert Jermain Thomas, 52 Jahre vor dem amerikanischen Medizinmissionar Horace Newton Allen sowie 53 Jahre vor den amerikanischen Missionaren Horace Grant Underwood und Henry Gehard Appenzeller nach Korea.

Und dennoch werden Underwood und Appenzeller – entgegen den nachweislichen geschichtlichen Gegebenheiten – von der koreanischen Kirche bisher immer noch als »erste protestantische Missionare in Korea« genannt. Tatsächlich aber war Karl Gützlaff der erste protestantische Missionar in Korea!

Zweitens versuchte er als Erster eine Vater-Unser-Übersetzung ins Koreanische: Am 27. Juli 1832 schrieb der junge Koreaner Yang-yhi, der Sekretär des höheren Beamten von Korea, alle Buchstaben der koreanischen Sprache für Gützlaff auf. Mit dieser Hilfe notierte Gützlaff dem jungen Mann das Vater Unser auf Chinesisch und bat ihn anschließend, den Text ins Koreanische zu übersetzen. Diese erste Übersetzung gilt als kleiner, aber bedeutsamer erster Schritt in der koreanischen Übersetzungsgeschichte der christlichen Bibel.

Drittens übergab Gützlaff die erste chinesische Bibel und chinesisch-christliche Bücher. 1823 schenkte Gützlaff dem koreanischen König Sun-Jo die von Robert Morrison und William Milne übersetzte chinesisch-protestantische Bibel »Shen tian sheng shu« sowie weitere Missionstraktate. Während seines Aufenthalts in Korea verteilte er möglicherweise auch an Einheimische die Exemplare des chinesischen Neuen Testamentes, die christlichen Bücher und Traktate. Er gilt als erster Verbreiter von Bibeln und christlichen Texten in chinesischer Sprache.

Viertens nahm er die erste systematische Vorstellung der Exzellenz der koreanischen Schrift »Hangeul« vor. Das heißt, Gützlaff wusste, dass Korea eigene und einzigartige Schriften hat. Und er stellte die koreanische Schrift »Hangeul« zum ersten Mal ausführlich und wissenschaftlich im Westen vor. In November 1832 veröffentlichte er auf Englisch einen mit »Remarks on the Corean Language« überschriebenen Artikel über die koreanische Sprache. Der Beitrag erschien in dem von Robert Morrisson redigierten Missionsmagazin »The Chinese Repository«. Dieser englischsprachige Artikel wurde von ihm zum Teil ins Deutsche übersetzt. So kommt Gützlaff durch seine Vorstellung wichtiger koreanischer Texte auch auf Deutsch eine bedeutende Rolle als Kulturvermittler zu.

Fünftens baute er die ersten Kartoffeln in Korea an. In der deutschen Version von »Gützlaffs Bericht über drei Reisen in den Seeprovinzen Chinas 1831-1833« wurden Armut und schlechte Hygiene in Korea beschrieben. Pietistischen Glaubensgrundsätzen folgend, zeigte Gützlaff den unter mangelnder Ernährung leidenden Koreanern, wie man Kartoffeln anbaut und Saft aus Wildtrauben macht.

Sechstens war er der erste westliche Missionar, der Koreaner mit westlicher Medizin behandelte. Als Schiffsarzt war Gützlaff mit westlicher Medizin vertraut. Zugleich beschäftigte er sich mit traditionellen Heilmethoden. So gelang es ihm, in der kurzen Zeit seines Aufenthalts mehr als 60 Patienten mit Erfolg zu heilen.

Doch warum lohnt es sich, sich in unserer Zeit mit Karl Gützlaff auseinanderzusetzen?

Erstens, durch seinen Besuch in Korea, wurde der Koreanische Protestantismus nicht nur von evangelischen Erbschaften aus Amerika beeinflusst, sondern auch durch die deutsche Erweckungsbewegung. Die Herkunft der westlichen Kultur in Südkorea hat also nicht nur amerikanische Wurzeln.

Zweitens, Gützlaff war in seiner Korea-Mission ein Vorreiter eines modernen Verständnisses von Mission. Es ging ihm nicht darum, eine fremde Religion und Kultur zu verkünden. Sondern er bemühte sich durch seine Sprach- und Kulturstudien und durch seine medizinische Fürsorge um eine ganzheitliche Sicht. Er wollte das Evangelium in den Bedürfnissen der Kultur verkünden.

Drittens, wir brauchen in unserem 21. Jahrhundert einen neuen Gützlaff. Um das Evangelium effektiv zu nutzen, brauchen wir eine neue Alternative in unserer Welt, wobei es um viel Kulturaustausch und die schnelle Veränderung von Selbst- und Fremdbildern geht. Gützlaff hat niemals die Einheimischen in ihrer lokalen Kultur ignoriert oder zur Kultur des Westens gezwungen. Er lebte mit den Einheimischen und suchte den Kontakt auf Augenhöhe. Diesen Ansatz der kulturellen Angleichung seiner Verkündigung verfolgte er auch in China, wo er in Fischerkleidung herumlief. So versuchte er, das Evangelium in der ihm fremden Kultur zu kommunizieren. Er würdigte alle Kulturen und versuchte, sie zu verstehen. Er verfolgte keine Eroberung und keinen Zwang in seiner Mission, sondern versuchte zu verstehen und Zeugnis zu geben.

Dies ist ein wichtiger Punkt, der ihn von manchen westlichen Missionaren unterscheidet. Und hier sollten wir seine Stimme hören, die die Bedeutung des Kulturaustausches betont. Es ist klar, dass Gützlaff in diesem Bereich ein Pionier war. Es wäre schön, in den historischen Bewertungen des Missionars Gützlaffs dies neu zu würdigen und über seine Missionen neue Diskussionen zu führen. Da er uns 1832 mit dem Evangelium berührt hat, sind wir an der Reihe, seinen verborgenen Ruf und seine historische Bedeutung wieder ans Licht zu bringen.

In diesem Sinne ist die Lichtinstallation der Berliner Bethlehemskirche »Memoria Urbana«, die 2012 vom spanischen Künstler Juan Garaizabal in der Mitte von Berlin errichtet wurde, auch für uns Koreaner von großer Bedeutung. Ein berühmter Prediger dieser böhmisch-lutherischen Bethlehemsgemeinde war Johannes Jänicke, Gründer der ersten deutschen Missionsschule. Zu seinen wichtigen Zöglingen gehörte Karl Gützlaff. Darum hat meine presbyterianische Dongil-Gemeinde in Daegu eine Kopie dieses Werkes der »Memoria Urnana«, das ca. 5 Meter hoch ist, durch den Künstler Juan Garaizabal im Jahr 2016 auf der Insel Godaedo in Korea errichten lassen. Hier war Karl Gützlaff angekommen. Die Installation auf der Insel Godaedo ist eine Verbindung nach Berlin und eine tiefe Erinnerung an den ersten protestantischen Missionar und den ersten Deutschen Karl Gützlaff in Korea: »Er erweckte uns, jetzt erwecken wir ihn«.

Hyun Ki Oh ist Hauptpastor der Dongil presbyterianischen Kirchengemeinde in Daegu in Südkorea und Vorsitzender der Karl Gützlaff Gesellschaft

Raus aus der eigenen Filterblase

Das Christian Jensen Kolleg in Breklum interpretiert Mission neu

Pastorin Nora Steen leitet seit 2018 das Christian Jensen Kolleg, ein Bildungs- und Tagungszentrum der Nordkirche, im nordfriesischen Breklum. Der Gründer der Breklumer Mission, Christian Jensen, bildete Ende des 19. Jahrhunderts dort Missionarinnen und Missionare aus. Heute füllt das Kolleg seine Tradition mit neuem Leben und positioniert sich als Ort des gesellschaftlichen Austauschs über Glaubensgrenzen hinweg.

Theresa Brüheim: Frau Steen, seit über einem Jahr leiten Sie das Christian Jensen Kolleg im nordfriesischen Breklum. Was ist das Christian Jensen Kolleg und was macht es?
Nora Steen: Breklum hat eine lange Tradition in der Missionsgeschichte. Christian Jensen gründete hier vor knapp 150 Jahren eine Mission. Mit der Zeit überlebten sich die Missionszentren und die Frage kam auf: Was tun wir mit diesem Ort? 2005 entstand daraus eine gemeinnützige GmbH: das Christian Jensen Kolleg, ein Bildungszentrum der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Norddeutschland, der sogenannten Nordkirche. Es gibt verschiedene Tagungsangebote, die sich um Ökumene, gesellschaftlichen Dialog und vor allem Nachhaltigkeit drehen. Wir haben drei Schwerpunkte: klassische Akademiearbeit, Bildungsarbeit und spirituelle Angebote.

Inwieweit steht das Kolleg mit der heutigen Arbeit noch in der Tradition Christian Jensens, der evangelisch-theologische Missionare ausgebildet hat?
Christian Jensen gründete die Mission hier 1873. So lang ist das noch nicht her. Er war Pastor der Breklumer Kirchengemeinde. Von hier aus wurden Frauen und Männer in die ganze Welt geschickt. Für die damalige Zeit war das sehr ambitioniert. Nordfriesland ist Weideland weitab von allem. Man muss erst mal auf die Idee kommen, in dieser kargen Gegend einen Ort aufzubauen, von dem aus Menschen in weite Ferne nach China oder Indien gehen. Das finde ich bis heute bewundernswert. Jensen fragte: Was braucht die Welt? Was brauchen die Menschen? Anfangs gründete er in Breklum eine Druckerei. Er hatte gemerkt, dass die Leute es nicht schafften, in die Kirche zu gehen. Sie arbeiteten auf den Feldern, die Wege waren weit. Die Kirche musste zu den Menschen kommen. Seine Verlagstätigkeit war rege, jede Woche gab er ein Sonntagsblatt in 5.000-facher Auflage heraus. Das wurde in der gesamten Region verteilt – sehr fortschrittlich. Dann gründete Jensen hier auch ein Krankenhaus und Gymnasium. Er war nach innen und außen tätig. Neben Männern wurden auch Frauen, die nach Breklum kamen, zu Missionarinnen und Missionaren ausgebildet. Sie mussten keine Theologen sein, sondern sie sollten überzeugt das Evangelium in die Welt hinaustragen.
Für unsere heutigen Ohren mag das seltsam klingen. Aber damals waren sie Pioniere. Sie sind Wege gegangen, die absolut unkonventionell für ihre Zeit waren.
Bis heute ist das eine große Stärke dieses Ortes: Wir schauen, was braucht unsere Zeit, wo ist es gut, sich über gesellschaftliche Konventionen hinwegzusetzen und eigene Ideale zu verfolgen. Die Formen und die Sprachmuster haben sich natürlich ganz und gar geändert. Mission bedeutet heute nicht mehr, dass wir Menschen in Indien oder Afrika den christlichen Glauben nahebringen wollen. Es ist eher umgekehrt: Wir sollten aus den Ländern des Südens lernen, wie Kirchen wieder missionarischer sein können. Bis heute ist es so geblieben, dass wir sehr interessiert an einem Dialog sind, an einem Austausch mit Menschen, die aus anderen Kulturen kommen, die anders denken als wir. Wir möchten Theorie und Praxis miteinander verbinden. In möglichst vielen Lebensbereichen. Es war bei Christian Jensen auch so, dass die Lehre, die reine Bildung immer mit der Praxis verknüpft war. Man hat in Breklum Theologie getrieben, um in die Welt rauszugehen. Diese Verbindung möchte ich wieder stärker freilegen, weil ich wirklich glaube, dass wir Erfahrungsräume brauchen und sich nur so bestimmtes Wissen in ein anderes Handeln transformieren lässt.
Wir sind heutzutage überfrachtet mit Wissen, Theorien und so weiter. Aber wie können wir tatsächlich anders leben? Das ist ein Punkt, an dem es nicht nur im individuellen Leben, sondern auch gesamtgesellschaftlich schwierig wird. Wir haben hier oben in Nordfriesland das Wattenmeer direkt vor der Tür. Die Gezeiten geben den Takt vor – ob ich will oder nicht. Die Natur zeigt mir die Grenzen meines Handelns. Das ist eine großartige Lehrschule für den Umgang mit unserer Welt. Auch dafür, jetzt schleunigst vieles zu ändern. Am Christian Jensen Kolleg möchte ich Angebote schaffen, in denen Menschen gemeinsam etwas erleben, indem sie rausgehen aufs Watt oder sich im Herbst Vogelzüge angucken. Die Vogelvielfalt am Wattenmeer ist unglaublich. Die Vögel überwintern in Portugal oder ziehen nach Afrika. Das Thema Globalisierung wird dann handgreiflich und spürbar – und auch, was sich ändert, wenn wir zu stark in diese Abläufe der Natur eingreifen.

Mit Anfang 40 zählen Sie zu den jungen Stimmen in der modernen »Missionsarbeit«. Wie beurteilen Sie den Generationswechsel, der allmählich in diesem Arbeitsfeld stattfindet?
Persönlich denke ich, dass es vor allem ein Wechsel von Formen und Sprachmustern sein wird: Wie rede ich über meinen Glauben und in welchen Formen verorte ich ihn?
Aktuell haben wir noch eine Generation, die ihre Anliegen sehr stark aus politischem Impetus heraus vertritt. Aber jetzt müssen die Jüngeren übernehmen. Die werden das aber nicht in der Weise tun, wie es in den letzten Jahrzehnten gelaufen ist.
Viele Themen sind natürlich immer noch relevant, z. B. die Verantwortung für die Schöpfung. Dass wir uns selbst begrenzen müssen, wenn wir diesen Planeten retten wollen, ist ein zutiefst biblisches Bild. Oder die Frage der Nächstenliebe: »Liebe deinen Nächsten wie dich selbst«. Dieser Satz aus dem Neuen Testament wird wieder aktuell, wenn wir auf die Geschehnisse an den Grenzen Europas im Mittelmeer schauen.
Wie gehen wir mit denen um, die nicht unmittelbar zu Familie und Freunden gehören, sondern die uns erst mal fremd sind? Da ist das christliche Grundanliegen sehr aktuell. Aber wir müssen unsere guten Inhalte auch so an jüngere Generationen herantragen, dass sie damit was anfangen können. Aus meiner Sicht ist das die größte Frage des Generationswechsels: Wie können wir das hinkriegen? Wie können wir digitale Zusammenkünfte und Dialog für unsere Themen nutzen? In anderen Bereichen ist das längst normal, im kirchlichen Bereich bislang eher die Ausnahme.

Welche Impulse wollen Sie als Leiterin des Christian Jensen Kollegs setzen? Welche »neuen Formen« fördern Sie?
Mir ist es wichtig, zu zeigen, dass wir mit unseren Themen aktuell sind. Christian Jensen hat da weit vorausgedacht. Er wusste, es ist wichtig, über den Tellerrand hinauszuschauen und uns mit anderen Denkmustern und Kulturen zu konfrontieren. Das ist modern und zeitgemäß. Allerdings besteht für eine kirchliche Einrichtung heute die Herausforderung weniger darin, unsere Inhalte nach Indien oder Südamerika zu tragen. Wir wissen, dass dort die Kirchen wachsen, im Gegensatz zu jenen in Europa.
Wir müssen vielmehr nach innen schauen. Da sehe ich für uns große Herausforderungen. Wenn ich nach Deutschland gucke, sehe ich verhärtete Fronten innerhalb unserer Gesellschaft. Viele Gruppen reden nicht mehr miteinander. Wir sind nach innen nicht mehr sprachfähig. Es ist einfacher, sich mit einer indischen Partnergruppe zu treffen, als zu sagen: Ich rede jetzt mit Menschen, die die AfD wählen – aber nie sagen würden: »Ich bin rechtsextrem«. Im August hatten wir einen Workshop »Diskutieren lernen mit Andersdenkenden«. Da war dieser »Clash der Kulturen« viel, viel stärker.
Das ist eine ganz große Aufgabe, die ich im weitesten Sinn als unseren missionarischen Auftrag verstehe. Nicht im Sinne von: »Ich erzähle euch, dass ihr alle zum Christentum wechseln sollt« – das hat Jesus in der Weise auch nicht gemacht. Sondern: Wir wollen Räume öffnen, wo Menschen miteinander in Austausch kommen können, die es von allein niemals tun würden. Raus aus der eigenen Blase, rein in das gemeinschaftliche Denken. Das machen wir in Breklum. Vor Kurzem gab es einen Workshoptag mit Jugendlichen, die bei »Fridays for Future« organisiert sind. Sie wollten die Verantwortungsträger aus dem Kreis Nordfriesland treffen. Die Jugendlichen haben dabei zum ersten Mal politische Verantwortliche und Fachleute von Firmen der regenerativen Energien getroffen. Das klingt banal, aber es passiert ansonsten selten. Man lebt aneinander vorbei und trifft sich selten. Dies zu ändern und Räume der Begegnung über kulturelle Grenzen hinweg zu schaffen, ist unser Anspruch als kirchliches Bildungskolleg.

Vielen Dank.

Nora Steen ist Pastorin, Theologische Leiterin und Geschäftsführerin des Christian Jensen Kolleg. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

FOTO: VITJITUA NDJIHARINE

»Adaptations«, 2015, mixed media

Der Einmann-Missionar

Karl Gützlaff als Alternative zum Humboldt Forum

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Es ist unsere Entscheidung. Die Zeit bis zur Eröffnung des Humboldt Forums könnten wir nach Berliner Art mit Maulen und Motzen füllen. Doch das dürfte lang und langweilig werden. Oder wir schauen uns nach Orten um, an denen seine Themen schon jetzt zu studieren sind. Das möchte ich vorschlagen und die Aufmerksamkeit auf einen Berliner Ort richten, der schon längst die Frage nach einer anderen Globalisierung im Stadtraum gegenwärtig hält. Er befindet sich übrigens in unmittelbarer Nachbarschaft zur Geschäftsstelle des Deutschen Kulturrates. Von dort sind es nur wenige Schritte bis zum Bethlehemskirchplatz. Die Kirche, die diesem Platz den Namen gab, war ein zierlicher Kuppelbau, der 1737 für evangelische Glaubensflüchtlinge aus Böhmen errichtet worden war. Im Zweiten Weltkrieg wurde sie schwer verletzt, in der brutalen Nachkriegsmoderne dann »nachgesprengt« und abgetragen. Verschwunden, vergessen – dabei ist diese Kirche gerade heute der Erinnerung wert.
Von der Bethlehemskirche aus wurde eine Mission betrieben, die manches Klischee sprengt. Sie war nicht einfach ein Teil des deutschen Kolonialismus, sondern wollte sich in ganz neuer Weise mit fremden Kulturen verbinden. Es war vor allem Karl Gützlaff, der dadurch für manche Aufregung sorgte. Ohne eine große Institution, sondern als Einmann-Missionar zog er nach Macao, China und Korea. Dort wird er noch heute als erster protestantischer Missionar verehrt. Er wollte nicht ganze Länder und Völker für seinen Glauben gewinnen, sondern einzelne, einfache Menschen ansprechen. Dazu versuchte er, ihnen in Sprache, Kleidung,

Ernährung und Lebensweise gleich zu werden. Chinesisch lernte er so: »Ich baute mir ein Haus von Brettern, nahm drei oder vier Chinesen, die lahm waren, auf, so waren sie den ganzen Tag bei mir und redeten ihre Landessprache, und so wurde ich mit ihrer Sprache bekannt.« Nicht nur in China trug er landestypische Gewänder. Auch bei Heimatbesuchen ging er wie ein Mandarin gekleidet durch die Straßen. Man kann sich vorstellen, welches Aufsehen dies erregte. Ein richtiger Skandal war es, als er 1850 in Berlin einen Vortrag mit einem Fürbittengebet endete, in dem er für das chinesische Volk und seinen Kaiser betete. Ein Zeitzeuge erklärte: »Gützlaff ist kein Deutscher mehr, sondern durch und durch mit dem chinesischen Volk verwachsen.«
Zum Glück ist die Bethlehemskirche nicht ganz verschwunden. An ihrer Stelle steht jetzt eine Stahlskulptur, die ihre Struktur maßstabstreu nachbildet. Der spanische Konzeptkünstler Juan Garaizabal hat sie geschaffen. Die Wände hat er sinnigerweise offen gelassen und durchlässig gestaltet. 2012 wurde dieses Kunstwerk errichtet. Eigentlich sollte es nach einem halben Jahr abgebaut werden. Dass es immer noch steht, ist aber nicht einer Unachtsamkeit der so geschätzten Berliner Stadtverwaltung geschuldet, sondern dem Engagement eines Unterstützerkreises zu verdanken. Denn es ist ein Denkmal für sehr eigentümliche Stadt- und Welt-Geschichten. Solange das Humboldt Forum noch nicht fertig ist, kann man sich von ihm anregen lassen. Übrigens, ein paar Spenden zum endgültigen Erwerb werden noch gesammelt.

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD)

Lokale Medienvielfalt – eine Illusion?

Bei lokalen und regionalen Informationen droht ein Verlust an Vielfalt

HELMUT HARTUNG

Welche Medien berichten über die Ereignisse in meiner Stadt? Welche Radiosender gibt es in Bochum, welche Lokalzeitungen in Dortmund? Und wo finde ich Online-Portale, die über das lokale Geschehen im Umkreis berichten? All diese Fragen beantwortet seit Juli die interaktive Übersicht der Lokalmedien in Nordrhein-Westfalen (NRW), veröffentlicht vom Journalismus Lab der Landesanstalt für Medien NRW, mit nur wenigen Klicks. Die digitale Landkarte macht sämtliche lokale Zeitungen und Zeitschriften, alle privaten Radio- und TV-Sender sowie Online-Portale im Bundesland sichtbar. Eine solche Karte, bisher in Deutschland einmalig, kann die »schwarzen« Flecken aufzeigen oder die Regionen benennen, in denen es sogar mehrere konkurrierende lokale Medien gibt. Sie kann damit Hilfe zum Handeln geben. Wenn von Medienvielfalt die Rede ist, denken die meisten zuerst an überregionale Zeitungen oder TV-Sender, an News-Online-Portale oder soziale Netzwerke. Lokale und regionale Medien geraten dabei oft aus dem Blick.

Es gäbe auch in NRW einige blinde Flecken, also Landkreise oder Regionen, die medial unterversorgt sind, beschreibt Simone Jost-Westendorf, Leiterin des Journalismus Lab, das lokale Medienangebot. »Das betrifft vor allem ländliche Gebiete. Und was auch auffällt: Die Zahl der Einzeitungskreise nimmt zu. Das bedeutet, dass immer weniger Menschen die Auswahl zwischen verschiedenen Zeitungen haben. Gleichzeitig entstehen neue digitale Angebote.« Bei diesen Angeboten handelt es sich jedoch vor allem um journalistische Blogs. Aber können diese Blogs rückläufige lokale Angebote bei Tageszeitungen ausgleichen? Simone Jost-Westendorf: »Unseres Wissens vermögen es nur wenige Angebote, langfristig das gesamte Informationsangebot von Tageszeitungen abzudecken und damit rückläufige Angebote auszugleichen. Diese digitalen Angebote sind aber sehr wichtig als zusätzliche Stimmen im Lokalen. Teils handelt es sich um hyperlokale Angebote, teils um Blogs, die Nischenthemen behandeln. Damit ergänzen sie die bestehenden Angebote.«

NRW ist bei der Förderung von Lokaljournalismus weiter als andere Bundesländer. Mit einem eigenen Preis werden Projekte, die für innovativen und vielfältigen Lokaljournalismus in und aus NRW stehen, ausgezeichnet. Doch wie es aussieht, reicht das nicht aus, um eine lokale Medienvielfalt zu sichern.

Auch Jugendliche haben großes Interesse an lokalen Informationen

Wer sich an seinem Wohnort heimisch fühlen möchte, muss wissen, was dort vor sich geht. Für knapp zwei Drittel der Menschen gehört es daher zum Alltag, sich regelmäßig über das Geschehen vor Ort auf dem Laufenden zu halten. Das mit Abstand wichtigste Medium hierfür sind die Zeitungen: 61 Prozent nutzen die regionalen Tageszeitungen gedruckt und digital, um sich über die Ereignisse daheim oder in der näheren Umgebung zu informieren. Die Zeitungen rangieren damit sogar vor persönlichen Gesprächen (49%) und anderen Internetangeboten (53%), kostenlosen Anzeigenblättern (51%), Radio (37%), Amts- und Gemeindeblättern (31%) sowie Regionalfernsehen (30%). Das sind Ergebnisse einer aktuellen Studie, die die Zeitungsmarktforschung Gesellschaft (ZMG) im Auftrag des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) durchgeführt hat. Für neun von zehn Deutsche ist »Heimat« eine wichtige Kategorie. Sie definieren sie in erster Linie emotional: »Meine Heimat ist dort, wo ich mich wohlfühle«, sagen 91 Prozent. »Ein Ort, den ich in meinem Herzen trage« (82%), »wo die Menschen sind, die ich liebe« und »wo ich das Gefühl habe dazuzugehören« (jeweils 81%). Auch von den 14- bis 29-Jährigen geben 55 Prozent die regionale Tageszeitung (gedruckt und digital) als Informationsquelle für Lokales an, 62 Prozent der 30- bis 49-Jährigen nutzen sie hierfür ebenso wie 63 Prozent der über 50-Jährigen.

Für das subjektive Empfinden spielt auch die räumliche Zugehörigkeit eine Rolle: 82 Prozent verbinden mit Heimat die Umgebung, die vertraut und bekannt ist bzw. den eigenen Wohnort (76%). Heimat steht also für Nähe, Vertrautheit, Zugehörigkeit. Eine (emotionale) Heimat zu haben, gewinnt in Zeiten der Globalisierung offenbar an Bedeutung.

Klassische Medien sind für die lokale Meinungsbildung am wichtigsten

Nach Analysen des aktuellen »MedienVielfaltsMonitors« der Medienanstalten nimmt die generelle Bedeutung der klassischen Medien für die Meinungsbildung weiter ab. Die Relevanz des Fernsehens für die überregionale Meinungsbildung ist in den letzten fünf Jahren von 36,9 Prozent auf 32,7 Prozent gesunken. Gewinner dieser Entwicklung ist das Internet. Sein Gewicht für die Meinungsbildung, das sich aus der Nutzung und der Wichtigkeit des Mediums für die Meinungsbildung der Nutzer ergibt, stieg im gleichen Zeitraum von 17,9 Prozent auf 27,7 Prozent. Für die unter 50-Jährigen ist das Internet der Spitzenreiter für die Meinungsbildung: Bei den 14- bis 29-Jährigen liegt das ermittelte Meinungsbildungsgewicht des Internets mit 54,5 Prozent knapp doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt. Ein ganz anderes Bild zeigt ein Blick auf die Relevanz der Medien, wenn es um lokale oder regionale Informationen geht: Einflussreichste Mediengattung bleibt hinsichtlich des ermittelten Meinungsbildungsgewichts für lokale und regionale Themen – trotz ihrer rückläufigen Reichweite – die Tageszeitung mit 32,1 Prozent, gefolgt von Internet (26,4%), Radio (22,1%) und Fernsehen (14,4%).

Zeitungen sind für lokale Informationen weiterhin das glaubwürdigste Medium

Diese Analyse verwundert nicht. Denn überregionale Online-News-Plattformen verfügen im Gegensatz zu Zeitungen oder Radiosender über keine lokalen Redaktionen, die kompetent vor Ort berichten, sondern leben – wenn sie überhaupt lokale oder regionale Informationen aufgreifen – von sozialen Netzwerken oder User-generated Content. Teilweise kopieren sie auch nur News von lokalen Medien. Die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen sind in eine solche zweifelhafte Nachrichtenkompetenz aus zweiter Hand natürlich gering. Lokale Blogs, die in großer Zahl nicht nur in NRW inzwischen präsent sind, haben aufgrund der Schwierigkeiten bei der Refinanzierung und damit zumeist geringen Personalausstattung nur eine geringe Relevanz. Auch die durch Landesmedienanstalten finanzierten Bürgerradios können nur sehr begrenzt zur Meinungsvielfalt beitragen. Während Online-Plattformen heute bei nationalen und internationalen Themen eine professionelle und aktuelle Berichterstattung in Konkurrenz zu den klassischen Medien bieten können, ist das im lokalen und regionalen Bereich nur in Ausnahmen möglich. Die große Mehrheit regionaler Online-Angebote stammt von Regionalzeitungen, Hörfunksendern oder TV-Anstalten. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung (38%) hält die Zeitung bei lokalen und regionalen Informationen somit für das glaubwürdigste Medium. Mit deutlichem Abstand folgen die öffentlich-rechtlichen Medien (19%) und das Internet (12%). Privatfunk und kostenlose Anzeigenblätter (3%) reichen in puncto Glaubwürdigkeit nicht an die Zeitung heran. Nach Angaben des BDZV publizieren Verlagshäuser mehr als 600 digitale Nachrichtenangebote und verbreiten täglich gut 300 gedruckte Lokal- und Regionalzeitungen. Die Bedeutung regionaler und lokaler Medienhäuser für die lokale Information ist deshalb weiterhin sehr groß und kaum durch andere Angebote zu kompensieren. »Ein verlässliches lokales Informationsangebot wie das der regionalen Tageszeitungen ist zum einen für das subjektive Empfinden von Lebensqualität ein wichtiges Element. Gleichzeitig ist es aber auch eine unverzichtbare gesellschaftliche Notwendigkeit und Grundlage für politische Meinungsbildung, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie«, so bewertet Dietmar Wolff, BDZV-Hauptgeschäftsführer die Bedeutung kompetenter und glaubwürdiger lokaler Nachrichten. »Die schiere Fülle von Nachrichten und Informationen, die heute auf Leserinnen und Leser über alle Kanäle rund um die Uhr einstürzt«, so Wolff, »kann zu Überforderung, Misstrauen, Ablehnung führen. Bei lokalen und regionalen Medien sehe ich da den Vorzug der schnellen und häufig auch einfachen Überprüfbarkeit. Auch deshalb ist die Zeitung das glaubwürdigste Medium bei lokalen und regionalen Themen.«

Es droht ein Verlust an Vielfalt bei lokaler und regionaler Information

Doch die Situation bei den regionalen und lokalen Zeitungsverlagen ist, ebenso wie bei der gesamten Printbranche, schwierig und oft sind diese Verlage auch Gesellschafter bei lokalen Radiosendern. In einer Studie des Instituts für Europäisches Medienrecht im Auftrag der Thüringer Landesmedienanstalt und der Thüringer Staatskanzlei vom April 2019 wurde auf diese dramatische Situation aufmerksam gemacht: »Im Lokaljournalismus ist ein wachsender Konzentrationsgrad zu erkennen – verbunden mit Einsparungen im Redaktionsbereich. Die Konkurrenz durch neuartige Angebote im Internet in Verbindung mit Formen individualisierter Werbeausspielung belastet werbliche Refinanzierungsmöglichkeiten für klassische Presse- und Rundfunkangebote auf lokaler bzw. regionaler Ebene zusätzlich und birgt Risiken im Hinblick auf neue Angebotsformen für lokale und regionale Informationen. Disruptive Prozesse, die durch neue Akteure, neue Inhalte und neue Vermarktungsansätze in der kulturellen, ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Wertschöpfung mittels medialer Beiträge zur individuellen und öffentlichen Meinungsbildung ausgelöst werden können, bergen nicht nur die Kraft ›schöpferischer Zerstörung‹, sondern auch das Risiko vielfaltsbegrenzender Entwicklungen – nicht zuletzt auf der lokalen und regionalen Ebene des demokratischen Prozesses und gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Ökonomische Vielfaltsgefährdungen durch erschwerte Refinanzierungsmöglichkeiten gehen mit vielfaltsgefährdendem Wandel im Mediennutzungsverhalten einher: Ein Generationenabriss in der Nutzung lokaler und regionaler Informationsangebote würde eine wesentliche Grundlage demokratischer Willensbildung erodieren und birgt damit Risiken, die weit über wirtschaftliche Zukunftsperspektiven von Medienhäusern hinausreichen.«

In der Studie wird deshalb eine stärkere gesellschaftliche Förderung lokaler Medien als einziger Weg aus dieser Informationsmisere gekennzeichnet. Die Vorschläge reichen von einer Bezuschussung zu einer allgemeinen Verbesserung der Rahmenbedingungen für Vielfalt durch Aus- und Weiterbildung von Journalisten. Möglich ist sowohl eine direkte Medienförderung in Form unmittelbarer finanzieller Zuwendungen des Staates an Medienunternehmen als auch Maßnahmen der indirekten Medienförderung, z. B. über Steuererleichterungen oder Medienkompetenz- und Forschungsförderung. Für Benjamin-Immanuel Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Thüringens, darf Presseförderung »niemals Selbstzweck sein, weder als Selbstdarstellungswerkzeug für die Förderer dienen noch zur Erschleichung gewogener Berichterstattung oder dergleichen. Presseförderung sollte nur als Nothilfemaßnahme stattfinden und muss natürlich inhaltsneutral und diskriminierungsfrei ausgestaltet sein. Die Inhaltsneutralität wäre gegeben, wenn sich die Förderung beispielsweise auf Verbreitungskosten beschränkt. Dass diese Art der Unterstützung, ich sage ganz deutlich auch die Unterstützung der Zustellkosten, aktueller denn je ist, zeigt sich auch an dem gleichgelagerten Vorschlag von Bundesminister Heil.« Die deutschen Verlegerverbände verhandeln seit einigen Monaten mit dem Arbeitsministerium über eine direkte Infrastrukturförderung für Logistik. Sie hoffen auf eine dreistellige Millionensumme für die Branche.

Länder gründen Arbeitsgruppe »Regionale Vielfalt«

Um weitere Fördermaßnahmen für lokale Medien zu prüfen, haben die Bundesländer eine Arbeitsgruppe »Regionale Vielfalt« gegründet. Den Vorsitz hat Sachsen übernommen. Wie Oliver Schenk, Chef der Sächsischen Staatskanzlei in einem Interview mit medienpolitik.net informierte, sehen die Länder wachsende Probleme im lokalen und regionalen Medienbereich. Dies betreffe sowohl Printmedien als auch die elektronischen Medien, insbesondere das Fernsehen. »Es droht«, so Schenk, »ein Verlust an Vielfalt in der öffentlichen Debatte und bei der Information der Bürgerinnen und Bürger über Ereignisse und Entwicklungen gerade auch in ihrer unmittelbaren Nähe.« Die Arbeitsgruppe will das Thema umfassend betrachten. Deshalb soll auch die Situation der regionalen und lokalen Zeitungen in den Fokus genommen werden. Dabei will man auch die Entwicklung in anderen europäischen Ländern berücksichtigen.

Allerdings ist die Frage eines Förderausbaues im Länderkreis keinesfalls unumstritten und bedarf, so Schenk, noch sorgfältiger Erörterung. Bei einer Inhalteförderung aus öffentlichen Mitteln wäre aus rechtlichen Gründen auf deren staats- und politikferne Ausgestaltung zu achten. »Ob« überhaupt und »wann« ein solcher Staatsvertrag zustande kommt, lässt sich gegenwärtig nicht abschätzen.

Eine Medienvielfalt bei lokalen und regionalen Medien muss keine Illusion sein und könnte auch in der digitalen Medienwelt ein Rückgrat unserer demokratischen Gesellschaft bilden. Aber diese Gesellschaft muss sich dafür stärker als bisher mit Ideen, Projekten wie dem in NRW, und auch finanzieller Förderung engagieren. Allein schaffen die lokalen Medien die digitale Transformation nicht. Soziale Netzwerke sind auch im lokalen Bereich kein Ersatz für kompetenten und glaubwürdigen Journalismus.

Helmut Hartung ist Chefredakteur des Blogs medienpolitik.net

Jetzt 10x im Jahr!

»Politik & Kultur«, der Wegweiser zur Kulturpolitik in Deutschland, Europa und der Welt ist jetzt aktueller denn je: mehr Neuigkeiten, mehr Themen, mehr Autorinnen und Autoren – mehr Kulturpolitik!

Seit 2019 erscheint »Politik & Kultur« statt sechs- gleich zehnmal im Jahr und informiert zu kulturpolitischen Fragestellungen. In jeder Ausgabe wird zusätzlich einem Thema ein Schwerpunkt gewidmet. »Politik & Kultur« ist die Zeitung des Deutschen Kulturrates und wird herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

Abonnieren Sie »Politik & Kultur« für 30 Euro im Jahr inkl. Versand unter www.kulturrat-shop.de oder per Email an info@politikundkultur.net.

Abo sichern und keine Ausgabe mehr verpassen!

FOTO: PICTURE ALLIANCE/IMAGEBROKER

Das Internet war noch nie »Wilder Westen«, d. h. ein Raum, in dem keine Gesetze greifen

Kein »Wilder Westen«

Freiheit und Verantwortung im Internet

ANN CATHRIN RIEDEL

Das Internet ist ein Versprechen von Freiheit. Doch Freiheit funktioniert nicht ohne Verantwortung. Das Internet war noch nie Wilder Westen – ein Raum, in dem keine Gesetze, keine Regulierung gegriffen hätten. Dieses Internet existierte und existiert auch heute nicht im luftleeren Raum, sondern funktioniert nur durch Server und Übertragungsmittel, die auf staatlichem Territorium stehen und damit örtlichen Gesetzen unterliegen. Natürlich müssen Gesetze für das digitale Zeitalter angepasst werden, manche auch neu geschaffen werden, wenn erkannt wird, dass neue Möglichkeiten zum Nachteil der Gesellschaft genutzt werden. Grundlage hierfür sollten immer die Werte und Prinzipien sein, die wir bereits in der analogen Welt als unseren Maßstab ansetzen. Gute Regulierung, Verantwortung für das Internet kann nur gelingen, wenn wir es als das betrachten, was es ist: ein weltweiter Verbund von Rechnernetzwerken. Leider schauen wir zu häufig ausschließlich auf Plattformen, die im Internet existieren, und versuchen diese zu regulieren, als wären sie »das Internet«. Freilich tragen Plattformen Verantwortung und gehören reguliert. Aber die Regulierung der Plattformen darf eben nicht außer Acht lassen, dass das Internet weit mehr ist als diese.

Um über Freiheit und Verantwortung im Netz zu sprechen, möchte ich das Internet verlassen und den Blick auf die gesamte digitalisierte oder noch zu digitalisierende Welt richten. Uns begegnet hier zunehmend die Frage: Wie wollen wir im Zeitalter der Digitalisierung leben? Selbst Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier appellierte an die Besucher des Evangelischen Kirchentags 2019, dass sie sich intensiver mit dieser Fragestellung auseinandersetzen und sich einbringen sollen. Die Digitalisierung stellt uns nicht vor gänzlich neue ethische Fragen. Sie stellt uns aber vor die wichtige Aufgabe, unsere Prinzipien und Wertvorstellungen mit in die digitale Welt zu nehmen und auf diese zu übertragen. Dass das nicht immer leicht ist und uns teilweise vor enorme Herausforderungen, aber auch Chancen stellt, ist nicht überraschend.

Im Fokus dieser digitalisierten Welt stehen algorithmische Entscheidungssysteme, die häufig hochtrabend als Entscheidungen einer künstlichen Intelligenz dargestellt werden, es aber selten sind. Wir diskutieren sehr viel darüber, was ein autonom fahrendes Auto dürfen soll und was nicht; setzen sogar – richtigerweise – eine Ethik-Kommission ein, die dem Gesetzgeber Vorschläge zur rechtlichen Gestaltung geben soll und dies auch tut. Es wurde eine Datenethikkommission eingesetzt, die die Bundesregierung zum ethischen Umgang mit Daten berät und eine »High-Level Expert Group« der Europäischen Kommission, die ethische Rahmenbedingungen für den Umgang mit künstlicher Intelligenz bereits veröffentlichte. Wir diskutieren – völlig zu Recht – inwieweit Algorithmen darüber entscheiden dürfen sollen, ob jemand ins Gefängnis kommt oder nicht. Ob Algorithmen besser und neutraler entscheiden, als Richter es können, oder ob sie nicht doch Vorurteile reproduzieren. Die Tendenz dieser Diskussionen ist meistens klar: Gerade schwerwiegende Entscheidungen, die Grundrechte oder das (weitere) Leben beeinträchtigen können, sollten möglichst abschließend von Menschen getroffen werden.

Bei algorithmischen Systemen, bei denen wir heute sagen, dass wir sie nutzen wollen, um z. B. eine weitere Grundlage für menschliche Entscheidungen zu haben, sprechen wir intensiv über Probleme durch ein Bias, also einer Verzerrung, über Transparenz, Nachvollziehbarkeit und die Qualität von Daten, mit denen dieses System trainiert oder schließlich gefüttert wird. Auch hier geht die Tendenz in die Richtung, dass wir als Gesellschaft Entscheidungen, die algorithmische Systeme für uns treffen, unbedingt nachvollziehen können müssen. So können wir sie nicht nur verstehen, sondern auch an entsprechenden Stellen Beschwerde einlegen, sodass automatisierte Entscheidungen von Menschen überprüft werden. Es geht hier um nichts weniger als den Schutz von Grund- und Bürgerrechten.

Verengen wir wieder unseren Blick und schauen auf das Internet, stellt sich nun die Frage, warum wir hier nicht mit der gleichen Vorsicht und Gewissenhaftigkeit vorgehen. Betrachten wir z. B. die EU-Urheberrechtsrichtlinie. Ja, Uploadfilter stehen nicht im Gesetzestext. Das tut aber wenig zur Sache, wenn klar ist, dass nur durch technische Hilfsmittel, durch Algorithmen, im Volksmund eben auch Uploadfilter genannt, Gesetze umgesetzt werden können. Da helfen keine nationalen Alleingänge, die Uploadfilter verbieten und Pauschallizenzen verpflichtend machen wollen. Uploadfilter sind nichts anderes als algorithmische Systeme, die abgleichen, ob für urheberrechtlich geschütztes Material, das auf eine Plattform hochgeladen wird, eine Lizenz vorhanden ist, oder ob eine der zahlreichen urheberrechtlichen Schranken greift. So z. B. eine für Satire oder eine für Parodie. Dass Technologie dies heute überhaupt leisten kann, wird von allen Experten stark bezweifelt.

Nun könnte man sagen, es kann auch hier Beschwerdestellen geben, sodass ein Mensch die Entscheidung des Uploadfilters überprüfen muss. Das ist richtig. Bei der Menge an Material, das auf Plattformen hochgeladen wird – allein auf YouTube sind es 400 Stunden pro Minute(!) – bei der Vielzahl an Sprachen, Dialekten, Slang, Insider-Witzen und sonstigen Informationen, die zur Einordnung – sei es durch Mensch oder Algorithmus – notwendig sind, ein schier unmögliches Unterfangen. Es würde nicht nur auf eine unermessliche Summe an algorithmischen Fehlentscheidungen hinauslaufen, sondern auch auf eine durch den Menschen. Von der zeitlichen Verzögerung bis zu einer Entscheidung und damit rechtmäßigen Publikation eines Beitrags auf einer Plattform ganz zu schweigen.

Wo blieb und wo bleibt in der Diskussion über das Internet und Plattformen die Debatte um die Auslagerung der Grundrechte betreffender Entscheidungen an algorithmische Systeme? Wir führten sie nicht und das, obwohl das Thema Ethik, die Frage nach dem guten Leben im digitalen Raum, gerade bei so vielen politischen Institutionen auf der Prioritätenliste steht. Algorithmische Entscheidungen, die die Freiheit von so vielen – hier im Speziellen die Meinungs- und Informationsfreiheit – einschränken, dürfen wir nicht zulassen. Der Erhalt und der Schutz von Urheberrechten im digitalen Raum ist wichtig und notwendig. Doch noch wichtiger ist der Erhalt von Bürgerrechten. Die Abwägung zwischen Rechtsgütern ist nichts für Algorithmen, sondern für Menschen mit entsprechender Ausbildung und Legitimation. Und auch wenn wir Technik einsetzen dürfen, um Rechte bestmöglich zu schützen, dürfen wir algorithmischen Systemen und privatwirtschaftlichen Beschwerdestellen nicht Aufgaben übergeben, über die wir in der analogen Welt Gerichte urteilen lassen, gerade weil Sachverhalte häufig komplexer sind als eine Abfolge von Einsen und Nullen.

Wie viel uns daran liegt, die europäischen Werte zu erhalten und zu verteidigen, zeigt sich besonders hier, im Internet.

Ann Cathrin Riedel ist Vorsitzende von LOAD e.V. – Verein für liberale Netzpolitik

Fakten finden

Die Rechercheredaktion »ARD-Faktenfinder« leistet Aufklärung über unseriöse Quellen und Falschinformationen

JULIANE LEOPOLD UND PATRICK GENSING

Seit dem April 2017 gibt es den ARD-Faktenfinder unter dem Dach von tagesschau.de. Der ARD-Faktenfinder ist eine Rechercheredaktion, die sich mit fragwürdigen Behauptungen, gezielten Falschmeldungen und irreführenden Inhalten beschäftigt. Der Aufbau des ARD-Faktenfinders war eine Reaktion auf die US-Präsidentschaftswahl 2016, als Verschwörungstheorien wie von einem Kinderpornoring, gehackte E-Mails, Manipulationsversuche aus Russland sowie zahlreiche Lügen den Wahlkampf überschatteten. Im Hinblick auf die Bundestagswahl 2017 wollte die ARD daher vorbereitet sein, um auf Fake News, die wir als gezielt und bewusst gestreute Falschinformationen definieren, gewappnet zu sein. Ziel war und ist, der rasend schnellen Verbreitung von Falschinformationen über das Web im Web selbst wirksam etwas entgegenzusetzen.

Seit seinem Start hat der ARD-Faktenfinder Hunderte Beiträge veröffentlicht: Nach Anschlägen haben wir schnell und gleichzeitig journalistisch seriös über Gerüchte und Lügen aufgeklärt, um unser Publikum gut zu informieren. In Wahlkämpfen haben wir die Strategien von »Troll-Fabriken« erläutert und ganze Netzwerke von Fake-Profilen aufgedeckt. Wir haben erfundene Zitate sowie aus dem Kontext gerissene Bilder entdeckt und die Inhalte richtiggestellt. Der ARD-Faktenfinder hat Behauptungen über Kriminalität geprüft und hinterfragt Statistiken. Auch die ARD-Korrespondentinnen und -Korrespondenten unterstützen das Projekt durch Recherche, Fachwissen, Kontakte oder Beiträge: Sei es zu den Informationskriegen in Syrien und der Ukraine, chinesischer und russischer Staatspropaganda in den sozialen Medien oder fragwürdigen Aussagen von weltweit führenden Politikern – beispielsweise aus den USA, Brasilien, Großbritannien, Russland, Indien oder Pakistan.

Auch in Deutschland erreichen gezielte Falschmeldungen und irreführende Inhalte relevante Reichweiten; insbesondere Diskussionen im Kontext von Flucht und Migration werden von fragwürdigen Behauptungen und offenen Lügen begleitet. Hier zeigt sich, wie gezielte Falschmeldungen funktionieren und wirken: Eine einzelne Fake News zu einem beliebigen Thema wird kaum Aufmerksamkeit erzielen können, nur als Teil eines größeren Narrativs entfalten gezielte Falschmeldungen ihre volle zerstörerische Wirkung. Ein angebliches »Schweinefleischverbot« in zwei Kindergärten wird so instrumentalisiert und umgehend zu einer vermeintlichen Unterwerfung Deutschlands vor einer angeblichen islamischen »Invasion«. Eine angeblich manipulierte Wetterkarte der Tagesschau wird zum vermeintlichen Beweis, dass die ARD eine »Klimahysterie« schüre.

Fake-Profile heizen in sozialen Netzwerken gezielt die Stimmung gegen Minderheiten, die Politik und den Journalismus an, weil diese angeblich Teil eines Geheimplans seien, wonach die deutsche Bevölkerung »ausgetauscht« werden soll. Solche gezielte Falschmeldungen und Legenden funktionieren fast immer nach dem Sündenbockprinzip, sie sollen Menschen verunsichern und verwirren, sie fachen Empörung und Wut an. Die Folge daraus ist ein gesellschaftliches Klima, in dem aus Lügen »alternative Fakten« werden, »gefühlte Wahrheiten« zum Leitstern wichtiger gesellschaftlicher Sachdebatten werden und die Grundlage seriöser journalistischer Berichterstattung insgesamt auf den Kopf gestellt wird. Ignorieren kann daher keine Option sein.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat den verfassungsrechtlich vorgegebenen Auftrag, einen Beitrag zur individuellen und öffentlichen Meinungsbildung zu leisten und so zu einem funktionierenden demokratischen Gemeinwesen beizutragen. Gezielte Falschmeldungen haben das Ziel, die Meinungsbildung zu manipulieren und so sachlich-orientierte Meinungsfindungsprozesse zu stören oder sogar zu verhindern. Daher ist das Widerlegen von gezielten Falschmeldungen ein zentraler Teil der Aufgaben und Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Zahlreiche Rückmeldungen von Zuschauerinnen und Zuschauern, von Kolleginnen und Kollegen sowie Expertinnen und Experten zeigen uns, dass dieses Angebot geschätzt und gerne angenommen wird. Der ARD-Faktenfinder konnte sich innerhalb weniger Monate etablieren.

Insbesondere in Zeiten, in denen Desinformationskampagnen und gezielte Falschmeldungen stark kursieren, kommt einer seriösen Berichterstattung eine ganz besondere Bedeutung zu. Der ARD-Faktenfinder ergänzt das öffentlich-rechtliche Nachrichtenangebot um eine Facette: Der Aufklärung über unseriöse Quellen sowie halbe Wahrheiten und glatte Lügen. Der Journalismus allgemein und der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Besonderen werden die Herausforderungen durch Desinformation und gezielte Falschmeldungen zwar nicht allein lösen können, aber die ARD kann ihren Beitrag leisten, um Debatten zu versachlichen und die Wirkung von Desinformation einzudämmen.

Juliane Leopold ist seit 2018 Redaktionsleiterin von tagesschau.de. Patrick Gensing ist Projektleiter des ARD-Faktenfinders

Kurz-Schluss

Wie ich einmal (vergeblich) versuchte, das deutsche Bildungssystem wenigstens an internationale Standards heranzuführen

THEO GEIßLER

Was waren das für gemütliche Zeiten in meiner dörflichen Zwergschule Mitte der 1950er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. 39 Schüler, drei Klassenstufen in einem Raum. Zum Einschwingen in den Stundenrhythmus – die Bayernhymne. Dann grell quietschende Schiefertafeln, Sütterlin als Zweitschrift, ein Setzkasten, in dem dauernd die E‘s fehlten. Strenge Lehrerinnen, versiert mit dem Tatzenstock Schülerhändchen Hornhaut anzutrainieren. Strenge Lehrer, schnell bei der Hand wenn es galt, mit dem Lineal gestochen scharfe Scheitel zu ziehen oder aufmerksame Stille durch Kopfnuss-Verteilen zu erzielen. Früh begann also die charakterliche Bildung, die intellektuelle folgte dank zweier Ehrenrunden im Gymnasium und dem 20-semestrigen Germanistik- und Philosophiestudium mit immerhin eingeschränktem Abschluss. Sonst wäre aus mir schier gar nichts geworden. Ich brauchte einfach Zeit.

Die ist heutzutage bekanntlich Bargeld. Insofern hat sich unser Bildungssystem dem Bedarf nach beschleunigter Nutzung des Humankapitals für gewinnoptimierte Werktätigkeiten aller Art im Sauseschritt anzupassen. Blöd bloß, dass als Voraussetzung für Dauerwachstum beschleunigende Umfeldfaktoren, viele Menschen und manch Material mit den Fortschritten der Prozessorengeschwindigkeit nicht so recht mithalten können. Ganz zu schweigen vom Ausbildungstempo der vorwiegend betriebswirtschaftlich oder technokratisch orientierten Exzellenz-Studierenden. Augenscheinlich haben unsere politischen Systemadministratoren die Notwendigkeit konsequenter Brut- und Nachwuchspflege aufgrund ihrer Sucht nach wählerschmeichelndem Erfolg lange Zeit übersehen. Landauf, landab fehlen tausende Kitaplätze und entsprechend viel qualifiziertes Personal. Bundesweit mangelt es an Schulraum, an Lehrkräften. Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern dümpeln wir regelmäßig im unteren Mittelfeld.

Tja, wo die Not am Größten ist, weiß z. B. Berlins Multi-Senatorin für Jugend, Bildung und Wissenschaft, Sandra Scheeres (SPD), trickreich Rettung. So verringert sie das in den kommenden Jahren errechnete Berliner Schulraum-Defizit für 25.000 Schülerinnen und Schüler mithilfe eines zauberischen Divisionsverfahrens angeblich aus der Harry-Potter-Bibel auf künftig maximal 9.000 Freiluft-Lernende. Und auch für die gibt es Dächer über dem Kopf: Die mit dem gordischen Blockflötenknoten des Deutschen Musikrates und der Neuen Musikzeitung schon vor zwei Jahren wegen chronischer Ratlosigkeit ausgezeichnete Politikerin sieht Land: So hat sie zwei, drei Hausmeister-Wohnungen in Stadtrand-Lehrstätten entdeckt, die mit wenig Aufwand in Klassenzimmer umgestylt werden könnten. Nebenbei: Das Schul-Schiff Gorch Fock steht kurz vor der Fertigstellung. Wir raten ferner generell zur Umrüstung der Toiletten in Unisex-Klos oder den Zwang zur Freiluft-Entleerung. Das schafft pro Schule mindestens Platz für 60 bis 80 Lernwillige.

Letzteres ist allerdings nicht vereinbar mit dem Plan, noch vorhandene Schulhöfe und angrenzende Parks mit billig zu erstehenden Baucontainern dicht aufzufüllen, die sich auch heizen ließen und ein üppiges Raumkontingent böten. Hochbau-Maßnahmen an Schulgebäuden mit dem Ziel, zehn bis zwölf Stockwerke zu gewinnen, wäre auch noch denkbar – aber deutlich teurer. Allerdings wie man sieht: Probleme tauchen auf, um gelöst zu werden. Und schärfen sie nicht letztlich unsere schöpferische Kompetenz, schaffen Arbeitsplätze und gerade für das darbende Baugewerbe schöne Zukunftsperspektiven? Als Innovations-Inkubator drängt sich eine alte Fantasie Erich Kästners (hat sich mein Germanistik-Studium doch gelohnt) geradezu auf: »Das fliegende Klassenzimmer«. Natürlich mit Öko-Strom betriebene Drohnen hieven vom Feld des zum Pädagogik-Zentrum umgewidmeten BER Schulgondeln in die Lüfte. Nebeneffekt: Unsere Kinder genießen für einige Stunden Frischluft statt verpesteten Stadt-Gestank. Genial was?

Ungelöst scheint allerdings noch das Betreuungs- und Lehrkräfte-Problem. Doch auch hier sind griffige Rettungsmaßnahmen bereits eingeleitet. Am sozial attraktivsten: die unbezahlte freiwillige Mehrarbeit unserer Pädagoginnen und Pädagogen. Eine Verdopplung des bislang abgeleisteten Stundendeputates scheint angesichts der zahlreichen Sonn-, Feier- und Ferientage kaum belastend und wahrlich zumutbar. Verbunden damit natürlich eine vorsichtige Anhebung des Rentenalters auf 80 Lebensjahre. Ferner ist das Potenzial an vielseitigen Nichtsmehr-Tuern riesig, wie uns einschlägige Quiz-Shows im Öffentlich-Rechtlichen täglich mehrfach beweisen. Bei Eintritt in den Schuldienst: Verdopplung der Gewinnchancen – ist doch fair. Jedenfalls zur Verfügung stehen Tausende leicht aufzurüstende Staubsauger-Roboter und Elektroroller, deren künstliche Intelligenz der menschlichen eines üblichen Grundschullehrers mit einem finanziellen Einsatz von ca. 80 Euro (Raspberry pi 4) anzupassen wäre (und die Pension fällt auch weg). Bin gespannt, wann die ersten voll digitalen humanoiden Bots ihre eigenen Nachbauten so effektiv und schlau machen wie das Komplettwissen unserer Welt. Wird der Mensch dann zyklisch konsequent wieder zum Rohstoff?

Was bin ich neidisch, dass ich nicht in den Genuss solch progressiver Bildungschancen gekommen bin, was alles hätte aus mir werden können …

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

TAUBENSCHISS – DIE P&K TRUMP-FAKES

Wiesbaden: Hessens Schüler sollen künftig besser zu möglichen Berufen beraten werden. Dafür weiten das Kultusministerium und die Regionalkommandantur der Bundeswehr ihre Zusammenarbeit aus. Unter anderem werde das Orientierungs- und Beratungsangebot der Arbeitsagenturen an den Grund- und Hauptschulen deutlich aufgestockt, teilte das Ministerium mit. Hauptschüler sollen vor allem für die abenteuerlichen und nicht so sprachintensiven Auslandseinsätze gewonnen werden.

Rom: Ausländische Museumsdirektoren sollten Italiens Museen moderner machen. Nun verlassen sie allerdings das Land. Die scheidende Regierung richte eine »Spur der Zerstörung« an, sagt eine deutsche Museumschefin, die gehen muss: Cecilie Hollberg. Vor allem der zurückgetretene Innenminister Matteo Salvini verbreitet unter großem Beifall des Volkes den Slogan »Italiener zuerst«. »Breker oder Jongen wären willkommen, aber nicht diese linke Hollberg-Bazille«.

Berlin: Der US-Finanzinvestor KKR kann seine Beteiligung beim Berliner Medienhaus Axel Springer weiter ausbauen. Ariane Melanie Springer und Axel Sven Springer, Enkel des Verlegers Axel Springer, haben ein Teil ihrer Aktien an den neuen Großaktionär aus Manhattan, den Weltgrößten Hersteller recyclebaren Toilettenpapieres, verkauft. Sie seien von dem Wachstumskurs von KKR überzeugt, wie es heißt. Wir unterstützen deshalb das Übernahmeangebot und wollen mit dem verbleibenden Teil unserer Beteiligung den Wandel und die Sinnhaftigkeit unserer Bild-Zeitung weiter begleiten«, sagte Axel Sven Springer.

Berlin: Nachdem dank Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer Bundeswehr-Soldatinnen und -Soldaten in Uniform kostenlos die Deutsche Bahn nutzen dürfen, erheben der Deutsche Kulturrat und weitere ehrenamtlich tätige Verbände wohl zu Recht den gleichen Anspruch für ihre Mitglieder. Da der Kulturrat – ebenso zu Recht – Uniformen ablehnt, stellt er angesichts des desolaten Zustandes der DB einen »Survival-Koffer« mit Logo zur Verfügung. Neben Astronautennahrung und Verbandszeug enthält er jeweils die neueste Ausgabe der Zeitung »Politik & Kultur«, gedruckt in den Wintermonaten auf speziell wärmendem Papier. An der kalten Sommerausgabe wird noch gearbeitet. (Thg)

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Taubenstraße 1, 10117 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Andreas Kolb

REDAKTIONSASSISTENZ
Maike Karnebogen

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner
ConBrio Verlagsgesellschaft
Telefon: 0941 . 945 93-35
Fax: 0941.945-93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
Telefon: 0941 . 945 93-0
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser
ConBrio Verlagsgesellschaft Regensburg

Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Taubenstraße 1
10117 Berlin
Tel.: 030 . 226 05 280,
Fax: 030 . 226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.